

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Vojtěch Mencl

Die Unterdrückung des Prager Frühlings

Wladimir K. Wolkow

Sowjetische Parteiherrschaft und Prager Frühling 1968

Feliks Tych

Polens Teilnahme an der Invasion
in der Tschechoslowakei 1968

Lutz Priß/Manfred Wilke

Die DDR und die Besetzung der Tschechoslowakei
am 21. August 1968

Stefan Wolle

Die DDR-Bevölkerung und der Prager Frühling

B 36/92

28. August 1992

Vojtěch Mencl, Dr., geb. 1923; Rektor der Militärpolitischen Akademie; Ende 1969 abberufen und degradiert; seit 1989 Vorsitzender der Kommission der Regierung der ČSFR für die historische Analyse der Ereignisse von 1968.

Wladimir K. Wolkow, Dr. sc., geb. 1930; Professor für Geschichte Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas; Direktor des Instituts für Slawistik und Balkanistik der Akademie der Russischen Wissenschaften.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Die UdSSR und die volksdemokratischen Länder (1944–1949), Moskau 1985; Beiträge zu den revolutionären Ereignissen in den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas.

Feliks Tych, Dr. phil., geb. 1929; Professor am Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften und des Archivs der Arbeiterbewegung in Warschau; seit 1987 freier Forscher und Schriftsteller; 1990/91 Gastprofessor an der Universität Göttingen.

Veröffentlichungen u. a.: Monographien und Dokumentenreihen zur polnischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts; (Hrsg.) Briefe von Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, Frankfurt/M.

Lutz Prieß, Dr. phil., geb. 1951; Studium der Geschichte in Leipzig; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA), Berlin; jetzt Beauftragter des ehemaligen IfGA (aufgelöst am 31. 3. 1992).

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahr 1956, Berlin 1990.

Manfred Wilke, Dr. rer. pol., geb. 1941; seit 1985 Professor für Wirtschaftssoziologie an der Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin; 1992 Mitbegründer des Forschungsverbundes „SED-Staat“ an der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Die Funktionäre. Apparat und Demokratie im DGB, München 1979; (zus. mit G. Otto) Der Kampf um die Köpfe. Mediengewerkschaft im DGB, München 1986; (zus. mit H.-P. Müller) FDGB: Vom alten Herrschaftsapparat zu neuer Gewerkschaftsmacht?, Sankt Augustin 1990; (zus. mit Hans-Hermann Hertle) Das Genossenkartell. Die SED und die IG Druck und Papier/IG Medien, Berlin 1992.

Stefan Wolle, Dr. phil., geb. 1950; Studium der Geschichte in Berlin; bis 1989 Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR; seit 1991 Assistent an der Humboldt-Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Wladimir der Heilige. Rußlands erster christlicher Herrscher, Berlin 1991; (zus. mit Armin Mitter) „Ich liebe euch doch alle!“ Befehle und Lageberichte des MfS, Berlin 1990; zahlreiche Beiträge in Fachzeitschriften und Sammelbänden.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die Unterdrückung des Prager Frühlings

Die herrschende altstalinistische Machtelite in der Tschechoslowakei konnte seit Ende der fünfziger Jahre nur Mißerfolge verbuchen. Sie hatte nach dem XX. Parteitag der KPdSU die Möglichkeit verspielt, sich von den Repressionen des „harten Stalinismus“ zu distanzieren, und sich für eine Politik der Verheimlichung und sogar Rechtfertigung der Grausamkeiten der Staatspolizei entschieden. So verlor sie das Vertrauen der gebildeteren Schichten der Bevölkerung, die immer dringlicher die Demokratisierung der Verhältnisse im Lande forderte. Aus Angst vor „Revisionismus“ und „Liberalismus“ konzentrierte der Erste Parteisekretär und Präsident, Antonín Novotný, die Macht und die ideologische Zensur in seinen Händen.

Im Jahre 1960 wurden trotz heftigen Widerstandes die Kompetenzen der slowakischen Staatsorgane drastisch beschränkt, was zu einer Welle des Unmuts gegen Novotný führte und seine Position schwächte. Zur gleichen Zeit hatte Novotný – und das von ihm beherrschte Politbüro – die maximalistische Konzeption des dritten Fünfjahresplanes durchgesetzt, was in einer ökonomischen Katastrophe mündete¹. Daraufhin verlor Novotný auch die Unterstützung der Industriemanager.

1967 entzündete sich ein Streit mit den Sprechern der Intelligenz, besonders mit dem Verband der Schriftsteller. Auch im Parteiapparat sank Novotnýs Autorität. Auf dem Plenum des Zentralkomitees der tschechoslowakischen Kommunisten im Oktober 1967 löste Alexander Dubček mit seiner Kritik an Novotný und seiner Gruppe die politische Krise der Kommunistischen Partei aus. Mehr als ein Drittel der Mitglieder unterstützten Dubčeks Reformkonzepte, ein Drittel blieb Novotný treu und die übrigen waren unentschieden. Der Streit nahm an Heftigkeit zu, und seine Lösung wurde zuerst auf Dezember 1967 und dann auf Januar 1968 vertagt. Von großer Bedeutung war, daß Novotný, dem damals die Unterstützung Breschnews fehlte, die Polizei nicht gegen seine Gegner einsetzen konnte. Am 5. Januar 1968 wurde Dubček zum Vorsitzenden der Partei gewählt.

1 Vgl. Ota Šik, Strukturwandel des Wirtschaftssystems in den osteuropäischen Ländern, Zürich 1971; Jiří Kosta, Abriß der sozialökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei, Frankfurt/M. 1987.

Für die weitere Beurteilung ist es wichtig, wie Novotný seine Position verloren hatte. Die „Bruderparteien“ mußte irritieren, daß Novotný erst nach scharfen Auseinandersetzungen im Zentralkomitee seines Postens enthoben wurde und die politischen Fehler unter seiner Führung öffentlich bekannt wurden. Man warf ihm Kabinettpolitik, konservativen Zentralismus und antidemokratisches Verhalten vor; just diese Politik hatten die „Bruderparteien“ jahrelang praktiziert.

Die Mehrheit des Zentralkomitees war der Ansicht, daß es nicht bei der Wahl eines neuen Sekretärs bleiben sollte, sondern daß eine andere Politik erforderlich war. Die Mehrheit der Reformer beschloß, die politischen *Kader* auszuwechseln, um so die primitiven und ungebildeten Funktionäre aus den fünfziger Jahren loszuwerden. Von besonderer Bedeutung war die Entschlossenheit Dubčeks und seiner Genossen, allen Repressionen, jedwedem Mißbrauch der Macht und allen Ungesetzlichkeiten ein Ende zu bereiten sowie der öffentlichen Meinung als einem maßgebenden Faktor des politischen Systems einen breiten Spielraum zu geben.

So setzte Anfang 1968 ein *Wandel „von oben“* ein. Es wurde bald klar, daß für die beginnende Reform ein Programm unentbehrlich war. Die neue Parteiführung beauftragte Wissenschaftler der Akademie der Wissenschaften und der Hochschulen mit der Ausarbeitung eines Programmes, das im April 1968 als „Aktionsprogramm der KPTsch (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei)“ angenommen wurde².

Im März beschleunigten sich die Ereignisse; die Zensur wurde durchbrochen. Das, was bis jetzt verheimlicht worden war, insbesondere die Wahrheit über die fünfziger Jahre, kam ans Tageslicht. Hochrangige Partei- und Staatsfunktionäre mußten sich den Fragen der Vergangenheit und der Zukunft stellen. Auch der „Eiserne Vorhang“ war im Begriff zu zerbrechen. Diese Märzruption der Presse-, Informations- und Versammlungsfreiheit war der wirkliche Beginn des Prager Frühlings. Die Parteiführung hatte diesen Prozeß durch Billigung des Aktionsprogramms unterstützt. Die Entwick-

2 Zur Analyse des Aktionsprogramms vgl. H. Gordon Skilling, Czechoslovakias Interrupted Revolution, Princeton 1976, S. 338f.

lung zielte auf die Bildung eines neuen Konzeptes der gesellschaftlichen Beziehungen, das damals „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ genannt wurde.

Manchen Bürokraten und Konservativen wurde öffentliches Mißtrauen entgegengebracht, und sie verloren schrittweise ihre Positionen nicht nur in der Partei, sondern auch in der Nationalen Front, in den Gewerkschaften, im Staatsapparat, in der Armee und schließlich auch in den Sicherheitskräften. In der Gesellschaft entstand ein neues Klima. Dies zeigte sich bei den Maifeiern, bei denen Hunderttausende die neugewählten Repräsentanten der Partei- und der Staatsführung begrüßten.

Durch die Politik der neuen Führung gewann auch die Partei wieder an Autorität, was durch Meinungsumfragen bestätigt wurde. Während im Jahre 1967 nach damals geheimen Umfragen nur 23 Prozent der Bevölkerung Vertrauen in die Politik der Kommunistischen Partei hatten, äußerten sich 29 Prozent indifferent und 48 Prozent lehnten sie ab. Die Umfragen im Juni 1968 zeigten ein anderes Bild: 51 Prozent hatten Vertrauen, 33 Prozent waren indifferent und nur noch 16 Prozent lehnten die Politik der Regierung ab. Im Juni hätten in freien Wahlen 68 Prozent der Wähler – in der Slowakei sogar 73 Prozent – die Kandidatenliste der Nationalen Front und 42 Prozent die selbständige Kandidatenliste der Kommunisten gewählt³.

Diese Veränderungen lösten bei den neostalinistischen Parteiführern der „Bruderparteien“ Mißfallen und Beunruhigung aus. Sie fürchteten, daß die alten Verbindungen zerbrechen könnten und dies den Einfluß der Sowjetführung schmälern würde. Der Sturz des alten Parteiapparats in der Tschechoslowakei, die Presse- und Versammlungsfreiheit, die demokratischen Wahlen in vielen gesellschaftlichen Organisationen und die Fortführung der Wirtschaftsreform untergruben die Macht, auf die sich die Hegemonie der Sowjetunion stützte. Auch der KGB verlor seinen Einfluß, weil viele Informanten ihre Positionen räumen mußten.

Die Verbündeten waren der Ansicht, daß das tschechoslowakische Beispiel ansteckend sein und die Stabilität des ganzen sozialistischen Blocks – besonders die der DDR und Polens – bedrohen könnte. Der bulgarische Staats- und Parteichef Schiwkow äußerte sich wie folgt: „Was ist denn los? Wir verloren China, Albanien, die Lage in Jugoslawien, in Rumänien und auch in Kuba ist auch

nicht gut. Wir dürfen keinen Schritt mehr weichen. Wir verstehen die Schwierigkeiten, welche unsere von außen erzwungenen Maßnahmen in der internationalen Bewegung haben werden. Was kann man machen?“ Und weiter: „Bringen wir die Tschechoslowakei auf den sozialistischen Weg zurück, stärken wir damit die Kräfte des Warschauer Paktes und die Kräfte des Sozialismus im Ganzen... Schlimmstenfalls, würde die Tschechoslowakei den Pakt verlassen, bedeutete dies eine große Bedrohung für die DDR, für Ungarn und Polen. Im Falle eines Krieges würden die Sowjet-Armeen nicht an deutsch-tschechoslowakischen Grenzen, sondern an tschechoslowakisch-sowjetischen Grenzen mit dem Feinde zusammenstoßen.“ Dann forderte er Breschnew auf: „Um die Lage in der tschechoslowakischen Republik zu ändern, die kommunistische Partei zu retten, müssen wir alle möglichen und unentbehrlichen Mittel anwenden, wenn es die Lage erfordert. Wenn es uns nicht gelingt, diese Entwicklung umzuwerfen, kommt es zu einer Katastrophe.“⁴ Die Dokumente beweisen, daß ähnliche Befürchtungen seit März 1968 auch in Moskau existierten⁵. Daraus resultierte die Schlußfolgerung: Die tschechoslowakische Entwicklung muß unter Kontrolle gebracht und dem weiteren demokratischen Fortschritt Einhalt geboten werden.

Seit Mitte März waren die Vorbereitungen im Gange. Für den 23. März wurde eine Sitzung der künftigen „Fünf“ – Sowjetunion, DDR, Polen, Ungarn, Bulgarien – mit den tschechoslowakischen Vertretern – Dubček, Černík, Lenárt, Kolder, Bilak – nach Dresden einberufen. Breschnew, Ulbricht und Gomulka kritisierten die tschechoslowakische Entwicklung auf das schärfste. Sie erwarteten, daß die tschechoslowakische Delegation sich gezwungen sähe, der Stationierung eines Kontingents der Sowjetarmee zuzustimmen. Die tschechoslowakische Delegation lehnte dies jedoch ab⁶.

Moskau ergriff aber schon bald weitere Maßnahmen, um seine Ziele zu erreichen. Am 24. April 1968 traf der Befehlshaber des Warschauer Paktes, Marschall Jakubowskij, in Prag ein. Er forderte das tschechoslowakische Oberkommando auf, die für den Herbst geplante Stabsübung „Schumawa“ (Böhmerwald) bereits im Mai und Juni durchzu-

4 Archiv der Kommission der Föderalregierung der Tschechoslowakei für die Analyse der Ereignisse der Jahre 1967–70 (AK), Fond S-I, S. 3–4, chiffrierte Nachricht Sofia–Moskau.

5 AK-S-III, S. 2–5: Moskauer Treffen der fünf Bruderländer, Breschnews Referat.

6 Vgl. AK-4-2, S. 3–4: Das Gespräch der Mitarbeiter der Kommission mit Oldřich Černík.

3 Vgl. Jaroslav Piekalkewitz, Public Opinion Polling in Czechoslovakia 1968–69, New York 1972, S. 143, 242.

führen, und zwar in einem weitaus größeren Rahmen als geplant. Es sollten sich zwei sowjetische Divisionen und zahlreiche Einheiten aus Polen, Ungarn und der DDR daran beteiligen. Die Verhandlungen endeten mit einem Kompromiß, aber das Oberkommando des Warschauer Paktes übte weiterhin Druck dahingehend aus, die Übung „Schumawa“ nach seinen Vorstellungen durchzuführen.

Die Manöver – unter Teilnahme von zwei Divisionen des Warschauer Paktes – begannen am 25. Mai 1968; sie stellten eine politische Bedrohung dar und dienten als erste Vorbereitung für eine künftige Invasion. Nach dem offiziellen Übungsschluß am 30. Juni wurden die Einheiten nur sehr langsam abgezogen, und die letzten verließen die Republik am 3. August, gerade zu dem Zeitpunkt, an dem die Vorbereitungen für eine Invasion schon abgeschlossen waren.

Diese Machtdemonstration – so die Meinung Breschnews – sollte nicht nur in der tschechoslowakischen Führung, sondern auch in der Öffentlichkeit zur politischen Differenzierung beitragen. Die konservativen Kreise, die es bis jetzt nicht gewagt hatten, die demokratischen Reformen zu kritisieren, sollten auf diese Weise gestärkt werden.

Als ein weiterer Schritt Moskaus erfolgte die Einladung der tschechoslowakischen Führung nach Moskau. An den Verhandlungen nahmen Dubček, Černík, Smrkovský und Bilak auf tschechoslowakischer sowie Breschnew, Podgorny, Katuschew und Rusakow auf russischer Seite teil. Ursprünglich sollten Wirtschaftsthemen behandelt werden, aber tatsächlich ging es um die politische Lage in der Tschechoslowakei. Breschnew kennzeichnete sie als bedrohlich, als „die Etappe des Machtkampfes“, die sich auf der Basis „des Zerfalls der sozialistischen Kräfte entwickelt, wofür die Verantwortung die Führung der KPTsch trägt“. Er deutete an, daß die Sowjetunion nie bereit sein werde, die tschechoslowakische Grenze dem Westen zu überlassen, und die Tschechoslowakei müsse zur Kenntnis nehmen, daß sie „ein Bestandteil der Westgrenze der sozialistischen Welt“ sei. Er forderte eine politische Wende und den Eingriff gegen die „Konterrevolution“. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis⁷.

Drei Tage später – zum erstenmal ohne tschechoslowakische Teilnahme – trafen sich die Warschauer „Fünf“ in Moskau. Das Protokoll dieser

Sitzung liegt in zwei Versionen vor⁸. Breschnew informierte⁹ über die Ergebnisse der Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Delegation und äußerte dabei seine Empörung über die Maifeiern in Prag, die zeigten, daß die Konterrevolution das Übergewicht gewinne. Des weiteren kritisierte er die häufigen Kaderwechsel, die Lahmlegung des Apparats, den Zerfall der Sicherheitsorgane und der Armee – und behauptete, daß „Desorganisation in diesen Organen“ herrsche und die Republik „offene Grenzen“ habe; er kam zu der Schlußfolgerung: „Es genügen nur zwanzig amerikanische Panzer und es ist Schluß.“ „Es muß ihnen“, das heißt den tschechoslowakischen Kommunisten, „klar sein“, so Breschnew, „unter bestimmten Bedingungen wird es der KPdSU und der Sowjetunion nicht gleichgültig sein, was weiter passiert . . . Auch die Andeutungen zum besseren gibt es.“ Kolders – Sekretär des Zentralkomitees – Beauftragung „mit der Vorbereitung der Sitzung der Parteisekretäre sei ein gutes Zeichen, weil gerade Kolder in jüngster Zeit die Lage richtig begriffen habe . . . Indra und Bilak stehen auf richtigen Positionen“. Breschnew äußerte die Hoffnung, daß es vielleicht möglich sei, für politische Veränderungen auch Smrkovský und Černík zu gewinnen, um auf diese Weise Dubček und seine Anhänger zu isolieren.

Was die Manöver „Schumawa“ betrifft, so betonte Breschnew, daß diese auch zur Besserung der Lage in der tschechoslowakischen Armee führen könnten, in der „jetzt völliger Zerfall herrsche“. „Sie sei unfähig, zu repressiven Eingriffen gegen politische Gegner benützt zu werden.“ Breschnew meinte, eine Demonstration der Stärke der Verbündeten „würde auch auf die Arbeiter und auf die konterrevolutionären Elemente Eindruck machen“.

Die sowjetischen Bemühungen fanden, wie Breschnew bemerkte, weniger Verständnis bei den Kommunisten der westlichen Länder. Luigo Longo, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens, z. B. erklärte „in der Tschechoslowakei geht es um einen Demokratisierungsprozeß und dort braucht man keine Hilfe“.

Ähnlich wie Breschnew äußerte sich Ulbricht: „Die Konterrevolution zeigte sich am besten bei der Maifeier, was das Resultat der langjährigen Fehler in der Tschechoslowakei war.“ Die tsche-

⁸ AK-P-M-8 (polnische Version); AK-S-III-6 (sowjetische Version).

⁹ Vgl. die sowjetische Version AK-S-III-6: Breschnew, S. 18–24, Ulbricht, S. 18–24, Kadar, S. 24–32, Schiwkow, S. 32–36 und Gomulka, S. 36–42. Breschnews Schlußwort, S. 42–51. In der polnischen Version fehlt Kadars Rede.

⁷ Vgl. AK-S-III: Protokolle der Verhandlungen der tschechoslowakischen Delegation in Moskau vom 4. bis 5. Mai 1968, S. 20f.

choslowakische Entwicklung werde auch von der „westdeutschen SPD durch ihre Ostpolitik ange-regt“. Dubček, so Ulbricht, sei „ein ganz hoffnungsloser Mensch“, der nicht begreife, daß „die Rolle der Intelligenz zum Nachteil der Arbeiter-klasse“ steige. Was die Manöver betrifft, meinte Ulbricht, sie sollten möglichst bald beginnen und die Soldaten sollten mit der Bevölkerung diskutieren, um auf diese Weise „dem Teil der Arbeiter-klasse und der Gruppe, die sich in der KPTsch als Gegengewicht gegen Konterrevolution herauskristallisierte, Hilfe zu leisten“.

Ähnlich sprach Gomulka: „Die Tschechoslowakei dürfen wir nicht verlieren, es ist nötig, den Kampf gegen Revisionismus und Konterrevolution zu führen; es bleibt keine Zeit mehr, wir müssen uns beeilen... wenn wir nicht die zuständigen Schritte unternehmen, vergehen ein bis zwei Jahre und die Tschechoslowakei wird eine bourgeoise Republik unter dem Mantel des Sozialismus sein.“ „Man will hier ein Mehrheitsparteiensystem einführen“, entsetzte sich Gomulka. „Auf diese Weise würde das System der bourgeoisen Diktatur mit sozialistischem Anstrich entstehen“, so Gomulka. Die Hauptgefahr drohe „von rechts“, behauptete er, und davon müsse die tschechoslowakische Führung ausgehen.

Schiwkow stimmte mit den Vorrednern überein. Nach Kadars Meinung handelte es sich in der Tschechoslowakei nicht um eine konterrevolutionäre Entwicklung, sondern um einen Prozeß, in dem die für die tschechoslowakischen Bedingungen geeigneten Formen gesucht würden. Eine militärische Intervention nach ungarischem Muster komme nicht in Frage, meinte er. Mit den Manövern war aber auch er einverstanden.

Die Tagung der „Fünf“ gelangte zu folgenden Vereinbarungen: Die „gesunden Kräfte“ in der KPTsch seien zu unterstützen, rechte und revisionistische Elemente müßten demaskiert und den „gesunden Kräften“ müsse mit allen Mitteln geholfen werden, in der engeren Führung der Kommunistischen Partei die Mehrheit zu gewinnen. Während der Manöver sollten Stützpunkte innerhalb des Sicherheits-, Militär- und Parteiapparats errichtet werden. Käme es in der tschechoslowakischen Gesellschaft zum offenen Konflikt, sollte mit allen inneren und äußeren Kräften eingegriffen und auf diese Weise das neostalinistische System gerettet werden.

Der zunehmende Druck von außen blieb nicht ohne Folgen für die inneren Verhältnisse der Republik. Zuerst kristallisierten sich neue Koalitionen in der Parteiführung heraus. Von der ursprünglich vereinigten Anti-Novotný-Opposition

trennte sich im Mai die konservative Fraktion um Bilak, Indra, Kolder und Lenárt. Sie blieb aber in der Minderheit, was sich auf der Plenarsitzung des Zentralkomitees Ende Mai zeigte. Man machte zwar rhetorische Zugeständnisse an Breschnew in einigen Resolutionen, diese fanden aber keine Mehrheit. Im Gegenteil, die Mehrheit des Zentralkomitees beschloß, den außerordentlichen Parteitag Anfang November einzuberufen. Auch die Konservativen votierten dafür, in der Hoffnung die Kongreßvorbereitungen manipulieren zu können; dies gelang jedoch nicht. In demokratischen Delegiertenwahlen waren meistens die Reformer erfolgreich, was bedeutete, daß auf dem Parteitag eine progressive Parteiführung und ein demokratisches Zentralkomitee gewählt werden würden.

In dieser Situation entschied die Sowjetführung, den Druck zu erhöhen. Am 11. Juni 1968 übergab der sowjetische Botschafter in Prag, Tschernomir, Dubček eine persönliche Botschaft Breschnews, die nicht nur die Kritik, sondern auch eine kategorische Aufforderung enthielt, den Kongreß zu manipulieren. „Finden Sie die richtigen Lösungen und treffen Sie die nötigen Maßnahmen, die den Erfolg dieses bedeutungsvollen Parteitages sicherstellen“, so Breschnew. Er lud dabei Dubček zu einem geheimen Treffen in Tatra oder in Uschorod ein und versprach ihm Hilfe falls dieser sich entscheiden würde, gegen „das zweite sich formierende Parteizentrum“ einzugreifen. Dubček hat das Angebot mit der Begründung abgelehnt, er habe im Juni keine Möglichkeit, sich freizumachen¹⁰.

Nach der Veröffentlichung des Appells „2000 Worte“ vom 27. Juni, der zur Unterstützung des Reformkurses aufforderte, entschloß sich Breschnew am 4. Juli, eine Sitzung der „Fünf“ nach Warschau einzuberufen und dazu auch das Präsidium der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei einzuladen. Tschernomir hat über den Brief Breschnews – noch vor seiner Abgabe an die offiziellen Organe der Partei – einige konservative Repräsentanten in der Hoffnung informiert, daß auch von dieser Seite Druck auf Dubček ausgeübt werden könnte.

Der Mehrheit des Präsidiums war klar, daß sie in Warschau auf der Anklagebank sitzen würden. Sie stellten einen Gegenantrag, in dem sie zweiseitige Verhandlungen vorschlugen und eine Zusammenkunft der Repräsentanten aller Parteien auf dem September-Parteitag in Prag anregten¹¹.

10 Vgl. AK-S-III-42: Tschernomir nach Moskau vom 11. 6. 68, chiffriert.

11 Vgl. AK-S-II-47: Tschernomir nach Moskau vom 8. 7. 68, chiffriert.

Breschnew wies diesen Vorschlag kategorisch zurück und berief für den 14. und 15. Juli eine zweite Beratung der „Fünf“ ein. Hier sollte eine definitive Entscheidung über die „tschechoslowakische Frage“ fallen. Das vollständige Protokoll dieser Beratung ist noch nicht zugänglich, aber der wichtige Text des Breschnew-Referates befindet sich in unserem Archiv. Dieses Referat wurde nicht nur auf der Sitzung der „Fünf“, sondern auch nachher auf der geheimen Sitzung des Zentralkomitees der KPdSU am 17. Juli gebilligt¹².

In Warschau wurden ihm zufolge die Grundsätze des Szenarios zur Unterdrückung des Prager Frühlings angenommen. Breschnew behauptete, Dubčeks Führung „hat versagt, weil sie im Zusammenhang mit dem Appell ‚2000 Worte‘ keine administrativen und repressiven Maßnahmen ausgeübt hatte“. Auf diese Weise entstand, so Breschnew, „eine Krise und die Gefahr des Verlustes der Tschechoslowakei“. Das würde „zur Unterhöhlung der Positionen des Sozialismus in Europa führen“. Dubčeks Entwurf, der auf dem bilateralen Treffen der Parteipräsidien behandelt wurde, bezeichnete er als eine Taktik, um Zeit zu gewinnen und die Verbündeten vor die Realität des Wandels des politischen Systems in der Tschechoslowakei zu stellen. Wenn zur Zeit des Dresdner Treffens und vielleicht noch bis Anfang Mai die Hoffnung bestand, die inneren Kräfte könnten die Lage stabilisieren, so gibt es „jetzt keinen Zweifel mehr. Wir müssen eingreifen, bevor es zu spät ist“¹³.

Vor allem, betonte Breschnew, sei es nötig, sich mit einem gemeinsamen Brief nicht an Dubček und nicht nur an das Präsidium des Zentralkomitees zu wenden, sondern direkt an das Plenum des Zentralkomitees, um dieses zum Eingreifen gegen die Konterrevolution aufzufordern. Den Entwurf des schon vorher vom Präsidium der KPdSU gebilligten Briefes hat Breschnew den anderen Beteiligten der Sitzung in Warschau vorgelegt. Wenn der Brief vom Zentralkomitee der tschechoslowakischen Kommunisten akzeptiert werde, meinte Breschnew, wäre es möglich, weitere Forderungen zu spezifizieren, durch die man einen Umbruch und eine Wende der Verhältnisse im Präsidium des Zentralkomitees und in der Republik erreichen könnte. Würde die Führung der Kommunistischen Partei den Brief ablehnen und keine Garantie geben, werde es nötig sein, „sich um die Mobilisierung der gesunden Kräfte in der Partei zu bemühen und

sich an solche Kräfte zu wenden, die die Initiative für die Erneuerung der führenden Rolle der Partei und die Normalisierung der Lage im Lande ergreifen könnten“. Mit einer solchen Gruppe, so Breschnew, könnte man sich treffen und ihr „unsere Bereitschaft zur Hilfe und Unterstützung sichern“. Diese Hilfe werde geleistet „bei der ersten Aufforderung der tschechoslowakischen Genossen oder auch in dem Falle, daß die Lage ein solches Verfahren erfordert oder es für die tschechoslowakischen Genossen aus irgendwelchen Gründen schwierig sein werde, um die Hilfe zu bitten“¹⁴.

Breschnew formulierte in seinem Referat auch zum ersten Mal die sogenannte Theorie der beschränkten Souveränität, besser bekannt unter dem Namen „Breschnew-Doktrin“: „Wenn die Fragen so weit sind und es um das Schicksal der ganzen tschechoslowakischen Partei und der sozialistischen Errungenschaften geht, dann schätzen wir solch eine Entwicklung als direkte Bedrohung für die Weltposition des Sozialismus und für alle Länder ein. Das Bestreben, sich gegen eine solche Entwicklung zu stellen, kann man nicht als eine Einmischung in innere Angelegenheiten verstehen.“¹⁵ Und in einem anderen Absatz fügte er hinzu: „Es ist bis jetzt nie geschehen, daß dort, wo der Sozialismus den Sieg errungen und sich fest auf eigene Beine gestellt hat, die kapitalistischen Ordnungen wieder herrschen können. Dazu war es nie gekommen und dazu wird es nie kommen.“¹⁶

Dubčeks Führung wurde über die Warschauer Sitzung nicht fortlaufend informiert. Dubček forderte den sowjetischen Botschafter Tschervonjenco auf, den „Fünf“ in Warschau den tschechoslowakischen Vorschlag zu übergeben, keinen Entschluß ohne tschechoslowakische Partizipation anzunehmen und nicht zu publizieren, daß sich die Sitzung mit den tschechoslowakischen Problemen beschäftigt hatte. Gleichzeitig schlug er Breschnew ein Treffen der Parteiführungen in Koschitz für Ende Juli vor¹⁷.

Dessen ungeachtet hat die Warschauer Sitzung den Brief angenommen. Er ist am 16. Juli um 9.30 Uhr von Tschervonjenco Dubček und Černík laut vorgelesen und übergeben worden. Dazu hat er gesagt, daß die kategorische Aufforderung der „Fünf“ „eine Rückkehr zu den Maitagungsresolutionen des

14 Ebd., S. 22.

15 Ebd., S. 23.

16 Ebd., S. 24.

17 Vgl. AK-S-II-24: Tschervonjenco nach Moskau, vom 13.7.68, chiffriert.

12 AK-S-III-4: Breschnews Referat vor dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU: Resultate des Warschauer Treffens der fünf Bruderländer.

13 Ebd., S. 20.

ZK“ und „der Eingriff gegen antisozialistische Kräfte“ sei¹⁸.

Breschnews Annahme, der Warschauer Brief werde eine innere Krise im Plenum der tschechoslowakischen Kommunisten entfesseln, erwies sich als falsch. Der Parteivorstand hat am 18. Juli einen ablehnenden Standpunkt eingenommen, den er gemeinsam mit dem vollen Text des Warschauer Briefes am nächsten Tag in der tschechoslowakischen Presse veröffentlichen ließ. Kurz darauf fand die Plenarsitzung des Zentralkomitees statt. Diese Sitzung, an der eine Reihe der Kongreßdelegierten teilnahm, hat den Standpunkt des Präsidiums einstimmig bestätigt. Die Meinungsumfrage aus diesen Tagen zeigte, daß damit 93 Prozent der Bevölkerung einverstanden waren¹⁹.

Zu diesem Zeitpunkt wurde in Moskau über die Invasion grundsätzlich entschieden. Das zeigt auch die Tatsache, daß mehrere ungarische, polnische und ostdeutsche Streitkräfte in Kampfbereitschaft versetzt wurden²⁰. Der tschechoslowakische Abwehrdienst hatte schon Anfang Mai massive Truppenbewegungen festgestellt, aber Ende Juli häuften sich auch die Verschiebungen der Luft- und Truppeneinheiten²¹. Diese Umstände zeigten, daß drei Einheiten von 165 000 Soldaten, 4 600 Panzern und 25 Flugregimentern in Bereitschaft standen und es zur Invasion nach dem 25. Juli kommen konnte²².

Die sowjetisch-tschechoslowakischen Verhandlungen in Čierná vom 29. Juli bis 1. August und das folgende Treffen mit den „Fünf“ in Bratislava vom 2. bis 3. August waren ein Ablenkungsmanöver. Man muß aber auch in Betracht ziehen – und das bestätigen auch Stenogramme dieser Gespräche²³ –, daß die Sowjets die tschechoslowakische Führung zu einer Reihe von Verpflichtungen zwingen wollten, insbesondere zu Kaderwechseln. Nach Breschnews Meinung sollten führende Persönlichkeiten wie J. Pelikán, Leiter des Fernsehens, Z. Heizlar, Leiter des Rundfunks, und Č. Císar, Sekretär des Zentralkomitees mit Verantwortung für die Massenmedien, unbedingt abgesetzt werden. Die kommunistische Parteiführung hatte versprochen, dies zu erwägen. Breschnew forderte

18 AK-S-II-25: Tschewonjenko nach Moskau vom 17. 7. 68, chiffriert.

19 Vgl. Josef Bečvář, *Výsledky šetření veřejného mínění v ČSSR, v letech 1968–69*, Bd. 1, S. 15; Bd. 2, S. 5.

20 Vgl. Rüdiger Wenzke, *Prager Frühling, Prager Herbst*, Berlin 1990, S. 18ff.

21 Vgl. Jaromír Navrátil u. Kollektiv, *Vojáci a Pražské jaro*, Praha 1990, S. 33.

22 Vgl. ebd., S. 48.

23 Vgl. AK-S-III-19: Verhandlungen in Tscherná, Bd. I. u. II.

weiterhin ultimativ die Ausgliederung der Staatssicherheit mit V. Šalgovič an der Spitze, der eng mit dem KGB zusammenarbeitete, aus dem Innenministerium. Die Eingriffe in die Massenmedien und Šalgovičs Ernennung sollten das Recht der Sowjets, sich in die tschechoslowakischen Verhältnisse einzumischen, bestätigen und auch auf diese Weise die sowjetische Hegemonie demonstrieren. Sie sollten aber auch in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit den allgemeinen Widerstand hervorrufen, der leicht in Demonstrationen und Zusammenstöße übergehen könnte.

Es sollte eine Atmosphäre entstehen, die eine Invasion unter dem Vorwand rechtfertigen würde, daß es unvermeidlich sei, der tschechoslowakischen Führung gegen die Konterrevolution zu Hilfe zu eilen.

Breschnew beabsichtigte mit Šalgovičs Ernennung, daß dieser in Prag einen Polizeiputsch veranstalten sollte. In der Nacht vom 20. auf den 21. August sollte ein Brückenkopf für umfangreiche Fallschirmjägeroperationen der sowjetischen Sondertruppen geschaffen werden, die zur Okkupation der Parteiorgane, der Regierung, der Massenmedien usw. bestimmt worden waren. Šalgovičs Plan entsprechend, ist es zwar zu einem Putsch gekommen, aber er war bei weitem nicht von der Bedeutung und dem Umfang, mit dem in Moskau gerechnet wurde²⁴.

Der Aufstand der Staatspolizei sollte den Weg für einen politischen Umsturz bahnen, der sich laut des in Warschau gebilligten und später in Moskau und in der sowjetischen Botschaft ausgearbeiteten Szenarios am 20. August in Prag abspielen sollte²⁵. Die Konservativen im Parteipräsidium planten, in der Sitzung am Nachmittag des 20. August die Mehrheit zu gewinnen und die Kaderwechsel im Präsidium des Zentralkomitees sowie in der Regierung rasch durchzuführen. Die neue Regierung sollte danach von Präsident Svoboda bestätigt werden. Die neugebildete Staats- und Parteiführung sollte den militärischen Eingriff nicht nur als Realität anerkennen, sondern auch eine Erklärung herausgeben, die die Hilfe der verbündeten Armeen gegen die Konterrevolution mit Dank gutheiße. Die scharfen Säuberungen in den politischen und den Parteiorganen sollten als Anfang der „Normalisierung“ der Lage in der Tschechoslowakei folgen.

24 Vgl. AK-B-Kutnohorský.

25 Vgl. AK-M-1: Kadars Nachricht vom 23. 8. 1968 für die gemeinsame Sitzung des Präsidiums des ZK und des Ministerrates der MVR über die Moskauer Verhandlungen zwischen dem 18. und 21. 8. 1968.

Dieser Plan scheiterte. Der Vorschlag der Konservativen, das Präsidium des Zentralkomitees solle zuerst den Situationsbericht und Breschnews Brief an Dubček vom 16. August²⁶ verhandeln, wurde nicht akzeptiert. Um elf Uhr nachts kam die Nachricht von der Invasion. Trotz der Bemühung der Konservativen – Bilak, Kolder, Rigo und Švestka – hat die Mehrheit des Präsidiums – Barbírek, Dubček, Černík, Kriegel, Piller, Smrkovský und Špaček – eine Resolution verabschiedet, die klarstellte, daß es zur Invasion „ohne Kenntnis des Präsidenten der Republik, des Vorsitzenden des Parlaments, des Regierungschefs, des ersten Parteisekretärs und der tschechoslowakischen Organe“ gekommen sei. Von großer Bedeutung war folgende Erklärung: „Das Präsidium des ZK ist der Ansicht, daß dieser Akt nicht nur den Grundsätzen der Beziehungen unter den sozialistischen Staaten entgegensteht, sondern auch die Grundnormen des internationalen Rechtes verletzt... Alle führenden Repräsentanten von Staat, Partei und nationaler Front bleiben in ihren Stellen, in die sie laut Gesetz und Normen gewählt worden sind.“ Das Präsidium beschloß, die Nationalversammlung, die Regierung und das Plenum des Zentralkomitees einzuberufen²⁷.

Kurz nach Mitternacht wurden die führenden Repräsentanten der Partei, der Regierung und der Nationalversammlung verhaftet: Dubček, Černík, Kriegel, Smrkovský, Špaček, Šimon u. a. Die Regierung trat ohne ihren Premier zusammen und lehnte die Okkupation ab. Inzwischen versuchten die Konservativen, Präsident Svoboda zu überzeugen, er solle eine neue Regierung bilden, was dieser aber zurückgewiesen hat. Kurz darauf trat die Nationalversammlung zusammen und erklärte die Okkupation als gesetzwidrig. Schon am 22. August fand im Prager Maschinenbetrieb der vom Stadtausschuß der Partei einberufene außerordentliche XIV. Parteitag der KPTsch statt. Dieser verurteilte die Invasion, proklamierte einen kurzen Generalstreik und wählte neue Parteiorgane, in denen die Konservativen ihre Positionen verloren.

Breschnew kennzeichnete den XIV. Parteitag der Kommunistischen Partei als Beweis der Existenz eines parallelen Machtzentrums. Die „Fünf“ waren sich darüber einig, daß sie diesen Parteitag nie anerkennen würden²⁸.

26 Vgl. *Historie a vojenství*, JG XI 1991, No. 1, S. 155. Vollständiger Text des Breschnew-Briefes.

27 Vgl. *Všemu lidu Československé socialistické republiky*, in: *Rok šedesátý osmý v usneseních a dokumentech ÚV KSČ*, Praha 1969, S. 297.

28 Vgl. AK-P-I, S. 8–9: Das polnische Protokoll der Moskauer Verhandlungen vom 18. bis 27. August 1968.

Aus militärischer Sicht war die Invasion erfolgreich. Den Luftlandetruppen gelang es innerhalb weniger Stunden, alle politisch und strategisch wichtigen Punkte in Prag zu besetzen. Die Invasion in die Republik wurde von Norden, Nordwesten und von Süden durchgeführt. Während des Vormittags des 21. August wurde das ganze Gebiet der Republik von Militäreinheiten der Sowjetunion, Polens, Ungarns und Bulgariens okkupiert. Die DDR-Truppen beteiligten sich nur symbolisch²⁹.

Politisch war die Invasion jedoch ein Mißerfolg. Den Kollaborateuren gelang es nicht, den Rundfunk zu beherrschen, und kurz nach Mitternacht des 21. August wurde die Resolution des Parteipräsidiums gesendet. Das war das Signal zum Volksaufstand. Obwohl die Bevölkerung keine Waffen benutzte, gingen die Okkupationstruppen mit aller Härte vor. Der Protest der Bevölkerung war unbeschreibbar: Das Hauptgebäude des Rundfunks wurde von Sowjets besetzt, aber es wurde von Nebengebäuden weiter gesendet, das Fernsehen strahlte seine Sendungen aus verschiedenen kleinen Studios aus, Zeitungen wurden herausgegeben, Hunderttausende von Menschen waren auf den Straßen und protestierten; sie verlangten die Rückkehr der in die Sowjetunion verschleppten tschechoslowakischen Repräsentanten³⁰.

Die Sowjetführung stand vor der Wahl, entweder die Diktatur mit Gewalt durchzusetzen oder einen Kompromiß mit den bestehenden Macht- und Gesellschaftsstrukturen zu suchen. Trotz Ulbrichts und besonders Gomulkas Widerstand kamen die „Fünf“ in komplizierten Beratungen zu der Schlußfolgerung, daß es nötig sei, mit Dubčeks Führung ins Gespräch zu kommen.

Die Parteiführung der Sowjetunion trat mit den tschechoslowakischen Repräsentanten in Kontakt, aus den Verhandlungen resultierte das sogenannte „Moskauer Protokoll“. Danach sollten die Okkupationstruppen in einem bestimmten Zeitraum die Republik räumen. Die tschechoslowakische Führung sollte den XIV. Parteitag annullieren und die sowjetischen Forderungen aus Čierná in Kraft setzen³¹.

Die „Fünf“ trafen sich zu einer letzten Sitzung in Moskau am 27. August³². Manche Redner konstatierten, die politische Lage in der Tschechoslowa-

29 Vgl. J. Navrátil (Anm. 21), S. 32f., 43f.

30 Vgl. *Sedm pražských dní 21–27. srpna 1968*, Prag 1968.

31 Den Text des Protokolles vgl. in: P. Tigríd *La chute irrésistible d'A. Dubček*, Paris, S. 239f.

32 Das Protokoll dieses Treffens vgl. AK-S-III-12.

kei sei schlimmer als vor dem 21. August. Man beschloß, stufenweise die Machtpositionen zu erobern und den Umsturz zu vollenden. Einigkeit herrschte auch darüber, daß die Sowjettruppen ständig im Lande stationiert werden müßten. Besonders Ulbricht betonte, entweder müsse die Sowjetarmee auf Dauer in der Tschechoslowakei bleiben, oder das Land werde früher oder später aus dem Warschauer Pakt austreten.

Das Moskauer Protokoll war für die tschechoslowakischen Reformpolitiker ungünstig. Schrittweise setzte Moskau seine Pläne durch. Mit Gewalt und

Druck gelang es, mit den heimischen Kollaborateuren die Lage schrittweise zu stabilisieren.

Die Tschechoslowakei war ein Land mit günstigen Bedingungen für eine demokratische Umgestaltung und die Überwindung des neostalinistischen Systems. Die Repräsentanten der „Fünf“ beschlossen, durch die Intervention den Prager Frühling zu ersticken. Sie versperrten dadurch auch den Weg für künftige Reformen in ihren Ländern. So sollte es weitere 20 Jahre dauern, bis sich demokratische Strukturen im gesamten Ostblock durchsetzen konnten.

Sowjetische Parteiherrschaft und Prager Frühling 1968

Die Invasion der Truppen von fünf Ländern des Warschauer Paktes in die CSSR im Jahre 1968 erfährt im Lichte neuer Dokumente eine Neubewertung. Die Regierungschefs aus fünf Ländern (Bulgarien, Ungarn, DDR, Polen und Sowjetunion) kamen am 4. Dezember 1989 in Moskau zusammen, um diesen Einmarsch ihrer Truppen zu verurteilen und ihn als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der souveränen Tschechoslowakei zu charakterisieren. In ihrer gemeinsamen Erklärung hieß es: „Diese unrechtmäßige Handlung unterbrach den Prozeß der demokratischen Erneuerung in der CSSR und hatte langwierige negative Folgen.“¹ Gleichzeitig bezeichnete die sowjetische Regierung die damaligen Beschlüsse als einen politischen Fehler². Die anderen Staaten entschuldigten sich später mit ähnlich lautenden Erklärungen.

Im russisch-tschechoslowakischen Vertrag über freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit vom 1. April 1992 wurde die militärische Einmischung von 1968 scharf verurteilt³. Bei der Unterzeichnung des Vertrages übergab Rußlands Präsident Boris Jelzin Präsident Vaclav Havel eine Sammlung der sowjetischen Dokumente, die die unbegründeten Beschlüsse aufdeckten. Diese Dokumente wurden leider bisher den sowjetischen Historikern nicht zur Verfügung gestellt. Die bereits bekanntgewordenen Materialien erlauben es, ein objektives Bild der Ereignisse zu zeichnen⁴.

Die retrospektive Betrachtung der Geschichte zeigt, daß die tschechoslowakische Krise des Jahres 1968 in ihrer Bedeutung weit über den Rahmen eines Landes hinausgeht. Im Unterschied zu allen vorherigen Krisen stellen sie den ersten Versuch dar, das autoritär-bürokratische System von innen heraus zu demontieren. Die Intervention der fünf sozialistischen Länder unterbrach ein Experiment, das das neue Modell des Sozialismus mit menschlichem Antlitz schaffen sollte. Verhinderte die gewaltsame Unterdrückung des Prager Frühlings die Reformfähigkeit des Sozialismus? Wovon ließen sich die Regierungschefs der fünf sozialistischen Länder bei ihren Beschlüssen leiten?

I. Das sozialistische Lager Mitte der sechziger Jahre

Anfang der sechziger Jahre ging sowohl in der UdSSR als auch in den anderen sozialistischen Ländern das ökonomische Wachstum zurück.

Parallel zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Zuspitzung der politischen Probleme entstanden in diesen Ländern oppositionelle Bewegungen. In der Sowjetunion stellten Sacharow und Solschenizyn die offizielle Parteidoktrin in Frage.

Die Dissidentenprozesse gegen Sinjawski und Daniel (im Februar 1966) sowie gegen Ginsburg und Galanskow (im Januar 1968) zogen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich und riefen eine Welle der Sympathie hervor. Das Erscheinen illegaler Druckerzeugnisse – Samisdat – stellte das Informationsmonopol des Staates in Frage. Diese Entwicklungen veranlaßten die regierende Elite in der Sowjetunion, immer weiter vom „Liberalisierungskurs“ Chruschtschows abzurücken. Die autoritär-bürokratischen Züge des Regimes zeigten sich besonders auf dem Gebiet der Ideologie. Man begann, die ökonomische Reform zurückzu-

1 Iswestija vom 5. 12. 1989.

2 Vgl. ebd.

3 Iswestija vom 2. 4. 1992.

4 Der Verfasser hatte die Möglichkeit, einige Dokumente einzusehen, die von der Regierungskommission der Tschechoslowakei zur Analyse der Ereignisse 1967–1970 gesammelt wurden, u. a. die Dokumente des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, die der tschechoslowakischen Seite im Dezember 1991 übergeben worden waren, sowie die Aufzeichnungen der Gespräche mit den sowjetischen Teilnehmern der Ereignisse des Jahres 1968, die von den Mitarbeitern des Instituts für Slawistik und Balkanistik der Russischen Akademie der Wissenschaften zusammengetragen wurden.

drängen. Vor diesem Hintergrund sind die sowjetisch-tschechoslowakischen Beziehungen zu beurteilen, die eine völlig unerwartete Wende für die sowjetische Führung nahmen.

II. Die sowjetisch-tschechoslowakischen Beziehungen und der Sturz Novotnys

Als Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (ZK der KPC) und als Präsident der Republik steuerte Novotny immer einen konservativen Kurs, was zu Unzufriedenheit sowohl in den Reihen der Partei als auch im Lande führte. Die Tschechoslowakei rehabilitierte als letztes der sozialistischen Länder – und auch nicht ohne sowjetischen Druck – die Opfer der repressiven Politik des kommunistischen Regimes in den ersten Nachkriegsjahren. Unter dem Einfluß Novotnys versuchte die tschechoslowakische Staatsführung, einen Ausweg aus der ökonomischen Krise durch eine verstärkte Zentralisierung sowohl der Wirtschaft als auch des Landes zu finden. Novotny hatte allen Grund, sich der Unterstützung der neuen sowjetischen Führung unter Breschnew zu versichern, der durch den Putsch des rechten Apparates im Oktober 1964 an die Macht gekommen war. Denn Novotny hatte in einem Schreiben nach dem Putsch gegen Chruschtschow protestiert, indem er im Namen der Führung der KPC dieses „unerwartete und Verwunderung hervorgerufene Ereignis“ kritisierte⁵, was ihm Breschnew angeblich nicht mehr verzeihen hatte. Ein weiterer Grund, der zur Entfremdung beitrug, war die Weigerung Novotnys, ein Abkommen über die Stationierung sowjetischer Truppen auf dem Territorium der Tschechoslowakei zu unterschreiben. Novotny betonte, daß dieser Schritt äußerst unpopulär sei und die Autorität der KPC beeinträchtigen werde. Der Grund für die Verstimmung zwischen der Sowjetunion und der CSSR lag also tiefer.

Die sowjetische Führung hatte den Eindruck, daß die Tschechoslowakei in den sechziger Jahren allmählich zum schwächsten Glied des sozialistischen Lagers wurde. Der Wunsch, diesen Tendenzen entgegenzuwirken, resultierte aus der geopolitischen, strategischen und ökonomischen

Rolle des Landes im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sowie aus der politischen Lage des sozialistischen Lagers. Nach dem faktischen Austritt Rumäniens gewann die Position der Tschechoslowakei eine besondere Bedeutung für die Stabilität der Organisation des Warschauer Vertrages. Damit verband die sowjetische Führung die Probleme eigener Sicherheit in Europa.

Mitte der sechziger Jahre kam es in der CSSR zu politischen Spannungen. Die Wahl Dubceks im Mai 1966 zum Parteichef der Slowakischen Kommunistischen Partei wurde zur Niederlage Novotnys. Auf dem XIII. Parteitag im Juni 1966 wurden neue Personen in die Leitung der KPC gewählt, die später zu den Prominenten des Prager Frühlings wurden (Dubcek, Smrkovsky u. a.). Viele Parteifunktionäre äußerten die Befürchtung, daß das Festhalten an Novotny als Erstem Sekretär der KPC nicht nur die Partei, sondern auch sie persönlich kompromittieren würde. Deshalb kam es Ende 1966 und das ganze Jahr 1967 zu innerparteilichen Auseinandersetzungen, die sowohl die Partei als auch bedeutende Teile der Gesellschaft umfaßten.

Die Hoffnung Novotnys auf sowjetische Hilfe wurde enttäuscht. Während seines Aufenthaltes in Moskau im November 1967 – anlässlich des 50. Jahrestages der Oktoberrevolution – wurde er betont kühl empfangen. Daraufhin lud Novotny Breschnew zu einem Gegenbesuch in die CSSR ein. Dessen Blitzvisite in Prag am 8. Dezember 1967 endete unerwartet. Zum Abschluß des Besuchs sagte Breschnew: „Das sind, Genossen, ihre tschechoslowakischen Angelegenheiten.“ Es wurde klar, daß die sowjetische Staats- und Parteiführung Novotny nicht unterstützen würde.

Aus den Materialien wird ersichtlich, daß man in Moskau zu dem Schluß gekommen war, die Führung der KPC zu ersetzen. Aber die sowjetische Führung zögerte noch, weil es keinen geeigneten Kandidaten in der tschechoslowakischen Parteiführung gab, der nach Meinung der sowjetischen Führung Novotny ersetzen konnte. Dubcek, den das Plenum des ZK der KPC auf seiner Sitzung vom 3. bis 5. Januar 1968 als Ersten Sekretär wählte, war nicht der Wunschkandidat der Sowjetunion. Novotny blieb noch bis Ende März 1968 Präsident des Landes.

Dubcek wurde in der sowjetischen Partei- und Staatsführung jedoch bei weitem nicht als die schlechteste Lösung betrachtet. Man hielt ihn für einen vorsichtigen Pragmatiker und Realisten. Da er als Verteidiger der slowakischen Interessen bekannt war, verband man mit ihm die Hoffnungen

5 Vojtěch Mencl/Miloš Hájek/Milan Otáhal/Erika Kadlecová, Křižovatky, 20. století, Praha 1990, S. 285.

auf die Regelung der föderalen Beziehungen zwischen den beiden Landesteilen. Man sah in ihm einen Politiker, der der Sowjetunion freundschaftlich gesonnen war, da er dort in seiner Jugendzeit gelebt und studiert hatte. Er sprach sich auch nicht für weitgehende Reformen aus. Man hielt ihn aber für eine Übergangsfigur. Beim ersten Treffen in Moskau am 29./30. Januar 1968 machte Dubcek einen guten Eindruck auf Breschnew.

III. Der Beginn des Prager Frühlings

Die ersten Wochen nach der Machtübernahme durch die neue tschechoslowakische Führung zeichneten sich durch einen Mangel an programmatischen Aussagen aus. Mehr sogar: Die neue Führung ließ in dieser Zeit keine direkte Kritik der Fehler des Novotny-Regimes zu. Größeres Interesse gebührt der Position des sowjetischen Botschafters Tschernowjenko in Prag. Er äußerte bereits am 5. Februar 1968 im Gespräch mit Botschaftern aus anderen sozialistischen Ländern seine Besorgnis über die antisozialistischen und antisowjetischen Ziele der tschechoslowakischen Führung. Die sowjetische Botschaft arbeitete mit denen zusammen, die wenig später als „gesunde Kräfte“ bezeichnet wurden.

In Moskau fand die Position der Botschaft zuerst keine Unterstützung. Breschnew wollte persönlich die neue tschechoslowakische Führung kennenlernen und besuchte am 21./22. Februar 1968 – anlässlich der Festlichkeiten zum 20. Jahrestag der kommunistischen Machtübernahme – Prag. Durch seinen Staatsbesuch zwang er die Führungen der anderen sozialistischen Länder, seinem Beispiel zu folgen; diese waren indes nicht gewillt, durch ihre Präsenz die Unterstützung Dubceks zu demonstrieren. Die tschechoslowakischen Angelegenheiten wurden während der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages am 6./7. März 1968 in Sofia nicht speziell besprochen. Erst anlässlich des Treffens der KP-Chefs der kommunistischen Parteien von sechs sozialistischen Ländern (Bulgarien, Polen, DDR, Ungarn, UdSSR und Tschechoslowakei) in Dresden am 23. März 1968 ging man darauf ein.

An diesem Treffen hatten die kommunistischen Parteien der DDR und Polen größtes Interesse. In Polen gab es innenpolitische Auseinandersetzungen, die in der Losung mündeten: „Polen wartet auf seinen Dubcek.“

Die von Ulbricht vorgestellte Tagesordnung – die politische Situation in der Tschechoslowakei und ihr möglicher Einfluß auf andere sozialistische Länder – kam für die tschechoslowakischen Teilnehmer völlig unerwartet. Als Gegner der tschechoslowakischen Reformer trat Gomulka auf, der die Führung der CSSR ermahnte, die polnischen Erfahrungen und die Lehren der ungarischen Konterrevolution zu berücksichtigen. Er betonte, daß alles mit harmlosen Demonstrationen und populären Parolen beginne und mit der Zersetzung des Staatsapparates und der Aushöhlung der führenden Rolle der Partei ende. Ulbricht machte auf mögliche Kettenreaktionen dieser Entmachtung aufmerksam, die auf andere sozialistische Staaten übergreifen könnten. Vor diesem Hintergrund war die Ansprache Breschnews gemäßigt, obwohl er die Angriffe der tschechoslowakischen Presse auf die ideologischen Grundlagen des Sozialismus und die führende Rolle der KPC verurteilte.

Die sowjetische Führung kam dem dringenden Wunsch der tschechoslowakischen Delegation entgegen, die Verurteilung im Kommuniqué des Dresdener Treffens nicht zu erwähnen. Daraufhin wurde kein formeller Beschluß gefaßt. In der offiziellen Mitteilung wurde vage vom Wunsch der tschechoslowakischen Werktätigen gesprochen, den sozialistischen Aufbau fortzusetzen. Am 27. März 1968 veröffentlichte das Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland“, die Rede Kurt Hagers, die er am Tage vorher gehalten hatte. In ihr wurde indirekt die Linie der Reformen des gesellschaftlichen Lebens und der Wirtschaft in der CSSR kritisiert. Das war der erste offene Angriff gegen den Prager Frühling in den Ländern des sozialistischen Lagers. Erst nach Veröffentlichung des Aktionsprogramms der KPC am 5. April 1968 sah die sowjetische Parteiführung die Gefahr. Von dieser Zeit an betrachtete sie die Ereignisse mit den Augen der sowjetischen Botschaft in Prag.

Auf dem am 9./10. April 1968 in Moskau tagenden Plenum des ZK der KPdSU wurde das tschechoslowakische Programm scharf kritisiert und als revisionistisch verurteilt. Die demokratische Öffnung der Tschechoslowakei wurde als direkte Bedrohung der führenden Rolle der Partei im entstandenen „bürokratischen Weisungssystem“ empfunden. Die größte Gefahr stellte die Pressefreiheit dar. Ab Mitte April übernahm die sowjetische Seite immer mehr die Rolle des Koordinators der Angriffe gegen den Prager Frühling.

IV. Parteidiplomatie in Aktion

Sowjetische Archive enthalten eine Menge von Zeugnissen der rührenden Eintracht der Teilnehmer des Dresdener Treffens (eine gewisse Ausnahme bildete zuerst nur der ungarische KP-Chef Kadar) bei der Einschätzung der Situation in der Tschechoslowakei. Die Dokumente offenbaren ein Bild des ständigen Meinungs-austausches zwischen den KP-Chefs, in dessen Verlauf allmählich die kollektive Konzeption entstand, die später als Breschnew-Doktrin bezeichnet wurde.

Die Information über das April-Plenum des ZK der KPdSU wurde sofort an die KP-Chefs der anderen Länder weitergeleitet und von ihnen gebilligt⁶. Gegenüber dem sowjetischen Botschafter in Warschau drückte am 16. April 1968 Gomulka seine Sorge darüber aus, daß die Verwandlung der sozialistischen Tschechoslowakei in eine bourgeoise Republik begonnen habe: „Wenn die konterrevolutionären Pläne in die Tat umgesetzt werden, kann man nicht gleichgültig zusehen: Sofortige Einmischung ist erforderlich.“

Ähnlich äußerten sich die Mitglieder einer bulgarischen Partei- und Regierungsdelegation, die im April 1968 die Tschechoslowakei besuchte.⁷ Ihre Beobachtungen legten sie in einem Schreiben an die anderen Länder des sozialistischen Lagers dar. Aufschlußreich ist deren Reaktion: Kadar beschränkte sich auf einen Dank für die Information, Gomulka fand die Schlußfolgerungen richtig und Ulbricht sprach sich für die Organisation eines neuen Treffens nach der Art des Dresdener Treffens aus. Er betonte, daß es notwendig sei, auf Dubcek Druck auszuüben, damit dieser wieder die Kontrolle über die Massenmedien ausübe⁷.

Diese Probleme wurden während des Treffens der Führungsspitzen der KPdSU und der KPC am 4. Mai 1968 besprochen. Die sowjetische Seite kritisierte die Art des Wechsels der leitenden Personen in der tschechoslowakischen Partei- und Staatsführung sowie die tschechoslowakische Presse und betonte die Notwendigkeit, die antisozialistischen Kräfte zu bekämpfen. Es wurde auch die Warnung ausgesprochen, daß es der Tsche-

choslowakei nicht erlaubt sein werde, aus dem sozialistischen Lager auszutreten. Vor diesem Hintergrund erschienen die Gespräche über die Probleme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder und die eventuelle Gewährung einer großen sowjetischen Anleihe an die Tschechoslowakei zweitrangig. Der Hinweis der tschechoslowakischen Delegation, daß drei Viertel der Bevölkerung des Landes die vor sich gehenden politischen Veränderungen als Festigung des Sozialismus betrachteten, hat die sowjetische Führung nicht beeindruckt⁸.

Nach diesem Treffen verstärkte sich in der sowjetischen Presse die Kampagne gegen die Ideen des Prager Frühlings. Das Treffen der KP-Chefs aus fünf Ländern des Warschauer Vertrages am 8. Mai 1968 in Moskau – ohne Beteiligung der Tschechoslowakei – war ein schlechtes Zeichen, besonders, wenn man die begonnene Vorbereitung auf das Manöver der Truppen des Warschauer Vertrages auf tschechoslowakischem Territorium in Betracht zieht. Anscheinend wurden nach diesem Treffen die Möglichkeiten eines bewaffneten Eingriffs in die Tschechoslowakei besprochen.

Die Regierungschefs der sozialistischen Länder diskutierten in zunehmendem Maße die Einstellung Rumäniens und Jugoslawiens zu den tschechoslowakischen Ereignissen. Sie verfügten über Informationen, wonach Ceausescu Dubcek eingeladen habe, Bukarest zu besuchen, und seinerseits darum gebeten habe, Prag besuchen zu können. Eine ähnliche Position vertrat Tito. Alle Länder des Warschauer Vertrages standen – wenn auch aus verschiedenen Gründen – der Zusammenarbeit Bukarest–Belgrad–Prag mit großer Skepsis gegenüber. Im Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in Warschau am 21. Mai 1968 betonte Gomulka, daß diesen drei Ländern der Wunsch gemeinsam sei, sich vom sozialistischen Lager abzuspalten und eine Art Geheimbündnis zu bilden. Gomulka kam zu dem Schluß, daß es gut wäre, wenn ähnlich wie in der DDR und Ungarn sowjetische Truppen auch in der Tschechoslowakei stationiert würden.

Für die Sowjetunion bedeutete die Möglichkeit der Entstehung eines solchen Bündnisses eine neue Form der „kleinen Entente“, und damit war die Gefahr verbunden, daß ein neues Zentrum in der kommunistischen und Arbeiterbewegung entstehen würde. Dies hätte die KPdSU gezwungen, die ideologische Auseinandersetzung an zwei

6 Die wichtigsten Fakten dieses Abschnitts wurden den Archiven der Außenpolitik der UdSSR sowie den Gesprächen mit den Teilnehmern der Ereignisse entnommen.

7 Aus einem Gespräch zwischen Shiwkow und dem sowjetischen Botschafter in Sofia am 3. 5. 1968.

8 Vgl. V. Mencl u. a. (Anm. 5), S. 302.

Fronten zu führen, und zwar gegenüber China und dem Dreierbündnis. Eine solche Perspektive begann die sowjetische Parteiherrschaft schon früh zu beunruhigen.

Vom 29. Mai bis 4. Juni tagte das Plenum des ZK der KPC, das den Beschluß faßte, am 9. September 1968 den XIV. Außerordentlichen Parteitag einzuberufen. Ohne diese Einberufung des Parteitages könnten innerhalb der Partei, wie Dubcek in seinem Referat betonte, keine endgültigen Garantien für die konsequente Realisierung der neuen Politik gegeben werden. Dieser Beschluß sowie die im Juni begonnenen Kreis- und Gebietsparteikonferenzen, auf denen die Abgeordneten zum bevorstehenden Parteitag gewählt wurden, spitzten schlagartig den politischen Kampf im Lande zu. In der Parteiführung verstärkte sich die Spaltung, die schon früher zum Vorschein gekommen war. Die alten Kader, die eine Machtposition nach der anderen einbüßten, appellierten an die Hilfe der Bruderparteien. Es war offensichtlich, daß die Einberufung des Parteitages und seine Arbeit die Konstellation der politischen Kräfte im Lande grundlegend verändern und den Reformkurs unumkehrbar machen würden.

Die Führung der sozialistischen Länder entschloß sich, Einfluß auf die Entwicklung der Ereignisse in der Tschechoslowakei in dieser ernstzunehmenden Periode auszuüben. Am 11. Juni 1968 übergab man dem sowjetischen Botschafter in Prag, Tschervonjenko, eine persönliche Botschaft Breschnews, die er Dubcek mündlich mitteilen sollte. Parallel dazu ließ Breschnew Dubcek tschechoslowakische Presseberichte mit der Bitte zukommen, diese zur Kenntnis zu nehmen. In diesen Artikeln werde zur Brandmarkung der gesamten 20jährigen Periode des sozialistischen Aufbaus in der Tschechoslowakei aufgerufen sowie dazu, offen den Kampf gegen die KPC zu aktivieren, um ihre jetzige Führung auf dem bevorstehenden Parteitag vollständig zu wechseln und die Politik der Partei zu verändern; des weiteren beinhalteten sie die Aufrufe, daß in den Wahlen zur Nationalversammlung die Kommunistische Partei ihre führende Rolle verlieren solle. Dargelegt sei das ziemlich präzise Programm des Kampfes gegen die KPC in der Periode der Vorbereitung auf den außerordentlichen Parteitag. Breschnew sah dahinter die Aktivierung der konterrevolutionären Kräfte und die Gefahr für den Sozialismus.

Die Botschaft Breschnews, die Tschervonjenko am 12. Juni Dubcek überbrachte, war aber in moderateren Tönen gehalten. Sie brachte die Sorge

darüber zum Ausdruck, daß während der Vorbereitung auf den Parteitag die Angriffe auf „gesunde Kräfte“ der Partei stärker würden und unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Konservativen die treuen Kommunisten „füsiliert“ würden. Besonders beunruhigt war man über die Presse, die bürgerlich-liberale, mitunter sogar konterrevolutionäre Positionen vertrat. Am meisten war man aber besorgt, daß in der KPC das „zweite Zentrum“ (in der Botschaft wurde nicht erklärt, was damit gemeint war) entstehe, dessen Existenz die Lage in der Partei und im Lande erschweren würde. Breschnew schlug deshalb ein Treffen am 15. oder 16. Juni 1968 irgendwo an der sowjetisch-tschechoslowakischen Grenze vor.

Im Gespräch mit Tschervonjenko nahm Dubcek eine flexible Haltung ein. Er sah aber keine Möglichkeit zu einem Treffen mit Breschnew vor dem 1. Juli. Unter dem gleichen Vorwand hatte er schon das Treffen mit Ulbricht abgelehnt. Mit dem Ziel, die Sowjets zu beruhigen, erklärte Dubcek, sie sollten nicht glauben, daß die tschechoslowakische Führung das Land auf den jugoslawischen oder rumänischen Weg führen wolle.

Das Manöver „Schumawa“, das in der zweiten Juni-Hälfte 1968 in der Tschechoslowakei durchgeführt wurde, hatte aber keine positiven Ergebnisse gebracht: Es stärkte nicht die Position der „gesunden Kräfte“, sondern schürte nur Kritik und Verdacht gegenüber der wahren Politik der Länder des Warschauer Paktes. Am 27. Juni 1968 wurde in mehreren Prager Zeitungen der Aufruf „2000 Worte“ veröffentlicht, der vom Schriftsteller Vazulik verfaßt und von vielen Kulturschaffenden, Wissenschaftlern usw. unterschrieben worden war. Der Aufruf war ein bequemer Vorwand für Angriffe auf die Entwicklung der Ereignisse in der Tschechoslowakei seitens der Länder des sozialistischen Lagers, die ihn als Manifest der Konterrevolution und als Offensive gegen den Sozialismus, die Partei und als Aufruf zum Bürgerkrieg betrachteten.

Am 4. und 5. Juli 1968 verlangten die Zentralkomitees der KPdSU, der SED, der PVAP, der BKP sowie Kadar in gleichlautenden Noten, unverzüglich ein Treffen der sechs kommunistischen Parteien in Warschau abzuhalten.

Das Präsidium des ZK der KPC lehnte ein solches Treffen ab und schlug statt dessen vor, in bilaterale Verhandlungen einzutreten, die auch mit den Vertretern der Kommunistischen Partei Rumäniens und des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens aufgenommen werden sollten.

Der Druck auf die Tschechoslowakei wurde fortgesetzt. Am 11. Juli 1968 übergab der sowjetische Botschafter an Dubcek ein neues Schreiben der fünf Parteien, in dem nochmals vorgeschlagen wurde, daß eine tschechoslowakische Delegation am 14. Juli nach Warschau kommen solle.

Am 13. Juli 1968 sandte die KPC ein Schreiben an das Politbüro des ZK der KPdSU. Darin hieß es, daß die Durchführung der Beratungen in Warschau die Lage in der CSSR erschweren werde, da die Partei jetzt unter den objektiv neuen Bedingungen arbeite. Gleichzeitig verstärkten sich die Stimmen in der Tschechoslowakei, die den unverzüglichen Abzug der Sowjettruppen verlangten, die sich seit dem Manöver „Schumawa“ im Lande aufhielten. Im Fernsehen wurde die Resolution des Südmährischen Gebietskomitees der KPC verlesen, in der nicht nur die kommunistischen Parteien Jugoslawiens und Rumäniens, sondern auch Italiens und Frankreichs eingeladen werden sollten.

Das Treffen der fünf Parteien fand am 14. und 15. Juli in Warschau statt. Ihre Botschaft wurde in der tschechoslowakischen Presse veröffentlicht. In einer Rundfunk- und Fernsehansprache am 18. Juli versuchte Dubcek die Öffentlichkeit sowie die Verbündeten zu beruhigen; die Tschechoslowakei sei nicht gewillt, ihre internationalen Verpflichtungen zu verletzen und das sozialistische Lager zu verlassen.

In der zweiten Juli-Hälfte spitzten sich die Spannungen zu. Das tschechoslowakische Modell des „Sozialismus mit dem menschlichen Antlitz“ stellte eine reale Gefahr für das in der UdSSR eingebürgerte autoritär-bürokratische System dar. Die Vertreter dieses Systems des „Kasernensozialismus“ bestritten der CSSR das Recht, sich sozialistisch zu nennen, und waren zu äußersten Maßnahmen bereit, um ihre Macht zu erhalten. Unter diesen Bedingungen kam es zur Intervention, die später den Namen „Breschnew-Doktrin“ bekam. Die sowjetische Führung hatte sich im Juni und Juli vergeblich bemüht, in bilaterale Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Führung einzutreten.

V. „Breschnew-Doktrin“: Militärischer Triumph und politischer Zusammenbruch

Am 18. August 1968 wurde in Moskau auf der Tagung der „Fünf“ der Beschluß über die militärische Intervention gefaßt. Breschnew teilte den anderen Parteien mit, daß es auf dem Treffen in Cierna nad

Tisou gelungen sei, die KPC-Führung zu überzeugen, Maßnahmen gegen die Demokratie in der Tschechoslowakei zu unternehmen. Das Präsidium der KPC verpflichtete sich, die Kontrolle über alle Massenmedien auszuüben, das Gesetz über das Verbot der Organisation der sozialdemokratischen Partei und verschiedener politischer Klubs wie Klub-231 zu verabschieden und die Treue zum Warschauer Vertrag zu bestätigen. Führende Persönlichkeiten wie Kriegel, Cisar und Pelikan seien zu entlassen. Die Organe der Staatssicherheit sollten aus dem Ministerium für innere Angelegenheiten ausgegliedert werden, und Schalgowitsch sollte als Chef des KGB fungieren. Breschnew unterstrich, daß nur auf dieser Grundlage die Einladung der „Bruderparteien“ nach Bratislava basierte.

Der andere Umstand, der der Aufmerksamkeit der Historiker entgangen ist, war die Tatsache, daß Breschnew gerade beim Treffen in Bratislava der Brief der „gesunden Kräfte“ des ZK der KPC (die Namen wurden nicht genannt) übergeben wurde, in dem die Bitte geäußert wurde, ihnen zu helfen; es wurde dabei die Notwendigkeit strengster Vertraulichkeit betont. Die Absicht der sowjetischen Führung war es, die Macht in der Partei und im Lande den „gesunden Kräften“ zu übergeben. Nicht ausgeschlossen ist, daß manche sowjetische Politiker noch die Hoffnung hegten, daß Dubcek auf die Seite der „gesunden Kräfte“ hinübergezogen werden konnte.

Breschnew berichtete, daß am 15., 16. und 17. August 1968 das Politbüro und das Sekretariat des ZK der KPdSU den Beschluß gefaßt haben, den „gesunden Kräften“ militärische Hilfe zu gewähren und ihren Aktionsplan und die vorgegebenen Termine zu akzeptieren. Es wurde angenommen, daß die „gesunden Kräfte“ auf dem Präsidium des ZK der KPC am 20. August Dubcek stürzen und die Länder des Warschauer Vertrages um Hilfe bitten würden, die ihre Truppen in der Nacht vom 20. zum 21. August 1968 in die Tschechoslowakei einmarschieren lassen würden. Die sowjetische Führung wandte sich am 17. August an die Teilnehmer des Bratislaver Treffens mit dem Vorschlag, am 18. August in Moskau zusammenzukommen. „Ich denke“, so Breschnew, „daß sie unsere Eile entschuldigen und verstehen, daß wir keinen anderen Ausweg hatten“.

Der gesamte Plan der Intervention, besonders sein politischer Teil, zeigte den Realitätsverlust der Führung der fünf kommunistischen Parteien. Das war schlechthin das Unverständnis für das andere Modell des Sozialismus „mit dem menschlichen Antlitz“. Die angestrebte Kooperation mit den

sogenannten „gesunden Kräften“, d.h. ihren Gleichgesinnten in der Tschechoslowakei, erwies sich als Illusion: Diese hatten keine Unterstützung in der Bevölkerung. Sogar im ZK der KPC waren sie in der Minderheit.

Vom militärischen Standpunkt aus gesehen erfolgte die Intervention genau nach Plan. Die Tatsache des Truppeneinmarsches selbst spaltete die „gesunden Kräfte“ und konsolidierte die Anhänger Dubceks: Es gelang nicht, ihn vom Posten des Ersten Sekretärs des ZK der KPC zu stürzen. Die Idee, die sogenannte „Revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung“ zu schaffen, brach ebenfalls zusammen: Präsident Swoboda wollte nicht die Rolle der Marionette spielen und wandte sich entschieden gegen einen solchen Plan. Zusammenfassend kann man sagen, daß die ursprünglichen politischen Pläne gescheitert sind. Trotz der vollständigen militärischen Kontrolle über das Land brauchte man fast ein ganzes Jahr, um das in Cierna nad Tisou und Bratislava ausgearbeitete Aktionsprogramm zur Unterdrückung des „Prager Frühlings“ zu verwirklichen. Der Prozeß der „Normalisierung“ setzte ein.

VI. Der Preis des „Sieges“

Heute sind viele Teilnehmer der damaligen Ereignisse geneigt, den Dilettantismus der Vorgehensweise der sowjetischen Führung (wie auch der Führer anderer sozialistischer Länder) und die fehlerhafte Einschätzung der Situation durch die sowjetische Botschaft in Prag zu betonen. A. Bowin verlieh diesen Meinungen eine bildhafte Form. „Im Westen“, betonte er, „nahm man an, daß wir Schach spielten, wir spielten aber Billard.“⁹

Das Problem lag jedoch tiefer. Das autoritär-bürokratische Regime in der Sowjetunion selbst lehnte tiefgreifende Reformen im politischen und ökonomischen Leben der Gesellschaft ab. Auf-

⁹ Die Aufzeichnung des Gesprächs mit A. E. Bowin erfolgte im September 1990.

grund des hohen Niveaus der industriellen Entwicklung, alter demokratischer Traditionen und der zahlreichen Intellektuellen hat nur die Tschechoslowakei das reale Bestreben an den Tag gelegt, das „neue Modell des Sozialismus“ zu schaffen. Die Führung der anderen Länder beurteilte dies jedoch als Untergrabung des Sozialismus und als den Versuch der „Flucht aus dem Lager“.

Die direkte Folge der Unterdrückung des „Prager Frühlings“ war die Diskreditierung der Idee der Reform der sozialistischen Gesellschaft. Die Folge war eine lange Stagnationsperiode, die eine ganze Generation in Anspruch nahm. Die Stagnationsepoche wurde zur Periode des langsamen Verfaulens der sozialistischen Staaten und der schnellen Zunahme des ökonomischen Rückstandes gegenüber den entwickelten Industriestaaten.

Die Unfähigkeit des autoritär-bürokratischen Regimes zu tiefgreifenden Reformen lag in ihrer erstarrten Struktur, die auf der Vereinigung der zwei Triaden der Macht – der horizontalen (politische, ökonomische und ideologische Macht) und der vertikalen (exekutive, legislative und judikative Macht) – beruhte. Das Bindeglied dieser zwei Triaden der Macht war der Parteiapparat, der mit dem Staatsapparat verwoben war, was ihm die Züge eines „Apparates besonderen Typs“ verliehen hat. Der instinktive Selbsterhaltungstrieb bestimmte 1968 die Reaktion der sowjetischen Parteiherrschaft auf die Ereignisse in der Tschechoslowakei.

Eine unerwartete Folge der Unterdrückung des „Prager Frühlings“ war für die sowjetische Parteiherrschaft der offene Auftritt der Dissidentenbewegung in der Sowjetunion. Die Demonstration auf dem Roten Platz in Moskau am 25. August 1968 (insgesamt nur sieben Menschen!), die gegen den Einmarsch der Sowjettruppen in die Tschechoslowakei protestierte, wurde zur bestimmten Etappe in der gesellschaftlichen Entwicklung des Landes, zum Zeichen der qualitativen Veränderungen im Leben der Menschen. Die Intervention der Truppen der sozialistischen Staaten in der Tschechoslowakei wurde zur allgemeinen Tragödie für die Völker dieser Länder. Die Ideen, die in der Periode des „Prager Frühlings“ gesät wurden, keimten aber erst nach zwanzig Jahren.

Polens Teilnahme an der Invasion in der Tschechoslowakei 1968

I. Die polnische Armee im Unternehmen „Donau“

Am 20. August 1968 erhielten Einheiten des polnischen Heeres, die als Zweite Armee eigens zur Durchführung dieser Operation zusammengestellt worden waren, den Befehl, die polnisch-tschechische Grenze zu überschreiten¹. Dieser Befehl kam für die bereits seit einer Reihe von Wochen entlang der polnisch-tschechischen Grenze stationierten Divisionen nicht unerwartet; nur der genaue Zeitpunkt der Aktion war nicht bekannt. Nach einem verschlüsselten Telegramm, das der polnische Generalstab bereits am 29. Juli den Kommandeuren der Divisionen und selbständigen Einheiten übermittelte, die an diesem Unternehmen beteiligt waren, sollte die Zweite Armee zusammen mit den Truppen der Sowjetunion, Bulgariens, Ungarns und der DDR den Kommunisten in der Tschechoslowakei „internationalistische Hilfe“ bei der Unterdrückung der „Konterrevolution“ und bei der Wiederherstellung der „Ordnung“ leisten. So begann das Unternehmen „Donau“ – die erste und einzige militärische Operation des Warschauer Paktes, die sich jedoch nicht gegen die Armeen der „imperialistischen Länder“ richtete, vor denen der Pakt angeblich schützen sollte, sondern gegen ein Land, das ihm selbst angehörte. „Fallschirmjäger öffneten ungehindert die Grenzübergänge und besetzten die Po-

1 Noch bis vor kurzem verfügten die Historiker über keinerlei Material, das Auskunft über die militärische Seite der polnischen Intervention in der Tschechoslowakei gegeben hätte. Diesbezügliches Archivmaterial ist weiterhin als streng geheim eingestuft. Vor wenigen Wochen erschien als erste Publikation, die wesentliche Informationen zu diesem Thema enthält, eine Sammlung von Interviews mit höheren Offizieren der polnischen Armee, die direkt an der Intervention beteiligt waren und sie praktisch durchführten: Lech Kowalski, Kryptonim „Dunaj“. *Udział wojsk polskich w interwencji zbrojnej w Czechosłowacji w 1968 roku* (Deckname „Donau“. Die Beteiligung polnischer Truppen an der bewaffneten Intervention in der Tschechoslowakei 1968), Warszawa 1992.

Übersetzung aus dem Polnischen: Jürgen Hensel.

sten der tschechoslowakischen Wachmannschaften. Eine gewaltige Lawine aus Menschen und Stahl rollte an. Die Kolonnen der taktischen Verbände und selbständigen Einheiten stürzten sich auf das Territorium der Tschechoslowakei. In dieser Nacht begleitete uns in der Luft das Dröhnen der schweren Transportmaschinen der sowjetischen Armee, die Gerät und Truppen nach Süden brachten.“²

Der Hauptangriff des Unternehmens „Donau“ erfolgte von seiten der Grenze der Tschechoslowakei mit Polen und der DDR, während ein Unterstützungsangriff vom Gebiet der Ukraine und Ungarns aus geführt wurde. Die polnische Zweite Armee schlug von Schlesien aus zu. Ihre Stärke betrug 26 000 Mann (knapp zehn Prozent des Personalbestandes der Polnischen Armee), 600 Panzer, 450 Geschütze verschiedenen Typs, 3000 Fahrzeuge, drei Hubschrauber-Regimenter und zwei Geschwader Verbindungsflugzeuge. Sie besetzte 20 000 qkm tschechoslowakischen Territoriums westlich und nordwestlich von Prag, von Mlada Boleslav in Richtung auf Ostrava. Dieses Gebiet umfaßte insgesamt 18 Kreise mit Städten wie Jicin, Hradec Kralove und Pardubice, d. h. etwa 16 Prozent des tschechoslowakischen Staatsgebietes³. Wenn man in Erwägung zieht, daß die erste Welle aller fünf Invasionsarmeen 200 000–250 000 Soldaten und etwa 4200 Panzer zählte, dann betrug der polnische Anteil 10–15 Prozent aller zu Beginn der Invasion eingesetzten Kräfte.

Es handelte sich demnach nicht nur um eine symbolische Beteiligung, doch war sie für die Sowjetarmee auch nicht notwendig, um die ganze Operation durchzuführen; dazu verfügte sie über genügend eigene Kräfte. Die Teilnahme anderer Armeen des Warschauer Paktes war rein politisch bedingt. Einerseits sollte sie den „internationalistischen“ Charakter des Unternehmens betonen und seine Interpretation als Großmachtaktion der

2 Interview mit Generaloberst Włodzimierz Sawczuk, stellvertretender Kommandeur der Zweiten Armee, zuständig für politische Angelegenheiten, vom 20. Dezember 1990, in: L. Kowalski (Anm. 1), S. 63.

3 Vgl. L. Kowalski (Anm. 1), S. 18, 67, 107.

Sowjetunion unmöglich machen, andererseits sollte sie die Verantwortung für die Invasion gewissermaßen gleichmäßig verteilen und aus den vier übrigen Ländern Komplizen dieses politischen Verbrechens machen, das die Normen des Völkerrechts verletzte, und sie damit noch enger an die Sowjetunion binden.

Wenn die sowjetische politische und militärische Führung ihre Absicht nicht voll verwirklichen konnte, ist das allein auf das Verhalten der tschechoslowakischen Seite zurückzuführen, der zu verdanken war, daß es nicht zu einem gewaltigen Blutvergießen kam. Das bemerkten auch die Kommandeure der polnischen Einheiten, die an der Besetzung teilnahmen: „Die Tschechen verhielten sich großartig. Sie bewiesen die höchste Klugheit, die jedes Volk in einer ähnlichen Situation aufbringen sollte. Ihr Verhalten war bewundernswert. Alle Truppen, die in die Tschechoslowakei einmarschierten, waren so stark indoktriniert, daß man, ohne mit der Wimper zu zucken, auf dieses Volk und seine Armee geschossen hätte, und in dieser Situation wären die Tschechen ohne jede Chance gewesen (...) Die Tschechen überraschten durch ihr Verhalten vor allem die sowjetische Seite, die gänzlich aus der Fassung gebracht wurde, da sie doch alle Anstalten für eine Generalabrechnung mit der Tschechoslowakei getroffen hatte. Die Russen wären wahrscheinlich zufrieden gewesen, hätten sie sich mit den Tschechen etwas schlagen können und wenn es ihnen gelungen wäre, die Hände der Soldaten der anderen Armeen des Warschauer Paktes mit Blut zu besudeln.“⁴

Die moralisch-politische Hypothek der polnischen Teilnahme am Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968 ist zusätzlich dadurch belastet, daß Polen schon einmal, 30 Jahre vorher, der Juniorpartner einer anderen Invasion in dieses Land war: Beim Einmarsch von Hitlers Wehrmacht in die Tschechoslowakei im Oktober 1938 hatte Polen den tschechischen Teil des Teschener Schlesiens, das Olsa-Gebiet mit seiner starken polnischen Minderheit, annektiert. Nach Aussagen von Kommandeuren der Zweiten Armee erinnerten die Tschechen in den von polnischen Truppen besetzten Gebieten ihre Besatzer häufig an den Kasus von 1938⁵.

Die Zweite Armee wurde von Generaloberst Florian Siwicki geführt, dem späteren Verteidigungs-

minister, damals Kommandeur des Schlesischen Wehrbereichs. Die Truppen dieses Wehrbereichs wurden aus zwei Gründen als Stamm der Zweiten Armee ausgewählt: Es war der stärkste polnische Wehrbereich und er befand sich in unmittelbarer Nähe des künftigen Operationsgebietes. Für das Unternehmen „Donau“ wurde die Zweite Armee durch Einheiten aus anderen Wehrbereichen verstärkt, u. a. durch Luftstreitkräfte, ein Panzerregiment aus Elbing (Elbląg) und das selbständige Sturmbataillon (Fallschirmjäger) der sechsten Pommerschen Luftlandedivision aus Krakau mit ungefähr 700 Mannschaften, Unteroffizieren und Offizieren⁶.

Nach Aussage von General Siwicki waren die Vorbereitungen zum Unternehmen „Donau“ bereits im April 1968 angelaufen⁷. Am 20. September 1968 erklärte er auf einer Parteiversammlung der Operationsgruppe der Zweiten Armee: „Die Aufgabe, die wir gegenwärtig noch ausführen, wurde uns eigentlich bereits im April gestellt. Damals begannen wir mit der Ausarbeitung von Plänen für den Einsatz unserer Truppen gegen die revisionistischen Kräfte, die sich in der Tschechoslowakei ausbreiteten. Seit dieser Zeit wurden die Pläne wiederholt geändert. Die politische Spannungskurve stieg oder fiel. So war es bis zum 28. Juli. Erst dann wurden die taktischen Verbände in ihre Ausgangsgebiete geführt. Während der gesamten Aufenthaltsdauer in diesen Gebieten blieb die Spannungskurve sehr hoch, und es war nur eine Frage der Zeit, wann der Einmarsch in die Tschechoslowakei erfolgte.“⁸

Neben Stabs- und Operationsvorbereitungen gingen dem Unternehmen „Donau“ im Juni/Juli 1968 große Truppenübungen voraus, die zum einen die tschechoslowakische Führung warnen und den Demokratisierungsprozeß hemmen, zum andern aber auch die geplante Invasion militärisch vorbereiten sollten. Schon Ende Mai/Anfang Juni waren in Polen sowjetische Militärverbände erschienen, die sich auf eine Invasion von seiten der polnischen Grenze einstellten⁹.

Das erste größere gemeinsame militärische Unternehmen waren Übungen des Warschauer Paktes auf dem Gebiet der Tschechoslowakei unter dem Decknamen „Schumava“ vom 20. bis 30. Juni 1968. Marschall Iwan Jakubowskij, Oberbefehls-

6 Vgl. L. Kowalski (Anm. 1), S. 107, 134, 191, 193.

7 Vgl. Interview mit Generaloberst Florian Siwicki, Kommandeur der Zweiten Armee vom 29. Juni 1991, in: L. Kowalski (Anm. 1), S. 36.

8 Interview mit General W. Sawczuk (Anm. 2), S. 57.

9 Vgl. L. Kowalski (Anm. 1), S. 12.

haber der Vereinigten Streitkräfte des Warschauer Paktes, bezeichnete als das formale Ziel dieser Übungen die „Durchführung von Kampfhandlungen der Frontverbände der verbündeten Armeen im Anfangsstadium eines Krieges“¹⁰.

Die Stäbe der künftigen Interventionsarmeen machten sich damals näher mit dem Terrain der geplanten Operation vertraut, präzisierten und korrigierten die Angaben über Stärke und Dislozierung der Einheiten der Tschechoslowakischen Volksarmee (TSVA). In der Nacht vom 28. auf den 29. Juli begannen weitere Übungen, doch diesmal bereits ohne Beteiligung der TSVA. Sie trugen den Decknamen „Bewölkter Sommer 68“ und sollten direkt auf das Unternehmen „Donau“ vorbereiten¹¹. An diesen Übungen nahmen die polnischen Einheiten bereits als Zweite Armee unter dem Kommando von General Siwicki teil. Im übrigen wurde fast der gesamte Juli für Übungen verwendet: Vom 11. bis 19. Juli fanden Stabsübungen von Streitkräften der UdSSR, Polens und der DDR mit dem Decknamen „Norden“ unter Führung von Admiral Sergej Gorschkow statt; vom 23. Juli bis 10. August wurden in der westlichen Sowjetunion Logistikübungen unter Führung von Armeegeneral Sergej Mariachin abgehalten; in der Schlußphase nahmen daran auch ausgewählte Stäbe und Einheiten der polnischen Armee und der NVA unter Führung von General Walter Allenstein teil. Gleichzeitig fanden in der letzten Juliwoche Manöver von Luftabwehrverbänden unter dem Decknamen „Himmelsschild“ statt, die Marschall Pawel Batitzkij leitete. Und schließlich wurden vom 10. bis 20. August im Südteil der DDR, in Südpolen und der Westukraine, also an der gesamten Nord- und Westgrenze der Tschechoslowakei, Übungen von Fernmeldetruppen unter dem Decknamen „Äther“ abgehalten, an denen Stäbe und operative Verbände der UdSSR, Polens und der DDR teilnahmen¹².

Dennoch verlief das Unternehmen „Donau“ selbst nicht sehr präzise, und es gab eine Reihe von organisatorischen Schwächen, vor allem bei der Logistik. Die polnische Armee war hier weniger betroffen, die sowjetische dafür um so mehr. Im operativen Sinn diente das Unternehmen „Donau“ vor allem dazu,

a) die Einheiten der TSVA zu blockieren,

b) sämtliche Formen eines aktiven Widerstands gegen die Intervention zu beseitigen, u. a. auch die zahlreichen Rundfunkstationen, die Sendungen gegen die Besatzer ausstrahlten, sowie andere Zentren, die Aufrufe zum aktiven oder passiven Widerstand verbreiteten, und

c) diejenigen Kräfte zu unterstützen, die die Herrschaft der Kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei wiederherstellen wollten.

Die Interventionstruppen hatten hier klare Anweisungen: „Gegenüber loyalen Personen war Herzlichkeit Pflicht. Für Feinde des Sozialismus hatten wir Feinde zu sein. Die Garnisonen der TSVA sollten planmäßig isoliert, feindliche militärische Einheiten entwaffnet, die Soldaten nach Hause entlassen und Offiziere, die Widerstand leisteten, verhaftet werden. Wenn tschechoslowakische Truppen uns den Marschweg in unser Zielgebiet versperren sollten, war ihnen ein Ultimatum zu stellen: 15 Minuten, um den Weg freizugeben. Hierzu war jeder Führer einer Marschkolonne verpflichtet. Im Falle einer Weigerung konnte er losschlagen, entwaffnen und hatte die Pflicht weiterzufahren. Es lag bereits in der Kompetenz eines Bataillonskommandeurs, ob für den Fall, daß man auf Widerstand stieß, Waffen gebraucht wurden. Hingegen im Fall von Waffengebrauch gegen unsere Truppen konnte ein Zugführer den Feuerbefehl geben.“¹³

Trotz einer ostentativ feindlichen Haltung gegenüber den Interventionstruppen sowohl seitens der TSVA als auch der Bevölkerung (Barrikaden wurden errichtet, Frauen und Kinder stellten sich als lebendes Hindernis in den Weg, Wegweiser wurden in die falsche Richtung gedreht, Soldaten wurden Lebensmittel und Wasser verweigert, feindselige Transparente und Maueraufschriften wurden angebracht usw.) kam es in dem von polnischen Truppen besetzten Gebiet nirgendwo zu einer offenen Konfrontation. Auf beiden Seiten gab es nur wenige Todesopfer, die eher die Folge von Unfällen als von Auseinandersetzungen waren. So feuerte z. B. ein betrunkenere polnischer Soldat am 7. September 1968 in Jicin in eine Menschengruppe, die sich auf der Straße versammelt hatte, wobei er zwei Personen tötete und drei verletzte¹⁴. Es sind jedoch auch Fälle bekannt, wonach polnische Einheiten von tschechoslowaki-

10 Verschlüsseltes Telegramm von Marschall Iwan Jakubowski an den polnischen Verteidigungsminister General Wojciech Jaruzelski vom 1. Juni 1968, vgl. L. Kowalski (Anm. 1), S. 13.

11 Vgl. Interview mit Generaloberst W. Sawczuk (Anm. 2), S. 59.

12 Vgl. L. Kowalski (Anm. 1), S. 11, 17.

13 Interview mit Generaloberst W. Sawczuk (Anm. 2), S. 59.

14 Vgl. Interview mit Oberst Ryszard Konopka vom 28. Januar 1991, in: L. Kowalski (Anm. 1), S. 150f.

scher Seite beschossen wurden, aber nach Aussagen polnischer Kommandeure geschah so etwas weitaus häufiger gegenüber sowjetischen Truppen¹⁵. Nach einem Bericht von General Siwicki gab es einige Einheiten der TSVA (er nennt konkret die 13. Panzerdivision), die sich – „nennen wir es einmal so – herausfordernd verhielten“, und es waren zusätzliche Kräfte nötig, um sie zu blockieren¹⁶. Nach Generaloberst Sawczuk war es jedoch schon am ersten Invasionsstag „nötig, einige Marschkolonnen durch Panzerkompanien zu verstärken, und das deswegen, weil der Widerstand der Bevölkerung mit jedem Augenblick zunahm. Besonders in Trutnov und Nachod stellten wir das fest.“¹⁷

Die sowjetische militärische Führung sah bereits am 30. August das Unternehmen „Donau“ als voll gelungen an. An diesem Tag sandte Marschall Iwan Jakubowskij an General Jaruzelski ein chiffriertes Telegramm, in dem es hieß: „Die verbündeten Armeen haben ehrenvoll ihre Aufgabe erfüllt, dem tschechoslowakischen Volk Hilfe bei der Verteidigung des Sozialismus gegen die Konterrevolution zu bringen; sie haben einen hohen Grad an Organisation, Disziplin und Verständnis für ihre internationalistische Pflicht bewiesen.“ Das bewog General Jaruzelski, am nächsten Tag der Zweiten Armee eine Anweisung zu schicken, in der er befahl, die bisherigen Aufgaben zu erfüllen, aber auch betonte, daß das Hauptziel der Aktion bereits erreicht sei: „Die Maßnahmen der verbündeten Armeen auf dem Gebiet der ČSSR haben die Bestrebungen der konterrevolutionären Kräfte vereitelt, dieses Bruderland aus der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten zu reißen.“¹⁸

Die polnischen Truppen blieben noch bis zum November 1968 auf tschechoslowakischem Gebiet. Danach blieb dort nur noch ein „ständiges Kontingent“ der Sowjetarmee stationiert, dessen letzte Einheiten die Tschechoslowakei erst fast 25 Jahre später verließen.

Die Intervention löste keines der Probleme, die zum „Prager Frühling“ geführt hatten und eine Reaktion auf die Insuffizienz des Systems waren. Sie verlängerte seine Agonie lediglich um 21 Jahre. Die militärische Aktion kam hier zweifellos einem konkreten Plan politischer Handlungsweisen zuvor, und die Effizienz der Militärmaschine gewann

15 Vgl. ebd., S. 153.

16 Interview mit General F. Siwicki, in: L. Kowalski (Anm. 1), S. 47.

17 Interview mit Generaloberst W. Sawczuk (Anm. 2), S. 64.

18 L. Kowalski (Anm. 1), S. 18f.

die Oberhand über die elementare politische Kultur. Die politischen Maßnahmen waren von kolossalen Mißgriffen und Fehlern begleitet, beispielsweise die anfängliche Verhaftung der tschechischen Führung, der die sowjetische Seite sicherlich das gleiche Schicksal wie Imre Nagy zgedacht hatte. Diesen Schritt mußte sie dann peinlicherweise wieder rückgängig machen. All das kompromitierte die polnische Beteiligung an der Invasion nur noch mehr.

Es stellt sich natürlich die Frage, ob die polnische Armee am Unternehmen „Donau“ teilnehmen mußte. Das war selbstverständlich keine Entscheidung der militärischen Führung, sondern geschah in Ausführung der Entscheidungen, die die polnische politische Führung gefällt hatte. Doch hätte das polnische Politbüro nicht, wie das die Rumänen taten, eine Beteiligung an der bewaffneten Intervention in der Tschechoslowakei ablehnen können? Polen war von der Sowjetunion aus verschiedenen Gründen objektiver Natur zweifellos weitaus abhängiger, beispielsweise durch die sowjetische Garantie der polnischen Westgrenze oder weil es für die Sowjetunion strategische Bedeutung hatte, da es auf dem kürzesten Weg nach Deutschland lag. Rumänien war hier in einer anderen Situation. Andererseits hätte Polen für eine Verweigerung seiner Teilnahme an der Intervention mehr Voraussetzungen gehabt als Rumänien: Das sozialistische Regime in Polen war wesentlich weniger repressiv als das in Rumänien, und die Tschechen und Slowaken hatten sich von den gleichen Motiven zu ihrem „Prager Frühling“ inspirieren lassen, die zwölf Jahre zuvor zum „Polnischen Oktober“ geführt hatten. Darüber hinaus stand in Polen immer noch derselbe politische Führer an der Spitze der Partei, den alle mit dem „Polnischen Oktober“ in Zusammenhang brachten: Władysław Gomułka. Warum kam es also anders?

II. Der politische Hintergrund der polnischen Teilnahme an der Intervention

Polen hätte 1968 die Tschechoslowakei retten können, wenn die polnische politische Führung das gewollt hätte: Eine gleichzeitige sowjetische Intervention und Invasion in Polen und der Tschechoslowakei wäre kaum vorstellbar gewesen. Juliusz Mieroszewski, ein Publizist der bekannten polnischen Emigrationszeitschrift „Kultura“ (Paris), bemerkte bereits damals: „Hätte Polen einen

Führer gehabt, hinter dem das Volk gestanden hätte wie hinter Dubček, hätten sich die Russen nicht für eine Intervention entschieden (...). Wenn die Reformbewegung Polen ebenso wie die Tschechoslowakei erfaßt hätte, wären die Tage des Stalinismus in Osteuropa buchstäblich gezählt gewesen.¹⁹

Das Problem bestand jedoch darin, daß sich die damalige politische Führung unter Gomulka der Intervention in der Tschechoslowakei nicht nur nicht widersetzte oder hier zumindest einen so gemäßigten Standpunkt einnahm wie Janos Kadar, sondern daß sie im Gegenteil geradezu darauf drängte.

Als sich Alexander Dubček am 7. Februar 1968 mit Gomulka in Ostrava traf und in einem Gespräch unter vier Augen versuchte, seinen polnischen Partner zu überzeugen, daß die tschechoslowakischen Reformen sich weder gegen den Sozialismus noch gegen die Gemeinschaft der sozialistischen Staaten richteten, sondern nur den Sozialismus wiederherstellen sollten, stieß er bei Gomulka auf eine Mauer der Ablehnung und einen völligen Mangel an Verständnis²⁰.

Gomulka war neben Ulbricht außerhalb der Sowjetunion der Hauptverfechter einer Intervention in der Tschechoslowakei und begann zusammen mit ihm – zumindest seit dem Treffen der Führer der Sowjetunion, der DDR, Polens, Ungarns, Bulgariens und der Tschechoslowakei am 23. März 1968 in Dresden –, die sowjetische Führung zu überzeugen, daß die Unterdrückung des tschechoslowakischen Experiments im Interesse des ganzen Ostblocks läge. Beide waren damals die kommunistischen „Veteranen“ der Warschauer-Pakt-Staaten und ihre Ansicht galt in dieser Sache viel. Doch Ulbrichts Unterstützung hatte die sowjetische Führung nicht nötig, während eine Unterstützung der Intervention von seiten Gomulkas eine unerläßliche Bedingung für die Durchführung der gesamten Operation war. Deshalb ruht auch auf ihm die Hauptverantwortung dafür, daß das Unternehmen „Donau“ überhaupt stattfand.

Bereits Mitte April 1968 hatte Gomulka in einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in Warschau, Averkij Aristov, die Ansicht geäußert, daß die Lage in der Tschechoslowakei dringend eine Intervention erfordere; denn am 17. April in-

formierte Aristov sein Außenministerium: „Gomulka sagte mir, daß dort bereits ein Prozeß der Umgestaltung der sozialistischen Tschechoslowakei in eine bürgerliche Republik eingesetzt habe. Unsere sofortige Intervention sei nötig, da man sich in einer Situation, in der in der Tschechoslowakei bereits damit begonnen worden sei, konterrevolutionäre Pläne zu verwirklichen, nicht wie ein gleichgültiger Beobachter verhalten könne“²¹.

Was hatte Gomulka, dem 1956 als einzigem Politiker im gesamten Ostblock – mit einer Rückkehr zum Privateigentum in der Landwirtschaft und mit der Einführung eines begrenzten ideologischen Pluralismus – ein struktureller Durchbruch im Entstalinisierungsprozeß gelungen war, zu einem so entschlossenen Gegner der tschechoslowakischen Reformen werden lassen? Dafür gab es mindestens drei Gründe:

1. Umstände doktrinärer Natur: Die Alleinherrschaft der kommunistischen Partei und ihr politisches Monopol waren für Gomulka stets ein Dogma, das er durch die tschechoslowakische Entwicklung gefährdet sah.

2. Gomulkas antideutsche Komplexe: Er befürchtete eine Bedrohung der „Südflanke“ Polens, zu der es hätte kommen können, wäre die Tschechoslowakei vom Ostblock abgefallen. Er war höchst beunruhigt über die Versuche der Tschechoslowakei, ihre Beziehungen zur Bundesrepublik zu normalisieren. Diese Normalisierungsversuche (Polen unternahm ähnliche Schritte bekanntlich erst zwei Jahre später) hatten zwar noch unter Novotny, also vor dem „Prager Frühling“, begonnen und konnten als Begründung für eine militärische Intervention allein nicht ausreichen, aber jetzt häuften sich nach seiner Meinung alle Gefahren. Neben Walter Ulbricht war Gomulka aus verständlichen Gründen (Garantien für den Bestand der polnischen Grenze) am meisten an der Erhaltung des europäischen Status quo interessiert. Es ist bemerkenswert, daß Gomulka die Notwendigkeit der militärischen Intervention in der Tschechoslowakei gegenüber der polnischen Öffentlichkeit hauptsächlich mit Argumenten aus diesem Bereich begründete: Die tschechoslowakische Führung habe eine Bresche in die bisher festgefügte Mauer der sozialistischen Staaten gegen den Imperialismus und insbesondere gegen den deutschen Revanchismus geschlagen. Es liege im Interesse der polnischen Staatsräson, den Status quo in Europa zu erhalten. Das führte er auch in

19 Juliusz Mieroszewski, *Konfrontacja w Pradze* (Konfrontation in Prag), in: *Kultura* (Paris), 253 (1968), S. 8.

20 Vgl. Darstellung Alexander Dubčeks auf der Internationalen Konferenz über die Ereignisse in der Tschechoslowakei 1968 auf Schloß Liblice vom 2. bis 6. Dezember 1991, Aufzeichnungen des Verfassers.

21 *Dokumenty predany glasnosti. Šel avgust 68...* (Der Öffentlichkeit übergebene Dokumente. Es kam der August 68), in: *Prawda* (Moskau) vom 18. Februar 1991, S. 6.

seiner Rede anlässlich des zentralen Erntefestes in Warschau am 8. September 1968 aus: „Die ganze Welt weiß, daß es eines der obersten Ziele der Politik aller Regierungen Westdeutschlands war und ist, die bestehenden Staatsgrenzen Polens zu zerstören und den dritten Teil des polnischen Staatsterritoriums an Deutschland anzuschließen. (...) Das Streben nach Beseitigung des Status quo in Europa, nach Streichung der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zugunsten des Imperialismus, das ist eine Bedrohung des Friedens. (...) In den letzten Monaten hat diese Gefahr bestanden. Es bestand die konkrete Drohung, die Tschechoslowakei aus den Reihen der Staaten des Warschauer Paktes zu reißen. Um das nicht zuzulassen, war es notwendig, sowjetische, polnische, ungarische und bulgarische Streitkräfte (die Beteiligung der NVA an der Invasion verschwieg Gomulka – F.T.) auf das Territorium der verbündeten Tschechoslowakei zu führen. (...) Es gab keine andere Alternative.“²²

3. Die innenpolitische Situation in Polen: Gomulka sah sich selbst und seine Führungsrolle sowohl von seiten der demokratischen Opposition innerhalb und außerhalb der Partei als auch und vor allem von seiten des faschistoiden nationalistischen Parteiflügels bedroht, von der sogenannten „Partisanen-Fraktion“, die der Innenminister General Mieczysław Moczar anführte.

In der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) koexistierten drei Richtungen, die sich einen unablässigen, höchst verbissenen Kampf um Schlüsselpositionen lieferten. Einerseits gab es die verkrustete Parteiführung unter dem autoritären Gomulka, andererseits die Reformer, die schon seit 1956 die Ideen des „Polnischen Oktobers“ weiterentwickeln wollten, und endlich gab es den eben genannten dynamischen faschistoiden Flügel der Nationalkommunisten. Seit etwa 1962 läßt sich eine erfolgreiche Offensive der letztgenannten Gruppe feststellen, die ihre Vertreter in politisch sensible und zumeist auch lukrative Bereiche wie Parteiapparat, Medien, Diplomatie, Militär oder Massenorganisationen einschleuste, was zweifellos dadurch erleichtert wurde, daß Moczar mit dem Innenministerium – oder anders dem Ministerium für Staatssicherheit – über ein allmächtiges Instrument verfügte. Aller Wahrscheinlichkeit nach war es 1966 zu einem taktischen Bündnis zwischen der ersten und dritten Richtung gegen die Reformer gekommen, aber seit 1968 war die Gomulka-Gruppe bereits eindeutig ein politischer Gefangener der „Partisanen“.

Mit seiner Entscheidung für eine Intervention in der Tschechoslowakei wollte Gomulka zwei Probleme auf einmal lösen: die innere wie äußere Bedrohung seiner politischen Führung neutralisieren und seine politische Position in den Augen der sowjetischen Führung stärken.

In Polen herrschte infolge einer seit 1965 festzustellenden Rezession und einer schon seit 1957 bemerkbaren Regression des Demokratisierungsprozesses eine latente Unzufriedenheit, die seit Anfang 1968 unter dem Einfluß der tschechischen Ereignisse stärker spürbar wurde. Am deutlichsten zeigte sie sich in der demokratischen Massenbewegung unter den Studenten im März 1968, die von vielen Solidaritätsbekundungen bekannter Intellektueller mit und ohne Parteibuch begleitet war. Dieser Protest und seine brutale Unterdrückung sind als „Märzereignisse“ bekannt geworden.

Gomulkas Regierung, die unfähig war, selbst im Rahmen der Autonomie, die die einzelnen Staaten des Warschauer Paktes besaßen, irgendwelche neuen Lösungen zu finden, stand den Problemen, die das System immer wieder hervorbrachte, ratlos gegenüber. Symptome ökonomischer Insuffizienz, Warenmangel auf dem Markt und keine Aussichten auf eine rasche Verbesserung der materiellen Lage des größten Teils der Bevölkerung riefen Krisenerscheinungen hervor, die zu einer Explosion führen konnten.

Das Bewußtsein, daß die Gesellschaft die Unfähigkeit des Systems immer schwerer ertrug, war bei allen Strömungen innerhalb der regierenden Partei vorhanden, aber jede hatte eine andere Antwort auf die angewachsenen sozialen Probleme. Die sogenannten Revisionisten wollten das System reformieren und auch demokratisieren, aber gleichzeitig wollten sie etwas Unmögliches: die Utopie bewahren. Die faschistoide „Partisanenfraktion“ dachte nicht Systemveränderungen, sondern hauptsächlich an die Stärkung der eigenen Position in der Machtelite, der politischen Klasse. Ihrer Ansicht nach hatten die bestehenden Schwierigkeiten keinen Strukturcharakter, sondern waren eher Erscheinungsformen eines Geisteszustands, einer Krankheit, die sich erfolgreich durch eine Dosis Nationalismus und Rassismus sowie die Entfernung der „Fremden“, d.h. der Juden, kurieren ließ. Gomulka dagegen befürchtete vor allem, daß die durch die Perspektivlosigkeit frustrierten Massen sich der Kontrolle von Partei und Staat entziehen könnten, was in Verbindung mit dem Ferment unter den Intellektuellen unberechenbare Folgen für das System und – wie er meinte – auch für Polen haben

²² Trybuna Ludu vom 9. September 1968, S. 3.

würde. Für besonders bedrohlich hielten die beiden letztgenannten Fraktionen alle Forderungen und Reformmaßnahmen, die sich immer noch im Rahmen des Systems hielten und sich auf den Marxismus und die sozialistische Ideologie beriefen²³. Daher beobachtete man auch mit einer derartigen Beunruhigung die Evolution der tschechischen Partei und fürchtete ihren Einfluß auf die Situation in Polen. Im April 1968 war auf der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees (ZK) der PVAP offen davon die Rede, daß der Boden für die Polen im März drohende „Konterrevolution“ von „Parteirevisionisten“ vorbereitet worden sei, die sich von der Entwicklung der Ereignisse in der Tschechoslowakei hätten inspirieren lassen²⁴.

Vergleicht man den Ablauf der Ereignisse in Polen und in der Tschechoslowakei, so wird deutlich, daß die Demokratisierungsbewegung in der Anfangsphase ähnlich verlief: Die ersten Impulse kamen aus Intellektuellen- und Studentenkreisen. In der Tschechoslowakei erhielt die Bewegung jedoch erst eine Beschleunigung, als Reformer in der regierenden Partei sie unterstützten. Diese Entwicklung wurde in Polen von der gegen die Reformer gerichteten Mehrheit im Parteiapparat sehr aufmerksam verfolgt. Auch hier gab es – wie bereits erwähnt – innerhalb der Partei Kräfte, die bereit waren, eine demokratische Bewegung zu fördern, was die Verteidiger des Ancien Régime sehr wohl wußten. Gerade das aber wollten sie verhindern und unternahmen daher die notwendigen Schritte, um die Reformer so schnell wie möglich von ihren einflußreichen Posten in den Medien, im Parteiapparat, an den Universitäten und in der Verwaltung zu entfernen. Ihrer Meinung nach reagierte Gomułka nicht schnell genug, und so handelten sie kurz entschlossen über seinen Kopf hinweg.

Im März 1968 wurde eine monströse politische Kampagne gegen einen Teil der alten Parteikader ausgelöst, die man des „Zionismus“ und „Revisionismus“ bezichtigte. Binnen weniger Wochen verloren im März und April 1968 allein in Warschau etwa 400 hohe Parteifunktionäre (Abteilungsleiter und stellvertretende Abteilungsleiter des ZK, Chefredakteure der Parteizeitungen und -zeitschriften, Professoren der Parteihochschule) und

23 Vgl. Krystyna Kersten, *Polacy – Żydzi – Komunizm. Anatomia półprawd 1939-1968* (Polen – Juden – Kommunismus. Die Anatomie von Halbwahrheiten), Warszawa 1992, S. 163.

24 Biuro polityczne proponuje. Notatka protokolarna z posiedzenia Biura Politycznego KC PZPR z 8 kwietnia 1968r. (Das Politbüro schlägt vor. Protokollvermerk von der Sitzung des Politbüros des ZK der PVAP am 8. April 1968), in: *Polityka*, Nr. 23 vom 8. Juni 1991, S. 13.

Staatsbeamte (Minister, Vizeminister, Ministerialdirektoren, Direktoren der sozialistischen Wirtschaftskonzerne, Verlagsleiter, Universitätsprofessoren usw.), die fast ausschließlich jüdischer Abstammung waren, ihre Posten. Die gleiche Vorgang wiederholte sich auf Bezirksebene²⁵. Das Bemerkenswerteste an dieser Kampagne war, daß sie nicht vom Politbüro oder ZK-Sekretariat ausgelöst und gesteuert wurde, sondern von informellen Gremien, die sich aus Vertretern des Innenministeriums und der Bezirkskomitees der Partei – also aus Exponenten der neuen Mittelklasse – zusammensetzten. Sie wollten die Parteiführung vor vollendete Tatsachen stellen.

Der Ton der polnischen Zeitungen erinnerte im März 1968 – mit seltenen Ausnahmen – eher an Julius Streichers „Stürmer“ als an Presseorgane von internationalistischem Zuschnitt. Wie bei einem Feuerwerk lag plötzlich die wahre Zusammensetzung der Partei im grellen Licht, von der die „altkommunistische“ Minderheit irrtümlicherweise angenommen hatte, sie wäre imstande, diese nach ihrem internationalistischen Bild zu formen. Hier rächte sich die Geschichte gewissermaßen dafür, daß die Revolution von 1944/45 eine Minderheitsrevolution war.

Selbst Gomułka war geschockt und fühlte sich bedroht, da er diese Welle nicht mehr kontrollieren konnte, und gab deshalb sein Plazet für die Kaderverschiebungen. Der faschistoide nationalistische Parteiflügel trat zum ersten Mal offen auf, und zwar mit eindeutiger Unterstützung der Moskauer KGB-Lobby und des dortigen Parteiapparats.

Erst im Juni-Juli 1968, als Gomułkas Macht wieder gefestigt schien, beendete er die kompromittierende „antizionistische“ Kampagne, die dazu geführt hatte, daß Polen von der internationalen Presse stigmatisiert worden war. Aber das eigentliche Ziel war zu dieser Zeit bereits erreicht. Die März-Gewinnler hatten die Partei fest im Griff, und die Gefahr, daß sich in Warschau der „Prager Frühling“ wiederholen würde, war vorüber. Im August 1968, als die Invasion anrollte, waren die Partei und das Land bereits völlig pazifiziert.

Es ist schwer zu sagen, ob der Einmarsch in die Tschechoslowakei nur infolge der brutalen Befriedung der Studentenbewegung und der Unruhe unter den Intellektuellen im Frühjahr 1968 sowie aufgrund der Terrorisierung der öffentlichen Meinung

25 Die bis jetzt umfangreichste, aber auch noch lückenhafte Analyse der Märzereignisse in Polen lieferte Jerzy Eisler, *Marzec 1968. Geneza, przebieg, konsekwencje* (März 1968. Entstehung, Verlauf, Folgen), Warszawa 1991. Vgl. auch K. Kersten (Anm. 23), S. 143-171.

durch die Medien während der „antirevisionistischen“ und „antizionistischen“ Kampagne in Polen keinen Massenprotest verursachte. Die Arbeiterklasse schwieg. Kein höherer Offizier nahm aus Protest gegen die Beteiligung des polnischen Heeres an dieser schandbaren Aktion seinen Abschied. Allein unter den Studenten kam es nach der Invasion zu etwa 120 Verhaftungen²⁶. Einige wenige Intellektuelle, Schriftsteller und Künstler protestierten zwar, aber ihre Proteste konnten nur in der Emigrationspresse erscheinen und gelangten so nicht zur Kenntnis der polnischen Öffentlichkeit: Die Presse wurde von der Zensur schärfer denn je kontrolliert und war außerdem – abgesehen von zwei Wochenzeitungen, dem katholischen „Tygodnik Powszechny“ und der „Polityka“, dem Blatt des Reformflügels der Partei –, bereits vollkommen von Anhängern des März-Kurses übernommen worden.

Der individuelle Protest gegen die Invasion spielte sich während des zentralen Erntefestes am 8. September 1968 im größten Warschauer Stadion ab: Ryszard Siwiec aus Przemyśl zündete sich vor der Regierungstribüne selbst an, nachdem er zuvor laut gegen die Invasion protestiert hatte. Das Publikum bemerkte jedoch nichts davon, da Agenten des Regierungsschutzes ihn sofort abschirmten und aus dem Stadion schafften, während die Fernsehkameras in eine andere Richtung geschwenkt wurden. Siwiec starb fünf Tage später an den Folgen seiner Verbrennungen.

Die einzige Organisation, die praktisch die Möglichkeit besaß, öffentlich gegen die Invasion zu protestieren und mit ihrem Protest auch breite Bevölkerungskreise zu erreichen, war die katholische Kirche mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. Doch sie entschied sich, zu schweigen. „Man wird bestimmt sehr lange nicht vergessen“, schrieb im Herbst 1968 die Pariser „Kultura“, „daß Kardinal Wyszyński in der Zeit zweier aufeinander folgender nationaler Schanden: des ‚zionistischen‘ Hexensabbats (die antisemitische Kampagne der Partei vom Frühjahr 1968 – F.T.) und der Invasion der Tschechoslowakei das Schweigen gewählt hat.“²⁷

Gomulka hatte damit gerechnet, daß seine Unterstützung der Invasion seine Position als treuer Vasall Breschnews stärken werde, aber das war nur kurze Zeit so; Die sowjetische Führung wußte sehr wohl, daß eigentlich Moczars Leute regierten. Bald darauf verlor der Erste Sekretär sein politisches Urteilsvermögen: Seine politische Entscheidung für eine militärische Intervention in der ČSSR führte folgerichtig zum dramatischen Schießbefehl gegen

die eigenen Arbeiter, als diese zweieinhalb Jahre später, im Dezember 1970, in den Hafentädten auf die Straße gingen; damit fand seine politische Laufbahn ihr Ende. Er wurde durch einen „Staatsstreich“ im Politbüro und ZK-Sekretariat abgesetzt. Die März-Seilschaft blieb.

Die neue Mittelklasse, der „Nachwuchs“, wurde in ihrer Rolle als herrschende Klasse bestätigt. Der Neostalinismus hatte damit seine „kleine Stabilität“ erreicht. Die Ereignisse in der Tschechoslowakei beschleunigten diese Prozesse in entscheidender Weise und versteinerten die Situation für etwa zwei Jahrzehnte (mit dem kurzen aber wichtigen Zwischenspiel in den Jahren 1980/81).

Wie jeder primitive Nationalismus schreckte auch der Nationalismus der März-Profiteure nicht vor einer Verletzung der Souveränität anderer zurück. Ihre Unterstützung der Intervention in der Tschechoslowakei war aber nicht nur wie bei Gomulka von der Furcht vor einer Demokratisierung und dem eigenen Sturz bestimmt. Moczar und seine Gruppe wußten, daß ihre nationalistische Phraseologie von einem Teil der sowjetischen Führung mit Mißtrauen aufgenommen wurde und daß vor allem die höchsten Posten ohne Billigung der sowjetischen Führung für sie unerreichbar bleiben würden. Das bewog sie zusätzlich, die Intervention zu unterstützen. Die Moczar-Gruppe wollte damit ihre Zuverlässigkeit als Alliierte der Sowjetunion unter Beweis stellen. Der polnische „National-Kommunismus“ entpuppte sich als eifriger Befürworter der Breschnew-Doktrin. Es ist bemerkenswert, daß die Moskauer KGB-Lobby und der dortige Parteiapparat in dem offenen Nationalismus der Moczar-Fraktion keinerlei Hinderungsgrund sah, sie zu unterstützen.

Die Jahre 1968–1970 mit der im Frühjahr 1968 entfesselten größten antisemitischen Kampagne in Europa seit dem Ende des Dritten Reiches, mit der Beteiligung Polens an der Invasion der Tschechoslowakei und schließlich mit ihrem tragischen Finale, dem Massenmord an den im Dezember 1970 in den Hafentädten protestierenden Arbeitern, stellen zweifellos die schmachlichsten Kapitel in der Geschichte der Herrschaft der PVAP seit Stalins Tod im Jahre 1953 dar. Die gesamte Folge dieser dunklen Ereignisse ist mit der Person Wladyslaw Gomulkas verbunden, desselben Mannes, der im Herbst 1956 während des „Polnischen Oktobers“ die Hoffnung aller verkörperte, die einen „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ wollten. War das nur ein grausames Paradoxon der Geschichte oder aber die eigentliche Logik des Systems?

26 Vgl. J. Eisler (Anm. 25), S. 416.

27 J. Mieroszewski (Anm. 19), S. 18.

Die DDR und die Besetzung der Tschechoslowakei am 21. August 1968

Der Kampf der Partei- und Staatsführung der DDR gegen den tschechoslowakischen Reformprozeß 1968, der mit der Besetzung des Landes durch Truppen des Warschauer Paktes am 21. August 1968 gewaltsam beendet wurde, kann jetzt nach Öffnung des SED-Parteiarchivs auf der Basis von bislang geheimen Dokumenten neu analysiert und beschrieben werden.

Die hier vorgestellte erste Auswertung der bis 1991 unter Verschuß gehaltenen Akten des SED-Politbüros und des zentralen Parteiapparates belegt, daß die SED-Führung bei der Ausarbeitung und Durchsetzung des Konfrontationskurses gegen den Reformprozeß in der Tschechoslowakei eine gewichtige Rolle gespielt hat. Das Hauptaugenmerk der SED war dabei auf die reformkommunistischen Bestrebungen eines Teils der Führung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPC) gerichtet. Die SED hat den Reformprozeß in der kommunistischen Partei als „Liquidierung“ der marxistisch-leninistischen Partei bewertet und ihn als „Sozialdemokratisierung“ verstanden.

Die Implosion des sowjetischen Imperiums und die demokratischen Revolutionen 1989/91 in Osteuropa wurzelten auch in der unterdrückten kommunistischen Selbstreform des „Prager Frühlings“ von 1968. Die tschechoslowakische Entwicklung in diesem Jahr und ihre internationalen Zusammenhänge sind deshalb nicht nur ein spannendes Stück Zeitgeschichte, sondern gehören in die unmittelbare Vorgeschichte des Zusammenbruchs der Gesellschaftsordnung sowjetischen Typs.

I. Der Beitrag der SED im Kampf gegen die „Konterrevolution“ in der CSSR

Die DDR gehörte zum sozialistischen Lager, und der Entscheidungsprozeß in der SED-Führung verlief in enger Abstimmung mit der sowjetischen Führungsmacht. Dies vorausgeschickt lassen sich anhand der Akten aus dem Bestand des Politbüros

und des zentralen Parteiapparates der SED vier Phasen der Einmischung der DDR in die Reformprozesse in der CSSR zwischen Januar und August 1968 unterscheiden:

Erste Phase: Von Anfang Januar bis Mitte März 1968, von der Ablösung Antonín Nowotnýs durch Alexander Dubček an der Spitze der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei bis zur 5. Tagung des ZK der SED am 21. März 1968.

Zweite Phase: Von Ende März bis Mitte Juli 1968, vom Dresdener Treffen der Partei- und Staatsführer Bulgariens, Ungarns, der DDR, Polens, der UdSSR und der CSSR am 23. März bis zur Beratung in Warschau am 14./15. Juli 1968 ohne die Vertreter der CSSR.

Dritte Phase: Von Mitte Juli bis Anfang August 1968, von der Warschauer Beratung der „Fünf“ bis zum gemeinsamen Treffen mit der Führung der KPC am 3. August 1968 in Bratislava.

Vierte Phase: Von Anfang August bis zum Beginn der militärischen Intervention der „Warschauer Fünf“ gegen die CSSR am 21. August 1968.

In der ersten Phase stand die Beobachtung, die Sammlung von Fakten und deren Analyse im Vordergrund. Bereits am 25. Januar 1968 übergab die Abteilung Internationale Verbindungen im ZK der SED den Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros eine „streng vertrauliche“ Information, die die Veränderungen in der Politik der KPC seit Oktober 1967 analysierte¹. Walter Ulbricht, Erster Sekretär des ZK der SED, meldete Ende Januar 1968 auf der 4. ZK-Tagung seiner Partei erste Zweifel an der Politik der KPC. Er stellte die Frage: „Werden die Prinzipien des Marxismus-Leninismus über den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, wird der Marxismus konkret auf die Situation in der CSSR angesichts ihrer Besonderheiten konsequent und schöpferisch angewendet?“² Nach Meinung der SED-Führung waren seit Januar 1968 in der KPC oppositionelle Kräfte am Wirken, die eine „ständige Fehlerdiskussion“ und „die fortschrei-

1 Vgl. Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA), Zentrales Parteiarchiv (ZPA), IV 2/20/1017.

2 IfGA ZPA, IV 2/1/210.

tende Ablösung führender Funktionäre“ betrieben, um „Zug um Zug zu einer Änderung der Linie der Partei zu gelangen“³. Vor dem Treffen der Ersten Sekretäre der kommunistischen Parteien Bulgariens, Ungarns, der DDR, Polens und der Sowjetunion mit Alexander Dubcek, dem neugewählten ersten Mann der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, das am 23. März 1968 in Dresden stattfand, nahm die SED ihre erste grundsätzliche Bewertung des Reformkurses der tschechoslowakischen Partei vor.

Hermann Axen, Kandidat des Politbüros und Sekretär des SED-Zentralkomitees für internationale Beziehungen, trug eine Bewertung vor, die SED-intern als Sprachregelung galt und die die neuralgischen Punkte im tschechoslowakischen Reformprozeß aus der Sicht der SED markierte. An erster Stelle stand die faktische Beseitigung der Zensur in den tschechoslowakischen Massenmedien und die öffentlich erkennbare Differenzierung der Parteiführung in verschiedene politische Gruppierungen. Axen wandte sich scharf gegen die Reformer an der Spitze der tschechoslowakischen Partei und nannte namentlich Josef Smrkovsky, Ota Sik und Eduard Goldstücker. Axen nahm damit die Exponenten der von der SED als „Revisionisten“ qualifizierten Funktionäre in der Führung der KP der Tschechoslowakei ins Visier. Als Beleg zitierte Axen die Selbsteinschätzung über die Bedeutung des tschechoslowakischen Reformprozesses, die Smrkovsky in einem Interview mit dem westdeutschen Fernsehen geäußert hatte: „Zum ersten Mal in der Geschichte und zum ersten Mal innerhalb des sozialistischen Weltsystems (soll) in der CSSR eine Einheit zwischen Sozialismus und Demokratie herbeigeführt werden.“ Für die SED war das ein altbekanntes Ziel, über das nicht weiter zu diskutieren war, lag doch seine Widerlegung durch Lenin seit Jahrzehnten vor. Axen wörtlich: „Es ist nicht erforderlich, daß wir uns auf diesem Plenum etwa mit der theoretischen Widerlegung dieser Losungen beschäftigen – Losungen, die bekanntlich schon von Lenin in der Auseinandersetzung mit dem Renegaten Kautsky, in der Auseinandersetzung mit Otto Bauer, widerlegt wurden und in der ganzen Periode der Entwicklung des Sozialismus immer wieder von sozialdemokratischen Führern oder von linken und rechten Abweichlern gegen den Marxismus-Leninismus, gegen die KPdSU und auch gegen unsere Partei vorgebracht worden sind.“⁴ Nach dieser parteilichen Ausgrenzung „enthüllt“ der SED-ZK-Sekretär den konterrevo-

lutionären Kern, der hinter all diesen Reformbestrebungen in der Tschechoslowakei steckte und der den tschechoslowakischen Reformprozeß mit der Einwirkung aus dem Westen verbinde und damit in die Blockkonfrontation zwischen „Sozialismus“ und „Imperialismus“ einordne. „Natürlich kann der Gegner seinen politischen Angriff gegenwärtig nicht offen und direkt mit der Hauptlosung des Sturzes des Sozialismus, der Arbeiter- und Bauernmacht in der CSSR, führen. Die unzufriedenen und antisozialistischen Elemente sollen gesammelt werden unter der Losung der Demokratisierung, unter der Losung – wie es Goldstücker in der neu herausgegebenen Literarischen Zeitschrift, Nr. 1, im Leitartikel formulierte – der Ehe des Sozialismus mit der Freiheit.“⁵ Für die SED stand damit bereits vor dem Treffen mit der neuen tschechoslowakischen Parteiführung fest, daß in Prag der alte sozialdemokratische Revisionismus im neuen Gewand ideologisch und politisch sein Haupt erhebt.

Damit wurde durch die SED eine zweite Phase der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der KPC und der CSSR eingeleitet. Ungeachtet der ausführlichen Berichterstattung Dubceks über die Politik der KPC und die Entwicklung in der CSSR auf dem Dresdener Treffen, entfaltete die SED eine öffentliche Kampagne gegen die Reformkräfte und ihre Ziele im befreundeten Nachbarland. Denn für die SED-Führung stand im März 1968 unumstößlich fest, daß antisozialistische Kräfte unter dem Deckmantel der „Demokratisierung“ und „Liberalisierung“ einen konterrevolutionären Umschwung herbeiführen wollten. Folglich stellte es sich die SED-Führung zur Aufgabe, sogenannte „gesunde“ bzw. „positive“ Kräfte in der KPC ausfindig zu machen und mit Unterstützung von außen deren Positionen im Kampf gegen den Reformkurs in der CSSR zu stärken. Im Mittelpunkt des Interesses der SED standen gerade jene Funktionäre in entscheidenden Positionen der Partei und des Staates, insbesondere der Ministerien für Verteidigung, des Inneren, der Sicherheit, der Justiz, des Außenministeriums und der Leitung der Massenmedien, gegen die in der CSSR massive Kritik geübt wurde oder deren Ablösung zu befürchten war. In ihnen sahen jedoch die SED-Funktionäre die Kräfte, die bei entschlossenem Handeln jene in der DDR gefürchteten Vorgänge stoppen könnten, die mit den fortlaufenden Personalveränderungen, der Aufhebung der Zensur über die Massenmedien, der öffentlichen Rehabilitierung zehntausender von Opfern politischer

3 IfGA ZPA, IV 2/1/212.

4 Ebd.

5 Ebd.

Unrechtsprozesse aus den fünfziger Jahren sowie den Auseinandersetzungen um Reformen in Partei, Staat und Gesellschaft verbunden waren.

Aktiv betrieben SED-Funktionäre in der CSSR „Aufklärung“ vor Ort. Sie fertigten für die verschiedensten Abteilungen des ZK der SED Berichte und Analysen zur Lage in der KPC, in verschiedenen Ministerien, in den Gewerkschaften und anderen Organisationen, bei der Eisenbahn, der Post und in Betrieben an. Diese Materialien beinhalteten zum Teil auch persönliche Charakteristika von – nach SED-Verständnis – linientreuen oder „revisionistischen“, „opportunistischen“ und „konterrevolutionären“ Führungskadern der KPC in Staat, Wirtschaft, Massenorganisationen und Redaktionen der Massenmedien.

Die dritte Phase war dadurch geprägt, daß es im sozialistischen Lager zu einer offenen Konfrontation zwischen der tschechoslowakischen Führung und ihren „Bruderparteien“ kam. Die KPdSU, die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP), die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (USAP), die Bulgarische KP (BKP) und die SED stimmten ihr Vorgehen gegen die tschechoslowakische Parteiführung untereinander ab und entwickelten eine gemeinsame Linie gegen die drohende Konterrevolution in der Tschechoslowakei. Offenkundig wurde diese Konstellation durch die Beratung der Partei- und Staatsführungen der Sowjetunion, Polens, Ungarns, Bulgariens und der DDR in Warschau am 14./15. Juli 1968. Die tschechoslowakische Partei hatte es abgelehnt, an diesem Treffen teilzunehmen. Die in Warschau versammelten fünf Parteien waren sich einig, die Lage in der CSSR habe sich bis zum äußersten verschärft und diese Entwicklung sei nunmehr auch keine innere Angelegenheit der Tschechoslowakei mehr. Aus dieser Einschätzung leiteten sie die Konsequenz ab, der akuten Gefahr des Vordringens der Konterrevolution wirksam vorzubeugen.

Zwischen dem 15. Juli und dem Treffen der KPdSU mit der KPC in Cierna nad Tisou vom 29. Juli bis 1. August sowie der darauffolgenden Beratung der „Fünf“ mit der KPC am 3. August 1968 in Bratislava entwickelte die SED umfangreiche Aktivitäten.

Am 15. Juli 1968 wurde in Auswertung der Warschauer Beratung eine Arbeitsgruppe des Sekretariats des ZK der SED für die weitere Arbeit gegen die CSSR unter Leitung von Hermann Axen eingesetzt⁶. Am 19. Juli 1968 fand eine „außerordentliche“ Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees

der SED mit dem einzigen Tagesordnungspunkt „Zur Lage in der CSSR“ statt. Zwei Beschlüsse dieser Tagung reichten über bisherige Aktivitäten hinaus. Es wurde beschlossen: „Die Genossen A. Norden und W. Lamberz werden beauftragt, täglich Sendungen in tschechischer und slowakischer Sprache beim Rundfunksender Dresden gegen den westdeutschen Imperialismus und seine Einmischungsbestrebungen in der CSSR zu organisieren.“ Für diese Art der direkten Einmischung und massiven psychologischen Kriegsführung gegen die Reformbewegung in der CSSR wurden etliche Störsendungen und der Rundfunkbetrieb des Senders „Vlatava“ („Moldau“) unter direkter Leitung des ZK-Apparates der SED organisiert.

Weiterhin wurde beschlossen: „Es wird eine operative Gruppe gebildet, der unter Vorsitz des Genossen A. Norden die Genossen Alfred Neumann, Paul Verner, Hermann Axen, Werner Lamberz, Horst Dohlus, Paul Markowsky und Manfred Feist angehören und die vorläufig jeden Morgen um 9 Uhr zusammentritt.“⁷

Damit schuf die SED-Führung neben der bereits existierenden „Arbeitsgruppe KPC“ und der vom Sekretariat des ZK kurz zuvor gebildeten Arbeitsgruppe nunmehr ein Gremium, das unmittelbar für den „Ernstfall“ wirksam werden sollte. Die Aktivitäten der „operativen Gruppe“ sind jedoch noch unbekannt, weil dazu bisher keine Akteneinsicht möglich war. Doch daß ihre Bildung Teil der militärpolitischen Vorbereitungen gegen die CSSR war, läßt sich aus dem Zusammenhang mit anderen Aktivitäten ableiten.

Zwei Tage nach der „außerordentlichen“ Politbürositzung ordnete Walter Ulbricht in seiner Funktion als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR Maßnahmen zur schnellen Gewährleistung einer erhöhten Einsatzbereitschaft eines Kommandos (Stab) und einer Division des Militärbezirkes Leipzig an. Die Nationale Volksarmee der DDR wurde Mitte Juli 1968 in die vom Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte der Staaten des Warschauer Vertrages, Marschall Jakubowskij, vorbereitete Militäraktion gegen die CSSR unter dem Tarnnamen „Donau“ einbezogen.

Die für Ende Juli 1968 geplante Militäraktion gegen die CSSR wurde kurzfristig aufgehoben. Die Gespräche zwischen den Führungen der KPdSU und der KPC in Cierna nad Tisou und den „Warschauer Fünf“ und der KPC in Bratislava signalisierten vorübergehend „Entwarnung“ für die Mili-

6 Vgl. IfGA ZPA, J IV 2/2/1181.

7 Vgl. IfGA ZPA, J IV 2/2/1183.

tärs. Damit begann für die SED die vierte Phase ihrer politischen Aktivitäten gegen die KPC und die CSSR. Im Mittelpunkt stand jetzt der allseitige Druck auf die KPC, die in Bratislava diktierten Bedingungen zum konsequenten Vorgehen gegen sogenannte Feinde des Sozialismus und angebliche Konterrevolutionäre zu erfüllen. Dem dienten auch die Gespräche zwischen den Delegationen der SED und der KPC am 12. August 1968 in Karlovy Vary. Doch auch im Ergebnis dieses Treffens hatte sich bei Ulbricht und Genossen die Einschätzung von Dubcek und seiner Umgebung nicht geändert. Für die SED wie auch für die KPdSU war das Reservoir der Möglichkeiten einer politischen Lösung der Interessengegensätze mit der KPC und der CSSR Mitte August erschöpft.

Ab 18. August 1968 stimmte die SED-Führung vorbehaltlos der militärischen Variante der Konfliktlösung zu. Am 23. August 1968 hat Walter Ulbricht vor dem 8. Plenum des SED-Zentralkomitees den Ablauf dieser Entscheidung in Moskau folgendermaßen geschildert: „Vor dem 20. August fand eine gemeinsame Beratung der Vertreter der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Sowjetregierung und der Vertreter der kommunistischen Parteien und der Regierungen der Volksrepublik Bulgarien, der Volksrepublik Polen, der ungarischen Volksrepublik und der DDR statt. Auf dieser Beratung wurde ein kurzer Bericht des Genossen Breschnew über die Einschätzung der Lage entgegengenommen, der vollständig mit unserer Einschätzung übereinstimmt, so daß sich eine Aussprache über die Einschätzung der Lage erübrigte. Es wurde sofort mit der Beratung der Dokumente begonnen, die zur Vorbereitung und Durchführung der militärischen Hilfsaktionen der vereinigten militärischen Verbände unserer Staaten notwendig waren.“⁸ Die politische Diversion der SED gegen die Reformbewegung in der CSSR mündete in die aktive Beteiligung der DDR an der militärischen Invasion in der CSSR am 21. August 1968.

Die heute noch am häufigsten gestellte Frage ist, ob Truppenverbände der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR in der Nacht vom 20. zum 21. August 1968 die tschechoslowakische Grenze überschritten haben. Der Potsdamer Militärhistoriker Rüdiger Wenzke hat diese Frage untersucht und kam zu folgendem Ergebnis: „Man muß davon ausgehen, daß die Teilnahme der DDR-Streitkräfte an einer militärischen Operation gegen die CSSR fest in die Planung der sowjetischen Militärs verankert war. Das hatte die Einbeziehung der

NVA in die vorbereitenden Manöver und Übungen gezeigt. Die 7. Panzerdivision (PD) und die 11. Motorisierte Schützendivision (MSD) der NVA, die ja bereits Ende Juli in volle Gefechtsbereitschaft versetzt worden waren und ihre Konzentrierungsräume bezogen hatten, waren Bestandteil der Hauptgruppierung der von sowjetischen Marschällen befehligten Interventionsstreitkräfte („Prager Gruppierung“).“⁹ Wenzke führt weiter aus, daß beide Divisionen mit einer Stärke von etwa 16 000 Mann und 500 Panzern am Abend des 20. August ihre Marschbereitschaft herstellten, aber bis Mitte Oktober 1968 als Reserve in ihren Stellungen verblieben. Allerdings überschritten im Rahmen der Militäraktion des Warschauer Paktes „zwei Funktrupps des Nachrichtenregimentes 2“¹⁰ die Grenze.

II. Gipfeltreffen des Ostblocks zwischen März und August 1969

Der Entscheidungsprozeß über die Politik der DDR gegenüber der Tschechoslowakei im Jahre 1968 war gemäß dem Gewaltenzentralismus auf das Politbüro des ZK der SED begrenzt. Aber die SED-Führung war in ihren Handlungen nicht wirklich autonom, sie mußte den Kurs der sowjetischen Hegemonialmacht in Rechnung stellen. Die Formierung der „Warschauer Fünf“ und die Festlegung des Konfrontationskurses der Partei- und Staatsführungen des sozialistischen Lagers mit Ausnahme von Rumänien gegenüber den Prager Reformern erfolgte auf einer Reihe von Treffen zwischen März und August 1968. Die Protokolle dieser Tagungen waren sorgsam gehütete Partei- und Staatsgeheimnisse; alle liegen der wissenschaftlichen Forschung immer noch nicht vor. Im Zentralen Parteiarchiv der SED wurden jetzt von uns die Protokolle der Dresdener Tagung im März und des Warschauer Treffens im Juli gefunden; erste Ergebnisse der Auswertung werden hier erstmals publiziert.

Die Serie der Konferenzen begann im März 1968 in Dresden. Die SED fungierte als einladende und gastgebende Partei für eine Beratung mit ihren „Bruderparteien“ aus Bulgarien, Ungarn, Polen, der UdSSR und der CSSR. Die Parteien der späteren „Warschauer Fünf“ hatten „gemeinsam die

⁹ Rüdiger Wenzke, Prager Frühling – Prager Herbst. Zur Intervention der Warschauer-Pakt-Streitkräfte in der CSSR 1968. Fakten und Zusammenhänge, Berlin 1990, S. 28.

¹⁰ Ebd., S. 30.

⁸ HGA ZPA, IV /1/218.

Bitte an Genossen Dubcek herangetragen“, einen Bericht über die Lage in der Tschechoslowakei entgegenezunehmen. Zuvor hatten die Parteichefs anlässlich ihrer Teilnahme an den Feiern zum 20. Jahrestag der Februarereignisse 1948 erstmals Kritik an der Politik Dubceks und an den Verhältnissen in der CSSR geübt. Die tschechoslowakische Delegation mit Alexander Dubcek, Josef Lenart, Drahomir Kolder, Oldrich Cernik und Vasil Bilak war in dem Glauben nach Dresden gekommen, daß Fragen der Zusammenarbeit im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) erörtert und in Verbindung damit die Situation in einigen kommunistischen Parteien behandelt werden sollten. Doch bevor überhaupt Vertreter aller Delegationen zu Wort gekommen waren, verteilte ein Vertreter der sowjetischen Delegation in den Mittagsstunden den Entwurf eines Kommuniqués, in dem die KPC-Führung zu einer Revision des eingeschlagenen Reformkurses aufgefordert wurde. Von tschechoslowakischer Seite wurden sowohl dieses Vorgehen als auch folgende Textpassage aus dem Kommuniqué-Entwurf abgelehnt: „Es wurde Besorgnis über die in letzter Zeit verstärkt auftretende Aktivität der revisionistischen, antisozialistischen Elemente geäußert, die versuchen, den Sinn der Beschlüsse der letzten Plenartagungen des ZK der KPC zu entstellen, um das politische und ökonomische Fundament des Sozialismus in der Tschechoslowakei zu erschüttern, die führende Rolle der KPC zu untergraben und die Beziehungen der CSSR zu den sozialistischen Ländern zu schwächen. Die Delegationen der Bruderparteien lenkten die Aufmerksamkeit darauf, daß eine solche Belebung der antisozialistischen, vom Westen unterstützten Kräfte zu ernstesten negativen Folgen führen kann, wogegen schon jetzt entschiedene Maßnahmen zu ergreifen sind.“¹¹

Ein Vergleich der Positionen aus dem sowjetischen Kommuniqué-Entwurf mit denen der SED, wie sie Axen auf dem 5. ZK-Plenum zwei Tage zuvor vorgebracht hatte, belegt das hohe Maß an Übereinstimmung zwischen den Positionen der SED und der KPdSU. Die Weigerung der tschechoslowakischen Delegation, ein solches Kommuniqué zu unterschreiben, zwang die sowjetische Delegation, einen neuen Entwurf auszuarbeiten. Der Schulter-schluß zwischen KPdSU und SED wurde auch am Konferenztisch demonstriert. Die Ersten Sekretäre der Parteien, Leonid Breschnew und Walter Ulbricht, charakterisierten den Reformprozeß in der Tschechoslowakei als „konterrevolutionär“.

Ulbricht forderte von der tschechoslowakischen Führung, das geplante Aktionsprogramm ihrer Partei so zu formulieren, daß es sich inhaltlich „sowohl von den dogmatischen als auch von den revisionistischen Auffassungen“¹² distanziert. Die Dresdner Konferenz trug alle Züge einer ernstesten Warnung an die tschechoslowakische Parteiführung; die versammelten Parteiführer sprachen nicht nur ihre Besorgnis aus, sondern sie forderten auch einen klaren Kurswechsel von ihren Prager Genossen. Aber die KPC beharrte in Dresden auf der Souveränität ihrer Entscheidungen und handelte nach eigenem Ermessen. In der Tschechoslowakei wurde die Zensur über die Massenmedien aufgehoben, die Opfer der stalinistischen Repression Anfang der fünfziger Jahre wurden rehabilitiert und das am 5. April beschlossene Aktionsprogramm sah strukturelle Reformen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens vor und proklamierte die Demokratisierung des politischen Systems.

Diese und andere Entscheidungen, vor allem die fortschreitenden Kaderveränderungen in Führungsfunktionen von Partei- und Staatsorganen in der CSSR, waren für die Parteiführungen der Warschauer-Pakt-Staaten (außer Rumänien) Ausdruck der zunehmenden Gefahr einer Konterrevolution. Am 8. Mai 1968 versammelten sich Breschnew, Gomulka, Kadar, Schiwkow und Ulbricht ohne einen Vertreter der KPC zu einer „Lageberatung“ in Moskau. Wie aus einem internen Bericht Hermann Axens über dieses Treffen vor der SED-Führung in Berlin hervorgeht, einigten sich die fünf Parteichefs in Moskau darauf, nunmehr militärischen Druck auf die CSSR auszuüben¹³. Es fanden demonstrative Truppenverlegungen sowjetischer, polnischer und ostdeutscher Armee-Einheiten in Richtung der tschechoslowakischen Grenze statt. Ursprünglich als Stabsmanöver geplante Übungen, die die CSSR absetzen wollte, wurden im Juni zu Übungen mit großen Truppenverbänden und entsprechender Militärtechnik auf tschechoslowakischem Territorium umfunktioniert. Die letzten Manövertruppen verließen erst Anfang August die CSSR.

Der Interessenkonflikt zwischen den „Warschauer Fünf“ und der reformkommunistischen Führung der KPC verschärfte sich in den folgenden Monaten. Ende Mai beschloß das ZK-Plenum der KPC die Einberufung eines außerordentlichen Parteita-ges am 9. September, auf dem ein neues Parteistatut verabschiedet und eine neue Parteiführung

11 IfGA ZPA, J IV 2/201/779.

12 IfGA ZPA, IV 2/1/212.

13 IfGA ZPA, J IV 2/201/787.

gewählt werden sollte. Ende Juni erschien das Manifest der „2000 Worte“ von Ludvik Vaculik, das vor der noch nicht gebannten Gefahr einer konservativen Restauration warnte und das Volk und die Öffentlichkeit aufrief, den Reformprozeß voranzutreiben und die Demokratisierung in die eigenen Hände zu nehmen. Das Manifest wurde zum willkommenen „Vorwand“¹⁴ für eine restaurative Kampagne der orthodoxen Kommunisten gegen die tschechoslowakische Reformbewegung in- und außerhalb der kommunistischen Partei. Die Partei- und Staatsführer der „Warschauer Fünf“ versammelten sich am 14. und 15. Juli 1968 in Warschau, um die Lage in der Tschechoslowakei zu beraten. Alexander Dubcek und die tschechoslowakische Partei- und Staatsführung hatten eine Teilnahme an diesem Treffen abgelehnt und forderten statt dessen ergebnisorientierte bilaterale Treffen mit den anderen Parteien. Auch die „Warschauer Fünf“ bezogen sich auf das Manifest der „2000 Worte“, das sie als Aktionsprogramm der „Konterrevolution“ einstufte. Zwei Gefahren wurden beschworen: erstens die drohende Umwandlung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in einen „Diskutierclub“, der nicht mehr auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehe, und zweitens das Abdriften der CSSR aus dem sozialistischen Lager.

Die Warschauer Beratung war eine Zäsur: Die fünf Partei- und Staatschefs der Warschauer Pakt-Staaten berieten, welche Maßnahmen getroffen und welche Mittel genutzt werden mußten, um die „Liquidierung“ der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und damit zusammenhängend den aus ihrer Sicht drohenden Blockwechsel zu verhindern.

Der bulgarische KP-Chef Schiwkow formulierte am deutlichsten, worauf es gegenüber der CSSR nun ankäme: „Es gibt nur einen Ausweg, nämlich eine entschiedene Hilfe der sozialistischen Länder, der kommunistischen Parteien und des Warschauer Vertrages für die CSSR zu leisten und nicht mehr auf die inneren Kräfte der CSSR zu vertrauen.“ Er war auch der einzige Vertreter, der offen eine militärische Lösung forderte: „Durch die Hilfe der sozialistischen Länder und der kommunistischen Parteien, durch die Hilfe des Warschauer Vertrages, hauptsächlich durch bewaffnete Kräfte des Warschauer Vertrages, muß die Tschechoslowakei unterstützt werden.“¹⁵

Walter Ulbricht hingegen unterbreitete den Vorschlag, sich gemeinsam mit einem Offenen Brief an das ZK der KPC zu wenden. Nach zahlreichen Verhandlungsrunden beschlossen die Delegationen den sogenannten „Warschauer Brief“. Er war die erste offizielle und öffentliche Stellungnahme der Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien Bulgariens, Ungarns, der DDR, Polens und der UdSSR. Unmißverständlich wurde in dem Brief zum Ausdruck gebracht, daß „die entschlossene Verteidigung der sozialistischen Ordnung in der Tschechoslowakei nicht nur Ihre, sondern auch unsere Aufgabe ist“¹⁶.

Dieser Satz legitimierte das Interventionsrecht, das im Namen der Geschlossenheit des sozialistischen Lagers die Sowjetunion gegenüber ihren Verbündeten beanspruchte und das in dem „Warschauer Brief“ an das ZK der KPC zum Ausdruck gebracht wurde. Wörtlich hieß es: „Wir können jedoch nicht damit einverstanden sein, daß feindliche Kräfte Ihr Land vom Weg des Sozialismus stoßen und die Gefahr einer Lostrennung der CSSR von der sozialistischen Gemeinschaft heraufbeschwören. Das sind nicht mehr nur Ihre Angelegenheiten.“¹⁷

Wenn auch in den bislang ausgewerteten Materialien der Warschauer Beratung kein Beweis dafür gefunden werden konnte, daß auch Einzelheiten einer möglichen militärischen Intervention besprochen wurden, so ist doch von Militärgeschichtlern deren Vorbereitung im Monat Juli 1968 nachgewiesen worden¹⁸.

Die Ablehnung des „Hilfeangebotes“ der „Warschauer Fünf“ durch das Präsidium der KPC am 16. Juli 1968 und das Beharren der KPC auf eigenen Entscheidungen und Problemlösungen ohne Einmischung von außen forderten den zunehmenden politischen Druck vor allem in Moskau, Ost-Berlin und Warschau heraus.

Vom 29. Juli bis 1. August trafen sich die Präsidien der KPdSU und der KPC in Cierna nad Tisou und am 3. August 1968 die Partei- und Staatsführungen der „Warschauer Fünf“ mit denen der CSSR in Bratislava. Es war der letzte Versuch, die Kräfte um Dubcek vom Kurs systemverändernder Reformen abzubringen und verbindliche Zusagen für die Erfüllung der Forderungen der „Fünf“ nach Ausschaltung angeblich „revisionistischer“ und „op-

14 Vladimír Horský, Prag 1968 – Systemveränderung und Systemverteidigung, Stuttgart u. a., 1975, S. 66.

15 IfGA ZPA, J IV 2/201/790.

16 Dokumente der SED, Bd. XII, Berlin (Ost) 1971, S. 91.

17 Brief der Warschauer Konferenz an das ZK der KPC, in: Peter Norden, Prag 21. August, Das Ende des Prager Frühlings, München 1977, S. 164.

18 Vgl. R. Wenzke (Anm. 9), S. 18ff.

portunistischer“ Kräfte aus Führungsfunktionen in der CSSR zu erlangen.

Die in Bratislava vereinbarte „Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder“¹⁹ täuschte wahrscheinlich beide am Konflikt beteiligten Seiten: Die Vertreter der KPC glaubten, mit kleinen Zugeständnissen Moskau und seine Verbündeten von einem drohenden militärischen Eingreifen abhalten und den eigenen Weg weitergehen zu können, und die „Fünf“ verabschiedeten sich aus Bratislava in der Hoffnung, daß der gemeinsam verstärkt ausgeübte Druck auf die Führung der KPC ausreichen werde, um die Prager Reformkommunisten wieder auf die allgemeine Moskauer Linie zurückzuführen.

Die Argumentation der SED in dieser Frage legt einen solchen Schluß nahe. Unmittelbar nach Bratislava fand das 7. Plenum des SED-Zentralkomitees statt; auf ihm wurde die Bedeutung der „Erklärung“ von Bratislava ausführlich gewürdigt. Ulbricht sah darin „das erste marxistisch-leninistische Dokument seit Januar“²⁰, das von der tschechoslowakische Parteiführung unterschrieben worden sei. Auf dem nächsten ZK-Plenum, zwei Tage nach dem Einmarsch, betonte er: „Der Weg der politischen Lösung, der von seiten der sowjetischen Freunde mit großer Anstrengung begangen wurde – besonders in den Besprechungen in Cierna nad Tisou und dann in Bratislava –, hat zu keinem Ergebnis geführt, da die rechten Kräfte im Präsidium der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei es abgelehnt haben, die in Cierna nad Tisou getroffenen Vereinbarungen durchzuführen. Trotz des Bemühens der sowjetischen Freunde, von Dubcek eine Erklärung zu bekommen, und trotz des Bemühens zu erreichen, daß die Vereinbarungen durchgeführt werden, erklärte Dubcek am Telefon, daß er nicht in der Lage sei, nicht gewillt sei, diese Vereinbarung durchzuführen. Da die politische Lösung nicht mehr möglich war, ergab sich, daß die militärische Lösung durchgeführt werden mußte.“²¹ Welche Vereinbarungen von Dubcek nicht durchgeführt wurden, hat die SED in ihrem „Aufruf“ vom 21. August zum Ausdruck gebracht: „Die Delegation der KPC hatte sich verpflichtet, unverzüglich die politische Leitung von Presse, Rundfunk und Fernsehen im Geiste des Sozialismus zu sichern, ohne Verzögerung ein Gesetz zur Unterbindung der Tätigkeit der antisozialistischen Parteien, Clubs und Organisationen zu erlassen sowie auch die notwendigen Garantien für

einen konsequenten, den Lebensinteressen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik dienenden Kurs in der Partei- und Staatsführung zu schaffen.“²²

Doch die Lage veränderte sich sehr schnell. Das Präsidium der KPC billigte am 6. August 1968 den Entwurf eines neuen Parteistatuts, das „eine fundamentale Demokratisierung“ der KPC vorsah²³. Dieses Statut sollte auf dem XIV. Parteitag der KPC am 9. September beschlossen werden. In Moskau, Warschau, Ostberlin, Sofia und Budapest ging in den dortigen Parteizentralen die Furcht um, daß der bevorstehende Parteitag eine qualitative Veränderung der KPC bewirken könnte: die Umgestaltung aus einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei neuen Typus zu einer Art sozialdemokratischen, kleinbürgerlich-demokratischen Partei. Das Bestreben, eine solcherart „bedrohliche“ Entwicklung aufzuhalten, führte zur bedingungslosen Zustimmung der SED-Spitze wie auch der polnischen, ungarischen und bulgarischen Parteiführungen zu den Moskauer Interventionsplänen.

III. Das SED-Feindbild „Sozialdemokratie“ im Jahr 1968

Der ideologische Kampfbegriff „Sozialdemokratismus“ bündelte mit Blick auf den Reformkurs der KPC die innen- und außenpolitischen Interessenlagen der SED-Führung im Frühjahr 1968. Er diente ihr maßgeblich als Legende dafür, auf dem Feld der Ideologie die politische und propagandistische Auseinandersetzung mit dem „revisionistischen“ Kurs der Prager Reformkommunisten und seinen Trägern namentlich im Bereich der Kultur und der Massenmedien offensiv zu führen.

Die Wurzel der tschechoslowakischen Parteikrise suchte die SED von Anfang an auf ideologischem Gebiet. Alarmiert war sie, als – aus ihrer Sicht – die KPC nach dem Januar 1968 in den Reihen ihrer Parteiführung einen „revisionistischen Flügel“ zuließ. Das war ein klarer Verstoß gegen das Fraktionsverbot, das in den kommunistischen Parteien seit den zwanziger Jahren zu den Organisationsprinzipien gehörte.

22 Dokumente der SED (Anm. 16), S. 126.

23 Vgl. V. Horsky (Anm. 14), S. 70; Vgl. Jiri Pelikan, Panzer überrollen den Parteitag, Protokoll und Dokumente des 14. Parteitages der KPTsch am 22. August 1968, Wien u. a. 1979.

19 Vgl. Dokumente der SED (Anm. 16), S. 108–115.

20 IfGA ZPA, IV 2/1/217.

21 IfGA ZPA, IV 2/1/219.

Nach dem Dresdener Treffen wurde der Exponent dieses Flügels, Josef Smrkovsky, vom SED-Chefideologen Kurt Hager auf dem Philosophie-Kongreß aus Anlaß des 150. Geburtstages von Karl Marx offen attackiert. Es war der erste öffentliche Angriff auf einen Repräsentanten der tschechoslowakischen Reformkommunisten. Die Formulierung „revisionistischer Flügel“ signalisierte bereits im März 1968, daß die SED hat eine sozialdemokratische Abweichung in organisierter Form in der KPC geortet hatte. Am Vorabend der Intervention sprach die SED offen von der „Sozialdemokratisierung“ der KPC. Nach der Intervention hatte Ulbricht keinen Zweifel mehr, daß die Führung der KPC unter Alexander Dubcek die Kommunistische Partei ideologisch-politisch diskreditieren und in eine sozialdemokratische Partei umwandeln wollte. Auf der 8. Tagung des Zentralkomitees der SED am 23. August 1968 sagte er: „Aber es wurde offenkundig, daß die Führung der KPC eine feste Konzeption hatte, die Kommunistische Partei auf dem Parteitag bis zu Ende, soweit es geht, zu diskreditieren, Dokumente durchzubringen, die zumindest revisionistischen Charakter haben, die ein Mittelding zwischen sozialdemokratischer Politik und USPD-Politik sind. Wir kennen das ja alles aus der Vergangenheit. Das hätte zum Ergebnis gehabt, daß das Übergewicht der antisozialistischen Clubs und Organisationen nach dem Parteitag offen in Erscheinung getreten wäre und daß dann die Offensive dieser Kräfte verschärft weitergeführt worden wäre. So war die Lage am Vorabend des Einmarsches der verbündeten Armeen in die Tschechoslowakei.“²⁴

Die Angst der SED vor dieser Gefahr war real, besaß die SED-Führung doch genug Informationen darüber, wie in der SED und in der DDR über die Prager Reformen gedacht wurde. Besonders die sozialdemokratische Transformation der KPC wirkte wie ein Menetekel. Das Feindbild „Sozialdemokratismus“ entsprach der Interessenlage der SED. Das Schlagwort war gleichermaßen geeignet, die Konfrontation gegen die tschechoslowakischen Reformkommunisten zu legitimieren, eine Verbindung zwischen dem Prager Reformprozeß und westlicher Einmischung herzustellen und die neue Ostpolitik der Bundesrepublik unter Federführung des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Brandt zu bekämpfen. Im Frühjahr 1968 besaß die Durchsetzung der Anerkennung der DDR als zweiter deutscher Staat für die Führung der SED die absolute außenpolitische Priorität.

Aber die Bundesrepublik hielt auch 1968 noch an der Forderung nach Wiedervereinigung Deutschlands fest und blockierte die DDR international mit ihrem Anspruch auf Alleinvertretung Deutschlands. Angesichts der Entspannungstendenzen zwischen den USA und der Sowjetunion drohte diese Politik die Bundesrepublik auch im Westen zu isolieren. Erst die „neue Ostpolitik“ der Großen Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger änderte 1967 die außenpolitische Haltung der Bundesrepublik und damit auch die internationale Konstellation für die DDR. Die Bundesregierung bot den Staaten Südost- und Osteuropas – unter Ausklammerung der DDR – diplomatische Beziehungen an.

Außenminister und Vizekanzler der Großen Koalition war der sozialdemokratische Parteivorsitzende Willy Brandt. Die SPD hatte unter seiner Federführung ein Gesamtkonzept für eine neue Ostpolitik der Bundesrepublik entwickelt, das den Status quo berücksichtigte. Das Ziel war es, durch eine aktive Politik die Ost-West-Konfrontation über eine Politik der Abrüstung, des friedlichen Wettbewerbs und der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft aufzubrechen, um den Status quo in Europa in Richtung auf mehr Demokratie und nationale Selbstbestimmung schrittweise zu verändern. Diese Vorstellungen über eine neue Ostpolitik konnte die SPD in der Großen Koalition nun erstmals als Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland zum Tragen bringen. Als Ende Januar 1967 Rumänien diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik aufnahm, drohte der DDR die Isolierung im eigenen Lager. Es gelang der SED-Führung über den Politischen Ausschuß des Warschauer Paktes, gegen diese Gefahr eine Barriere zu errichten. Im Februar 1967 beschlossen die Außenminister der Ost-Allianz, „kein Mitglied des Paktes dürfe sein Verhältnis zur Bundesrepublik normalisieren, bevor die DDR dies getan habe“²⁵.

Ende 1967 glaubte die SED offenbar, die Bundesrepublik werde gezwungen, die Forderung nach Wiedervereinigung aufzugeben und die DDR endgültig anzuerkennen. Eine neue Verfassung sollte dem DDR-Staatsvolk verdeutlichen, daß die Herrschaft der SED irreversibel sei. In Ulbrichts Worten auf dem 5. ZK-Plenum: „Alle Grundfragen haben wir in der Verfassungskampagne beantwortet, und wir haben den Blick der Bevölkerung nach vorn gerichtet. Es ist gelungen, eine breite, schöpferische Initiative der Werktätigen zu wecken.“

25 Peter Bender, Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau zum Moskauer Vertrag, München 1986, S. 140.

24 IfGA ZPA, IV 2/1/219.

gen zu erreichen, und man muß sagen, daß eine weitgehende und hohe Bewußtseinsentwicklung erreicht worden ist.“²⁶

Durch die innere Reform in der CSSR, die sogar von der Kommunistischen Partei getragen wurde, war dieser Erfolg der SED wieder in Frage gestellt, der Status quo drohte, sich erneut zu ihren Ungunsten zu verändern. Der Nürnberger Parteitag der SPD im März 1968 stand ganz im Zeichen der neuen Ostpolitik. Ulbricht fühlte sich bedroht und richtete erneut den Blick auf die SPD und das Ziel ihrer Ostpolitik: „Aber jetzt kommt die Sozialdemokratie, wie Brandt auf dem Parteitag erklärt hat: ‚Wir stehen am Beginn eines langen, widerspruchsvollen Prozesses, bei dem es sich darum handelt, daß sich zwischen den Staaten und Völkern West- und Osteuropas neue Bindungen und Verbindungen ergeben‘. Sie haben das ein bißchen mystisch ausgedrückt.“ Ulbricht übersetzt seinem Zentralkomitee die politische Intention dieses Programms, er sah darin eine Strategie der „Aufweichung der sozialistischen Länder mit neuen Methoden und Formen, und das unter der Losung der Sicherheit in Europa, der Losung der ‚neuen Ostpolitik‘“²⁷.

Zugleich warnte er: „Wir müssen uns doch darüber im klaren sein, daß das Wesen der Politik der sozialdemokratischen Führung darin besteht, Wege des Eindringens in die DDR zu finden, die DDR von innen aufzurollen, um das westdeutsche System des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit seiner Bundeswehr auf ganz Deutschland zu übertragen. Das ist der Hauptpunkt der Differenzen mit der sozialdemokratischen Führung.“²⁸

Während sich die SED im März 1968 noch darauf beschränkte, der SPD zu unterstellen, sie wolle die DDR beseitigen, machte Ulbricht nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR die Sozialdemokraten auch als „Drahtzieher“ in der tschechoslowakischen Entwicklung aus. Ulbricht wörtlich: „Die faktisch wiederhergestellte Organisation der Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei handelte auf Anweisung gewisser Kreise der österreichischen sozialdemokratischen Führung sowie der westdeutschen Sozialdemokratie.“²⁹ Der Kern der sozialdemokratischen Gefährdung für die kommunistische Herrschaft war für Ulbricht das Auftauchen des „Revisionismus“ in den eigenen Reihen. Die tschechoslowakische Krise hatte bewiesen, daß es möglich

war, eine kommunistische Partei zu „sozialdemokratisieren“ und damit zum Verzicht auf das politische Machtmonopol und die damit verbundene zentrale Lenkung von Ökonomie, Staat und Kultur zu bewegen.

Aber in der Fixierung der SED auf die sozialdemokratische Gefahr spiegelte sich zweifellos auch ihre besondere Lage in Deutschland wider. Hier war die Systemauseinandersetzung in zwei Staaten einer Nation verfestigt, und der Systemvergleich fand tagtäglich zwischen Bundesrepublik und DDR über die Medien statt. Wenn Ulbricht also von der Gefahr der „Aufweichung“ der sozialistischen Ordnung durch die sozialdemokratische Politik sprach, so war das für ihn nicht in erster Linie eine Frage der Ideologie, sondern der Tagespolitik. Ulbricht sah im tschechoslowakischen Reformprozeß eine neue Variante der konterrevolutionären Strategie des Westens gegen den Sozialismus. Er zog vor dem 8. Plenum der SED die Lehren aus der gerade abgewendeten Gefahr. Für Ulbricht war es ausgemacht, die Tschechoslowakei, Ungarn und Polen sollten „von innen heraus“ unterminiert werden. „Die Hauptmethode für die Durchführung dieser Politik war nicht wie in Ungarn der konterrevolutionäre Putsch, sondern bestand darin, durch die Beherrschung der Massenmedien – der Presse, des Rundfunks, des Fernsehens – die Bevölkerung irrezuführen, den marxistisch-leninistischen Kräften die öffentliche Wirksamkeit zu entziehen, mit Hilfe der Massenmedien eine Pogromstimmung gegen die kommunistische Partei und gegen die Kommunisten durchzuführen und damit von innen heraus die antikommunistische Bewegung so anzuheizen, daß den antisozialistischen Kräften, die in verschiedenen Organisationen formiert sind, dann sozusagen die Macht in die Hände fällt.“³⁰

Wir haben diese Bewertung der tschechoslowakischen Entwicklung durch Ulbricht vom 23. August 1968 zitiert, weil hier die Gründe sichtbar werden, die die SED bewegen haben, in den siebziger und achtziger Jahren das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) auszubauen und den Versuch zu unternehmen, alle Bereiche der Gesellschaft durch „inoffizielle Mitarbeiter“ engmaschig zu kontrollieren, die Massenmedien rigide zu lenken und Kunst und Kultur zu gängeln. Durch diese Strategie der Machtsicherung verbaute sich die kommunistische Partei endgültig die Chance zur Selbstreform.

26 IfGA ZPA, IV 2/1/212.

27 Ebd.

28 Ebd.

29 IfGA ZPA, IV 2/1/219.

30 Ebd.

Die DDR-Bevölkerung und der Prager Frühling

I. Einleitung

Als sich am 21. August 1968 auf dem Prager Wenzelsplatz Zehntausende von Demonstranten den sowjetischen Panzern entgegenstellten und in vielen anderen Städten der Welt Menschen auf die Straße gingen, um gegen die brutale Militäraktion des Warschauer Paktes zu protestieren, blieb in Ostberlin die Lage ruhig. Brütende sommerliche Hitze lag über der nahezu ausgestorbenen Stadt, und nur an den Badestränden kam es zu größeren Menschenansammlungen. Die friedliche Idylle hinter Mauer und Stacheldraht schien durch die Ereignisse im Nachbarland kaum gestört.

Und doch hinterließ der Einmarsch der Truppen des Sowjetblocks in die Tschechoslowakei tiefe traumatische Verwerfungen. Immer wieder stößt man in Gesprächen und lebensgeschichtlichen Interviews auf die Ereignisse des Prager Frühlings, als eine Art Schlüsselerlebnis. Man hat die Herbstrevolution des Jahres 1989 gelegentlich auch die „Revolution der Vierzigjährigen“ genannt. Vielen Beobachtern war aufgefallen, daß in den Oppositionsgruppen durchaus nicht die Jugendlichen dominierten, sondern die Geburtsjahrgänge um 1950. Welche politische Entwicklung sie in den zwanzig Jahren nach 1968 auch immer genommen haben mögen, ein irrationaler Rest der romantischen Illusion des Prager Frühlings wurde von vielen bis in die turbulenten Herbstmonate des Jahres 1989 hinein bewahrt. Oder erscheint dies nur so in der Retrospektive? Werden hier liebevoll individuelle Mythen gepflegt? Basteln gar ehemalige SED-Genossen an der Legende, tief im Herzen immer den „Traum des demokratischen Sozialismus“ getragen zu haben? Auch Gregor Gysi verweist in Interviews und Talk-Shows gern auf eine Parteistrafe aus dem Jahr 1968.

Welche Resonanz hatten die Ideen des Prager Frühlings bei der Bevölkerung der DDR tatsächlich? Sicherlich ist es heute noch nicht möglich, diese Frage endgültig zu beantworten. Doch aufgrund der Aktenberge in den Archiven von Stasi

und SED sind wir bei der Lösung des Problems nicht mehr allein auf subjektive Eindrücke und Spekulationen angewiesen.

Seitens der Staatssicherheit trug die innere Absicherung der militärischen Niederwerfung des Prager Reformkurses den Decknamen „Aktion Genesung“. Man meinte wohl, der „real existierende Sozialismus“ würde durch die Militäraktion vom Bazillus des demokratischen und freiheitlichen Gedankens genesen. Viele Menschen in der DDR haben dies genau umgekehrt empfunden. Der Versuch, Freiheit und Sozialismus zu verbinden, war in ihren Augen ein Gesundungsprozeß, eine Rückkehr zu den humanistischen Wurzeln der sozialistischen Utopie. Immer wieder gab es in der Geschichte der DDR Momente, in denen Hoffnungen aufkeimten, das stalinistische System könne von innen her aufgebrochen werden. Zum ersten Mal schien dies im Zeichen der Entstalinisierung nach dem XX. Parteitag der KPdSU möglich. Zwölf Jahre später war es der Prager Frühling, der von vielen Menschen als hoffnungsvolles Zeichen betrachtet wurde, wiederum zwölf Jahre später die polnische Arbeiterbewegung, obwohl diese nicht mehr unter dem Zeichen einer sozialistischen Reformbewegung stand. Und schließlich war es die Botschaft von Perestroika und Glasnost, die das Ende des Systems einleitete. Unabhängig davon, ob man diese Träume für nebelhafte Trugbilder hält, die niemals eine reale Chance auf Verwirklichung hatten, oder ob man meint, hier wäre die Möglichkeit einer menschlichen Gesellschaft verspielt worden, es bleibt die historische Tatsache, daß die Idee des demokratischen Sozialismus offenbar eine gewisse Anziehungskraft hatte.

II. Die DDR und der Prager Frühling

Im März 1968 schrillten in den Befehlszentralen von Stasi und Partei die Alarmglocken. Die neue tschechoslowakische Parteiführung unter Alexander Dubček führte solche verdächtigen Begriffe

im Munde wie Wahrheit, Menschlichkeit und Freiheit. In der festgefühten Vorstellungswelt der SED-Funktionäre konnte dies nur Ausdruck politischer Schwäche sein. Denn neuerdings tarnte der imperialistische Gegner seine wahren Absichten hinter pseudo-sozialistische Phrasen, mit denen er ungefestigte kleinbürgerliche Elemente infiltrieren wollte. Die Zielgruppe dieser Aufweichtaktik waren Schriftsteller, Künstler, Intellektuelle, Studenten und allgemein Jugendliche. Wenn in der Tschechoslowakei die Menschen nach mehr Freiheit und Demokratie strebten, so war klar, daß dahinter nur die Agenturen des westdeutschen Monopolkapitals stecken konnten, das seine im Zweiten Weltkrieg verlorenen Positionen wiedergewinnen wollte. Die internationale Lage war also wieder einmal sehr ernst.

Am 11. März verabschiedete das Sekretariat des Zentralkomitees der SED eine „Information zur gegenwärtigen Lage in der ČSSR“¹. In dem dazugehörigen Anschreiben werden die Leiter der ZK-Abteilungen angewiesen, „sofort ... die Mitarbeiter ihrer Abteilungen sowie die Sekretäre der Parteiorganisationen, für deren Anleitung die Abteilungen verantwortlich sind, zu informieren“². Noch am gleichen Tag fand im Ministerium für Staatssicherheit (MfS) unter Leitung von Generalleutnant Beater eine Kollegiumssitzung statt, deren zweiter Tagesordnungspunkt lautete: „Information über die gegenwärtige Lage in der ČSSR in Verbindung mit einigen Schlußfolgerungen für die operative Tätigkeit.“³ Am 12. März 1968 folgte in der Kreisleitung der SED des MfS eine erweiterte Sekretariatssitzung zu diesem Thema. Anschließend erfolgte die Auswertung des Materials in den Grundorganisationen, das heißt, innerhalb von achtundvierzig Stunden wurden die streng geheimen Informationen vom Sekretariat des Zentralkomitees bis in die letzte Diensteinheit des MfS „durchgestellt“, wie dies im Funktionärsjargon genannt wurde. „Die Vorgänge in der ČSSR“, heißt es in dem Papier, „geben Veranlassung, den Parteiorganisationen eine erste interne Information zu geben.“⁴

Es fehlt in den folgenden Ausführungen nicht an Bekundungen der Freundschaft und der Solidarität mit den Völkern der Tschechoslowakei und deren

führender Avantgarde, der Kommunistischen Partei. Die Kritik an einzelnen Führungspersönlichkeiten ist eher zurückhaltend. Deutliche Kritik wird dagegen am Prinzip der Dezentralisierung von Staat und Wirtschaft geübt. „Solche revisionistische Auffassungen begünstigen die Wühlarbeit des Gegners gegen die führende Rolle der KPČ und gegen die sozialistische Staatsmacht ... die Vernachlässigung der ideologischen Arbeit habe auch zu einem starken Eindringen bürgerlicher Ideologie auf dem Gebiet der Philosophie, der Kultur und Kunst geführt. Besonderes Zentrum dabei ist der tschechoslowakische Schriftstellerverband.“⁵ An anderer Stelle des Dokumentes heißt es: „Es wird leider zugelassen, daß in einer Reihe von Zeitungen, in Radio und Fernsehen unter dem Schlagwort ‚Demokratisierung‘ die Rückkehr der ČSSR zur bürgerlichen Republik ... propagiert wird. ... Wie weit die geistige Übereinstimmung zwischen den Losungen dieser kleinbürgerlichen, antisozialistischen Kräfte innerhalb der ČSSR mit der Ideologie des Imperialismus geht, zeigt die insbesondere von Schriftstellern und Künstlern vertretene Losung, die ČSSR in eine ‚offene Gesellschaft‘ zu verwandeln.“⁶ Damit war auch innenpolitisch der Gegner ausgemacht. „Wir müssen uns auch deswegen mit diesen Fragen befassen, weil der Klassenfeind, insbesondere der westdeutsche Imperialismus, ... die gegenwärtigen Ereignisse ... zum Anlaß nimmt, um den psychologischen Krieg gegen die Deutsche Demokratische Republik zu verstärken“, lautete eine der einleitenden Formulierungen in dem Dokument des ZK-Sekretariats⁷. Die Nachrichten aus Prag erfüllten die Machthaber der DDR mit Angst und Sorge und veranlaßten sie, die höchste Alarmstufe gegenüber konterrevolutionären Tendenzen auszurufen, zumal im März 1968 auch in Warschau die Studenten revoltierten.

Am 15. März 1968 wurde von der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) für Erich Honecker und Kurt Hager ein Bericht über „die Reaktion der Bevölkerung der DDR über die Vorkommnisse in der ČSSR und in der VR Polen“ angefertigt. Dort heißt es noch relativ beschwichtigend: „Häufig werden Vergleiche zur Situation in der DDR angestellt. Hervorgehoben wird, durch richtige Führung beim Aufbau des Sozialismus in der DDR und sichtbare ökonomische Erfolge seien Vorkommnisse wie in der VR Polen und in der ČSSR bei uns nicht denkbar.“⁸ Immerhin wird

1 Zwischenarchiv Normannenstraße (im folgenden zitiert als ZAN), Bestand Mielke E/22/68.

2 Ebd., Anlage.

3 Von den Sitzungen des Kollegiums, das formal das oberste Gremium des Ministeriums war, existieren keine Wortprotokolle, sondern lediglich zusammenfassende Beschlußprotokolle.

4 ZAN, Bestand Mielke E/22/68, S. 1.

5 Ebd. S. 9f.

6 Ebd. S. 12f.

7 Ebd. S. 1.

8 ZAN, ZAIG, Information 301/68, 15. 3. 1968, S. 1.

anschließend eingeräumt: „So zeigen sich besonders Studenten, Kulturschaffende und Intellektuelle an weiteren Informationen vor allem auch über Detailfragen interessiert.“⁹ Nachdem dann einige Einzelheiten behandelt werden, heißt es zu dem Komplex zusammenfassend: „In geringem Umfang wird die Meinung vertreten, die Entwicklung in der ČSSR vollziehe sich gegenwärtig unkontrolliert und könne auch durch den neuen Sekretär der KPČ Dubček nicht gestoppt werden ... Bisher wurden im Gebiet der DDR keine offenen Sympathiebekundungen bestimmter Gruppen zu den Vorkommnissen in der VR Polen und der ČSSR bekannt.“¹⁰

Am 22. März 1968, einen Tag bevor sich in Dresden die Parteiführer des Warschauer Paktes versammelten, um die neue tschechoslowakische Parteiführung von der Fortsetzung ihres Reformkurses abzubringen, unterzeichnete Erich Mielke einen ungewöhnlich ausführlichen Informationsbericht an die Mitglieder des Politbüros. Darin hieß es einleitend: „In den Bezirken der DDR wird gegenwärtig zu den Vorgängen in Warschau und in der ČSSR unter allen Bevölkerungsschichten diskutiert. Besonders die Meinungsäußerungen über die Erscheinungen in der ČSSR sind vom Umfang und der Intensität her ständig gewachsen.“¹¹ Anschließend wird in dem Bericht ein durchaus differenziertes Bild der Lage gezeichnet, das nicht den Eindruck hinterläßt, als wolle die Staatssicherheit Öl ins Feuer der sich abzeichnenden politischen Krise gießen. „Die negativen und feindlichen Diskussionen nehmen einen geringen Umfang ein und beschränken sich überwiegend auf einzelne Personen. Der Einfluß politisch-ideologischer Diversion ist dabei offensichtlich. Folgende Grundrichtungen in den Diskussionen sind dabei festzustellen: Zustimmung zu den ‚Liberalisierungs- und Demokratisierungsbestrebungen‘ in der ČSSR, teilweise mit dem Tenor, in der DDR sei eine ähnliche Entwicklung wünschenswert; Forderung nach ‚mehr Freiheit‘. Darunter wird u. a. verstanden: Freizügigkeit im Reiseverkehr nach Westdeutschland ... Erhaltung des ‚Streikrechts‘ auch in der neuen Verfassung der DDR; freizügigere Gestaltung der kulturellen Entwicklung (besonders unter Kulturschaffenden); ... freie Meinungsäußerung ...; freier Informationsaustausch ...“¹². Abschließend heißt

es in dem Abschnitt über die „negativen Diskussionen“: „Aus den bisher vorliegenden Informationen und Hinweisen geht eindeutig hervor, daß besonders in *Kreisen der Studenten, Kulturschaffenden und Intellektuellen* die Diskussionen über die Ereignisse in der VR Polen und vor allem in der ČSSR einen großen Umfang angenommen haben. Die bereits angeführte Tendenz der Zunahme des Abhörens der deutschsprachigen Sendungen im Radio Prag trifft auf diese Kreise besonders zu. ... In diesem Zusammenhang ist eine Zunahme solcher Diskussionen festzustellen, in denen die Berichterstattung der DDR-Presse besonders über die Ereignisse in der ČSSR kritisiert wird. ... In der Reaktion dieser Kreise überwiegt zwar die Auffassung, daß solche Ereignisse wie in der ČSSR und der VR Polen in der DDR nicht möglich seien ... , aber Vertreter negativer Auffassungen verbinden diese Diskussionen mit dem ‚Argument‘, diese werde durch die ‚unfreien‘ gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR verhindert. Mehrfach wurden von solchen Personen die Ereignisse in der ČSSR verherrlicht und mit Spekulationen über die ‚führende Rolle der Intelligenz‘ in Verbindung gebracht. In Einzelfällen wurde geäußert, daß die Schriftsteller der DDR ‚zu feige und zu korrupt‘ seien.“¹³

Der für potentiell anfällig gehaltene Personenkreis wurde in einem weiteren Informationsbericht genauer untersucht. Am 30. März 1968 wurde in der ZAIG ein Bericht „über die Wirksamkeit der politisch-ideologischen Diversion an Universitäten, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen ...“ verfaßt¹⁴. Dieser Bericht war ausschließlich an Willy Stoph gerichtet und wurde hausintern u. a. an die für Hochschulen zuständige Abteilung XX/3 sowie in einer gekürzten Fassung an die Ministerin für Volksbildung, Margot Honecker, weitergeleitet. In dem Bericht heißt es einleitend: „Im Zusammenhang mit den Studentendemonstrationen in Volkspolen, mit der Entwicklung in der ČSSR sowie mit der Verfassungsdiskussion wurden eine Anzahl ideologischer Erscheinungen sichtbar, die zu Feindhandlungen führten und die das Wirken der politisch-ideologischen Diversion innerhalb der Lehrkörper und unter den Studenten widerspiegeln.“¹⁵

Zunächst werden in dem Bericht neun Einzelvorkommnisse geschildert. Immerhin finden sich dabei so alarmierende Mitteilungen, wie jene aus der

9 Ebd., S. 2.

10 Ebd., S. 4.

11 ZAN, ZAIG, Z 1466, Information 330/68, 22. 3. 1968, S. 1. Laut Verteilerschlüssel wurde der Bericht an Walter Ulbricht, Erich Honecker, Willy Stoph und Kurt Hager sowie hausintern weitergeleitet.

12 Ebd.

13 Ebd.

14 ZAN, ZAIG, Z 1467, Informationsbericht 355/68, 30. 3. 1968.

15 Ebd., S. 1.

Humboldt-Universität, wo dem Bericht zufolge einige Studenten die Meinung vertreten hätten daß, „... Studentendemonstrationen ‚ein legitimes Mittel der politischen Willensbildung‘ seien und dazu beitragen könnten, den Sozialismus weiterzuentwickeln. Die DDR würde sich durch ihre angeblich dogmatische Politik immer mehr isolieren. In diesem Zusammenhang werde auch die Forderung nach speziellen Studentenorganisationen erhoben, da die FDJ die Interessen der Studenten nicht richtig vertreten würde.“¹⁶ Darüber hinaus wird in dem Bericht konstatiert, daß sich unter den Studenten und Wissenschaftlern ein verstärktes Interesse für Reisen in die ČSSR zeige. Trotz eines ausdrücklichen Verbotes des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen hätten beispielsweise 24 Mitarbeiter der Technischen Universität Dresden die Teilnahme an einer internationalen Tagung der Gesellschaft für angewandte Mathematik und Mechanik (GAMM) in Prag beantragt¹⁷.

In diesem Zusammenhang wird noch eine interessante Mitteilung nachgereicht: „Eine durchgeführte soziologische Untersuchung bei 2000 Studenten der TU Dresden zeigte, daß ca. 75 Prozent der Studenten aktive Westverbindungen unterhalten. Ähnlich werden auch die Westverbindungen von Studenten an anderen Hochschulen und Universitäten eingeschätzt. Dabei ist kennzeichnend, daß diese Verbindungen in einem erheblichen Umfang erst während der Studienzeit hergestellt worden sind. Die Verbindungsaufnahme erfolgte hauptsächlich auf Grund persönlicher Zusammenkünfte in den sozialistischen Ländern, von Jugendsendungen westlicher Rundfunkstationen mit Adressenvermittlung, durch Einreisen westlicher Studenten in die DDR...“¹⁸

All das, was so selbstverständlich sein sollte unter intelligenten jungen Leuten, daß man sich in der Welt umsieht, Freundschaften schließt, sich über andere Länder informiert, fürchtete die SED-Führung offenbar wie der Teufel das Weihwasser. Gleichzeitig liefert der Stasi-Bericht in seiner Mischung aus bornierter Dummheit und Klarsicht nachträglich gute Argumente dafür, wie richtig seitens des Westens eine Politik war, die sich von „menschlichen Erleichterungen“ eine allmähliche Aushöhlung der totalitären Herrschaftspraxis in den kommunistischen Staaten versprach.

Im Laufe des Frühjahrs verdichteten sich die Berichte über „ideologische Unterwanderung durch den Klassenfeind“ in verschiedenen Universitäts-

instituten. Ein Bericht über das Theaterwissenschaftliche Institut der Humboldt-Universität ist hierfür charakteristisch: „Es wurde bekannt, daß unter der Studentenschaft des Institutes eine tiefe Unzufriedenheit herrscht. Wesentliche Ursache dafür sei die Kluft zwischen theoretischer und praktischer Ausbildung und einer dogmatisch betriebenen Kulturpolitik, die einer freien Entfaltung der künstlerischen Persönlichkeit im Wege stehe... Der entscheidendste Aspekt für die Unzufriedenheit wird jedoch in der Tatsache gesehen, daß z.Zt. ein gewisser Stillstand in der künstlerischen Entwicklung der DDR-Theater eingetreten sei. Es würden durchaus viele sozialistische Dramen geschrieben werden und es sei ein künstlerischer Ideenreichtum vorhanden, der jedoch durch Entscheidungen des Kulturministeriums eingeeengt würde. Wertvolle Stücke würden verschwinden bzw. würden solche befähigten Kräfte wie Heiner Müller und Peter Hacks gezwungen werden, ihre Stücke im Westen zu verkaufen oder sich durch untergeordnete Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen... Ebenso wird Prof. Heise aufgrund seiner Haltung von den Studenten verehrt. Im Zusammenhang mit der Unzufriedenheit am Institut und der Kritik an der Kulturpolitik wurde durch Studenten zum Ausdruck gebracht, daß in der DDR eine geistige Auflockerung im Sinne eines Biermann und Havemann erfolgen müßte. Dabei wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Entwicklung in der ČSSR Vorbild sein müßte.“¹⁹

Ähnliches schienen die Stasi-Spitzel auch von anderen Bereichen der Universität zu melden. In einem anderen Bericht der Bezirksverwaltung Groß-Berlin des MfS heißt es: „In den letzten Tagen und Wochen machen sich an der Humboldt-Universität unter den Studenten bestimmte negative Tendenzen im Zusammenhang mit der Entwicklung in der ČSSR bemerkbar... Bei den Juristen, 2. Studienjahr, gibt es im Zusammenhang mit den dargelegten Problemen solche Diskussionen, daß man sagt, ‚wir können ja auch unsere Meinung durch Protestdemonstrationen mit Schildern und Plakaten usw. zum Ausdruck bringen‘. Man verweist in den Diskussionen auf die Studenten-Demonstrationen in der ČSSR, Westdeutschland, Polen und Frankreich. Es soll auch schon Diskussionen über die ‚revolutionären Traditionen‘ der Humboldt-Universität aus dem Jahr 1956 gegeben haben.“ Die Information ist von Erich Mielke persönlich unterzeichnet und an den 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Paul Verner,

16 Ebd., S. 3.

17 Vgl. ebd., S. 3f.

18 Ebd., S. 4.

19 Stadtarchiv Berlin, Rep. BV Berlin, A 1140/1, Einzel-Information 18/68, 3. 4. 1968, Bl. 109-13 (Zitat Bl. 109f.)

gerichtet worden. Ein zweites Exemplar war laut Verteilerschlüssel an dessen Stellvertreter, Roland Bauer, gerichtet²⁰.

Während die hier geschilderte Protesthaltung politisch noch diffus ist, wird von weitergehenden politischen Analysen aus Kreisen christlicher Studenten berichtet. In einer Zusammenfassung der Argumente leitender Funktionäre des „Studentenkreises im evangelischen Jungmännerwerk“ heißt es: „Krawalle, wie sie von Studenten in der VR Polen organisiert wurden, seien an der Humboldt-Universität nicht möglich ... Man müsse deshalb den Weg gehen, wie er in der ČSSR beschritten werde. Dabei dürfe man nicht sofort voll gegen die SED auftreten, sondern müsse mit der Partei gehen und ihr eine Fehlerdiskussion aufzwingen, die zu Auseinandersetzungen in der Parteiführung führen würde. ... Die Aufgabe der Kirche in der gegenwärtigen Situation besteht vor allem darin, die Zivilcourage der Bevölkerung der DDR zu fördern und abzuwarten, bis man in der DDR seitens der Staatsführung beginnt, einige Fragen allmählich zu ändern. Dann müsse sich die Kirche unbedingt anschließen, darin läge die historische Mission der Kirche in der DDR.“²¹

Unbeschadet der vielfachen Brechungen innerhalb der Gedankenwelten der Spitzel und Stasi-Offiziere, die an der Verfertigung des Berichtes beteiligt gewesen sind, schimmern hier immer noch einige kluge und vernünftige Gedanken durch, die sich zwanzig Jahre später bewahrheiten sollten. Überhaupt erweisen sich die Berichte bei aller ideologischen Begrenzung als sachlich und informativ. Nirgendwo wird behauptet, die Situation stände kurz vor einer Explosion, doch es wird klar, daß ein erheblicher Teil der Studenten und viele Wissenschaftler die Entwicklung in der Tschechoslowakei mit Sympathie verfolgten und sie als beispielhaft auch für die DDR empfanden, wenn auch die Hoffnungen auf eine baldige Verwirklichung nicht sehr groß waren. In einem ausführlichen Bericht über die Theologische Fakultät der Humboldt-Universität wird dazu zusammenfassend folgende Analyse gegeben: „Obwohl eingeschätzt werden muß, daß eine derartige Haltung nicht von allen Studenten der Fakultät vertreten wird, muß aber gesagt werden, daß es den reaktionären Studenten unter den Theologen offensichtlich gelungen ist, einen großen Teil auf ihre Positionen fest

zulegen.“²² In einer Information vom 2. April 1969 werden die Namen von acht verhafteten Berliner Theologie-Studenten genannt. Die Aufklärung der Zusammenhänge dieser Verhaftungen, die im März 1969 erfolgten, erfordert allerdings nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz die Mitarbeit der Betroffenen²³.

Es fehlte also für die SED-Führung nicht an bedenklichen Warnsignalen. Sie reagierte darauf in der ihr eigenen Weise, indem sie weiter an der Schraube der totalen Überwachung drehte. In einer Weisung des Leiters der Auswertungs- und Informationsgruppe (AIG) der Berliner Bezirksverwaltung des MfS vom 19. Juli 1968 wird angeordnet: „Im Zusammenhang mit den in letzter Zeit veröffentlichten Materialien über die Entwicklung in der ČSSR ... ist es notwendig, einen konkreten Überblick über die Reaktion der Bevölkerung zu verschaffen und ... darüber konkret an die AIG zu berichten. Dabei ist besonders zu berücksichtigen:

- a) die Reaktion der einzelnen Bevölkerungsschichten, insbesondere der Intelligenz, der Künstler und Studenten,
- b) die Reaktion der negativ-feindlichen Kräfte (Pläne, Absichten und Anzeichen zur Aktivierung ihres gegen unseren Staat und die Sowjetunion gerichteten Auftretens),
- c) Auffassungen über die weitere Entwicklung in der ČSSR und die sich daraus ergebenden Konsequenzen und Probleme ... (Differenzierung nach negativen Meinungen, Spekulationen, Zweifeln, Besorgnis, Unverständnis, Unklarheit usw.) und
- d) Forderungen an staatliche und gesellschaftliche Institutionen, die im Zusammenhang mit der ČSSR-Entwicklung gesehen werden müssen.

Die *Berichterstattung hat täglich bis 14.00 Uhr an die AIG zu erfolgen.*²⁴ Jeden Tag wurde nun aufgrund des aus den Kreisdienststellen einfließenden Materials ein Informationsbericht über die Situation in Berlin angefertigt. Auf diese Weise ist ein hochinteressantes Quellenmaterial entstanden, das gegenwärtig in der Gauck-Behörde lagert. Das Stimmungsbild, das in den Stasi-Berichten entworfen wird, ist durchaus differenziert. Es fehlt auf der einen Seite nicht an Stimmen, die unverblümt eine Übernahme des tschechoslowakischen Reformmo-

20 Vgl. Stadtarchiv Berlin, Rep. BV Berlin, A 1140/1, Bl. 180-82 (Zitat Bl. 180), Einzel-Information 29/68, 25. 5. 1968.
21 Stadtarchiv Berlin, Rep. BV Berlin, A 1140/2, B. 25-27 (Zitat Bl. 25f.), Einzel-Information 31/68, 24. 7. 1968.

22 Stadtarchiv Berlin, Rep. BV Berlin, A 1140/2, Bl. 5-8 (Zitat Bl. 8), Einzel-Information 43/68, 12. 7. 1968.

23 Vgl. Stadtarchiv Berlin, Rep. BV Berlin, A 1140/3, Bl. 58f., Einzel-Information 17/69, 2. 4. 1969.

24 ZAN, Bestand BV Berlin, Tgb.-Nr. 1310/68, Schreiben der AIG, BV Groß-Berlin (Ltr. Major Offenhaus) an die Kreisdienststellen, 19.7.1968.

dells auch in der DDR fordern, andererseits entsteht nicht der Eindruck, daß eine große Mehrheit der Bevölkerung diesen Kurs aktiv unterstützt. Interessant ist vor allem, daß sich die Sympathiebekundungen für den tschechoslowakischen Reformkurs durchaus nicht auf intellektuelle Kreise beschränken, sondern offenbar in allen Berufsgruppen einheitlich auftreten. „Im Mannequin-Kollektiv des Deutschen Modeinstituts wurde darüber diskutiert, daß sie es sehr begrüßen würden, wenn man bei uns ebenso wie in Prag alle westdeutschen Tageszeitungen und Zeitschriften zu kaufen bekäme“, heißt es in dem Bericht vom 25. Juli 1968. „Dies wäre ein Ausdruck wirklicher Demokratie, und jeder könne sich entsprechend seinen Vorstellungen informieren, was jetzt nicht möglich sei.“²⁵ Oft stehen am Rand dieser Berichte die handschriftlichen Kürzel OK oder OB. Dies bedeutet „Operative Kontrolle“ oder „Operative Bearbeitung“, das heißt, daß die erwähnten Personen Bespitzelungen, Schikanen, Erpressungsversuchen oder sogar Verhaftungen ausgesetzt waren.

In den Monaten vor dem Einmarsch hielt man sich mit offenen Repressionsmaßnahmen noch auffallend zurück. Zähneknirschend duldeten man relativ offene Diskussionen und wetzte innerhalb des Apparates die Messer für die Abrechnung mit den Vertretern der demokratischen Ideen in der Tschechoslowakei wie im eigenen Lande. Mit Datum vom 15. Mai 1968 wurde eine an die Mitglieder und Kandidaten der SED gerichtete Information „Zur gegenwärtigen Lage in der ČSSR“ verbreitet²⁶. Mit dramatischen Worten wird die Gefahr einer Konterrevolution in der ČSSR beschworen, und es werden zahlreiche Einzelheiten genannt, in welcher Form der Klassenfeind sich innerhalb des Landes organisieren und von außen unterstützt werde. Allerdings heißt es zum Schluß ausdrücklich: „Wir sind vor allem daran interessiert, daß die positiven Kräfte in der KPČ selbst auftreten. ... Wir haben das Vertrauen in die KPČ, in die tschechoslowakische Arbeiterklasse, in die Bauern, in die fortschrittliche Intelligenz der ČSSR, daß sie, wenn sie entschieden die Positionen des Sozialismus vertreten, der konterrevolutionären Gefahren bald Herr werden ...“²⁷.

Ungefähr zweieinhalb Monate später werden gegenüber der KPČ bereits andere Töne angeschlagen. In einem internen Papier einer „Arbeits-

gruppe KPČ“, die innerhalb des SED-Apparates gebildet worden war, wird in einer „Einschätzung“ des neuen Statutenentwurfs der sich reformierenden KPČ ausgeführt: „Der vorliegende ‚Arbeitsentwurf des neuen Statuts der KPČ‘ entspricht nicht den Anforderungen an ein marxistisch-leninistisches Statut. Es ist unmarxistisch und revisionistisch, drückt den Opportunismus in Organisationsfragen aus und steht offensichtlich unter starkem sozialdemokratischem Einfluß. ... Alle Erfahrungen des Marxismus-Leninismus, angefangen vom Statut des Bundes der Kommunisten über Lenins Kampf um ein revolutionäres Statut der Partei neuen Typus bis zu den revolutionären Statuten der KPdSU und anderer Parteien, darunter der SED, werden bewußt ignoriert.“²⁸ Wer die Sprache des Apparates in ihren fest gefügten stereotypen Formeln kennt, weiß, daß dies harte Worte waren – immerhin ging es um ein offizielles Papier einer sozialistischen Bruderpartei. Die „Einschätzung“ ist vom 7. August 1968 datiert. Vierzehn Tage später rollten die Panzer.

III. Die DDR nach dem 21. August

Ab 5.45 Uhr verbreiteten die Fernschreiber von ADN eine Erklärung über den Hilferuf internationalistischer Kräfte innerhalb der ČSSR sowie eine TASS-Erklärung über den Truppeneinmarsch, die ab sechs Uhr stündlich im Rundfunk verlesen wurden. Parallel lief das vorbereitete Programm einschließlich der Nachrichten weiter, als ob nichts geschehen wäre. Die üblichen Erfolgsmeldungen über die Einbringung der Getreideernte und über die Vorbereitung des neuen Schuljahres hoben sich in ihrer Belanglosigkeit grotesk von dem dramatischen Geschehen in dem Nachbarland ab.

Am 23. August 1968 trat in Berlin das Zentralkomitee der SED zusammen, um den Bericht Walter Ulbrichts über die Vorgeschichte des Einmarsches zu hören²⁹. Dabei verlor Ulbricht kein Wort über eventuelle innere Komplikationen. Offenbar meinte er, die Lage fest im Griff zu haben. Vielleicht wollte er es auch vermeiden, Säuberungswellen im Stile des Stalinismus das Wort zu reden. Da es auf höherer Parteiebene im Unterschied zu 1953 und 1956 keine erkennbaren Schwankungen und

25 Stadtarchiv Berlin, Rep. BV Berlin, C 51/2, Bl. 10-11 (Zitat Bl. 11), 4. Informationsbericht: Berichterstattung über die Reaktion der Bevölkerung zum gemeinsamen Brief an das ZK der KPČ, 25. 7. 1968.

26 ZAN, ZAIG A 2.

27 Ebd., S. 7.

28 Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung/Zentrales Parteiarchiv (im folgenden zitiert als IfGA/ZPA) NL 182/1233, Bl. 167-173 (Zitat Bl. 167), 7. 8. 1968.

29 IfGA/ZPA IV 2/1/219, 8. Tagung des ZK der SED, Bericht des Politbüros, 23. 8. 1968.

Differenzierungen gab, schien hierfür auch keine Veranlassung zu bestehen. Der Bericht Ulbrichts wurde ohne Diskussion einstimmig gebilligt.

Währenddessen hatte auch das MfS die höchste Alarmstufe ausgelöst. Bereits am 29. Juli war die permanente Gefechtsbereitschaft proklamiert worden. In einem Schreiben von Mielke heißt es: „Bis auf Widerruf haben alle Angehörigen Ihrer Dienst-einheit am 29.7.1968 im Dienst zu verbleiben. ... Leiter von Dienst-einheiten im Ministerium, die zur Erledigung unaufschiebbarer operativer Aufgaben ihre Dienst-einheit kurzzeitig verlassen, haben sich im Büro der Leitung ... ab- und wieder anzumelden und den zeitweiligen Aufenthaltsort bekanntzugeben.“³⁰ Ergänzend wird darüber hinaus angeordnet: „Ab sofort sind

1. in den Dienst-einheiten bis auf weiteres unter Leitung eines befähigten Offiziers Einsatzgruppen zu bilden, die nach Dienstende bis zum Dienstbeginn die ständige Besetzung und Bereitschaft der Dienst-einheit gewährleisten;

2. die übrigen Kräfte in ständiger Einsatzbereitschaft zu halten und

3. die Genehmigung von Urlaub für leitende Kader und Spezialisten unterliegt der Genehmigung von mir bzw. meines zuständigen Stellvertreters.“³¹

Die permanente Einsatzbereitschaft wird noch einmal verschärft. In einer Weisung an alle Leiter heißt es lapidar: „Entsprechend der mündlichen Weisung des Genossen Minister befindet sich der gesamte Mitarbeiterbestand des MfS bis auf Widerruf durchgehend im Dienst.“³² Auch das Berichtsaufkommen sollte angesichts der kritischen Situation noch weiter erhöht werden. In einer Weisung vom 22. August 1968 wird angeordnet: „Auf Grund der gegenwärtigen Lage ist es notwendig, einen ständigen Überblick über die Situation in der Hauptstadt der DDR zu schaffen und die Leitung des MfS sowie Partei und Regierung regelmäßig und exakt zu informieren. Zur Gewährleistung einer kontinuierlichen Informationstätigkeit wird deshalb festgelegt: Ab sofort hat die tägliche Berichterstattung in *zusammengefaßter Form* um 9.00 Uhr und um 15.00 Uhr an die AIG zu erfolgen; besondere Vorkommnisse und auftretende feindliche Handlungen (Flugblätter, Zusammenrottungen u. ä.) sind außer an den E-Stab auch sofort an die AIG zu melden ... Bei der Erarbeitung der Informationsberichte ist besonderer Wert zu legen auf:

- Diskussionen unter der Bevölkerung (unterteilt nach Personenkreisen wie Jugendliche, Arbeiter, ehem. SP-Mitglieder, Kirchenkreise usw.) und die dabei bekanntgewordenen Meinungen und Argumente;
- Vorkommnisse und Erscheinungen, die im Zusammenhang mit den eingeleiteten Maßnahmen stehen;
- Verhalten der in der DDR befindlichen ČSSR-Bürger (Diskussionen, evtl. feindliche Handlungen usw.).“³³

Tatsächlich gelang es durch die umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen, jeden Widerstand im Keime zu ersticken. Die Ruhe der folgenden Tage und Nächte stand im Gegensatz zu einer tiefen inneren Empörung vieler gerade junger Menschen über die Militäraktion des Warschauer Paktes. Überall in der DDR gab es Aktionen kleinerer Gruppen oder einzelner Personen. Ohne jede Organisation und Erfahrung sowie mit technisch einfachen Mitteln versuchten meist junge Leute, sich der geballten Macht der Sicherheitskräfte entgegenzustellen. Mit handgeschriebenen Flugzetteln und Aufrufen, die nachts mit Farbe und Pinsel an Häuserwände geschrieben wurden, hofften sie, die lethargische Bevölkerung aufzurütteln. Für viele endeten solche Aktionen mit langen Haftstrafen und einer zerstörten beruflichen Laufbahn.

Der bekannteste Fall ist der einer Gruppe, die zum Teil aus Kindern hoher SED-Funktionäre und bekannter Intellektueller bestand. Die beiden Söhne Professor Robert Havemanns, Florian und Frank, der Sohn des stellvertretenden Kulturministers, Thomas Brasch, und die achtzehnjährige Tochter des Direktors des Institutes für Marxismus-Leninismus, Erika Berthold, gehörten zu dieser Gruppe, die versuchte, in der Nacht vom 21. zum 22. August eine Flugblattaktion durchzuführen und dabei in die vorbereitete Falle des Staatssicherheitsdienstes lief³⁴. Es wurde allgemein als Ausdruck des moralischen Bankrotts des SED-Regimes angesehen, daß die Kinder der Nomenklatura sich gegen die Herrschaft ihrer Väter erhoben, und der Fall fand eine entsprechende Publizität. Der Widerspruch zwischen dem hohen moralischen Anspruch der sozialistischen Erziehung und der Alltagspraxis von verlogener Propaganda, Opportunismus und Doppelmoral wurde natürlich von diesem Personenkreis besonders stark empfunden. So blieb das individu-

30 ZAN, Bestand Mielke, Tgb.-Nr. 898/68, 29. 7. 1968.

31 ZAN, Bestand Mielke, BdL 902/68, 29. 7. 1968.

32 ZAN, Bestand Mielke, BdL/1027/68, 21. 8. 1968.

33 ZAN, BV Berlin, Tgb.-Nr. 1618/68, Schreiben der AIG BV Berlin (Ltr. Major Offenhaus), 22. 8. 1968.

34 Stadtarchiv Berlin, Rep. BV Berlin, A 1140/2, Bl. 87f., Bericht über die strafprozessualen Maßnahmen gegen Brasch, Havemann u. a., 7. 11. 1968.

elle Aufbegehren von Söhnen und Töchtern der Funktionärsschicht auch kein Einzelfall.

Doch es wäre ein Irrtum, anzunehmen, die Protesthaltung hätte sich auf Oberschüler, Studenten und Intellektuelle beschränkt. „In der Gärtnerischen Handelsgenossenschaft (GHG) Molkereiprodukte, Betriebsteil Greifswalder Straße, äußerten sich sieben Kraftfahrer bzw. Transportarbeiter ... in hetzerischer Weise gegen die Maßnahmen der fünf sozialistischen Staaten. Sie beschimpften u. a. Genossen Walter Ulbricht und sagten, sie würden der Konterrevolution in der ČSSR zu Hilfe eilen, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten.“³⁵

Aus einem anderen Betrieb wurde gemeldet: „Am 21.08.1968 wurde durch den Parteisekretär ... eine Versammlung zu den Maßnahmen der fünf sozialistischen Staaten durchgeführt. Diese wurde durch einen Teil der Anwesenden (25 Kollegen) durch provokatorische Fragen, Bemerkungen und Zwischenrufe gestört. Dabei traten vier Arbeiter ... besonders provokatorisch in Erscheinung. Seitens des Parteisekretärs war es nicht möglich, eine Atmosphäre sachlicher Diskussion zu schaffen. Er sagte deshalb, daß die Kollegen bleiben sollten, die gewillt seien, mit ihm sachlich zu diskutieren. Daraufhin verließen alle 25 Kollegen den Raum.“³⁶ Zufrieden wird am Schluß des Berichtes vermerkt: „Durch intensive politisch-operative Arbeit wurden die Ausgangsmaterialien über zwei Hetzer ... so qualifiziert, daß nach relativ kurzer Zeit die Ermittlungsverfahren wegen staatsfeindlicher Hetze nach § 106 (und § 108 in einem Fall) eingeleitet werden konnten.“³⁷

Mit welcher Härte jeder einzelne verfolgt wurde, der sich den Zustimmungsritualen entzog, zeigt ein Vorfall im VEB Güterkraftverkehr Berlin. Über Betriebsfunk wurden am 21. August die Kollegen im Schulungsraum zusammengerufen. Dort wurde von einem Inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit, der gleichzeitig Verfasser des Berichtes ist, eine Resolution verlesen. In der Erklärung war von „Zustimmung und Befriedigung“ über den Einmarsch die Rede. Darüber wurde dann öffentlich abgestimmt, und niemand wagte es, seine Stimme zu verweigern. Doch damit nicht genug. Anschließend mußte auch noch jeder einzeln die Resolution unterschreiben. Da wurde ein Kollege bemerkt, der sich heimlich davonstahl, um die demütigende Erklärung nicht unterzeichnen zu müs-

sen. Statt die Sache auf sich beruhen zu lassen, setzte die Stasi ihren Ehrgeiz darein, diese Person ausfindig zu machen. „Da die Person namentlich nicht bekannt ist“, heißt es in dem Bericht, „und auch nicht gesagt werden kann, als was sie tätig ist, ist die Ermittlung erschwert. Konkrete Maßnahmen zur Aufklärung dieser Person sind jedoch eingeleitet.“³⁸

In den Unterlagen findet sich eine große Zahl von Einzelbeispielen für Akte von Widerstand, Protest und Verweigerung, die teilweise außerordentlich illustrativ für die Beschreibung der damaligen Atmosphäre sind. Weitaus seltener sind umfassende Einschätzungen der Lage oder gar präzise Quantifizierungen. Für den Berliner Bereich liegen einige Angaben vor. Bereits in einem Schreiben des Leiters der Bezirksverwaltung Groß-Berlin, Generalmajor Wichert, vom 25. August 1968 an die Leiter der operativen Dienstseinheiten vom 25. August 1968 heißt es: „Seit dem 23. und 24. August 1968 mehren sich Vorkommnisse der staatsfeindlichen Hetze und der Staatsverleumdung in mündlicher Form. Es muß damit gerechnet werden, daß Personen, die wegen dieser Delikte anfallen, in der Vergangenheit oder zukünftig auch schriftliche staatsfeindliche Hetze durchgeführt haben oder durchführen werden. Bei der Bearbeitung aller Vorkommnisse der mündlichen Hetze und Staatsverleumdung ist es daher unbedingt erforderlich, allen angefallenen Tätern Schriftproben abzunehmen ...“³⁹. Diese Weisung ist ein deutlicher Hinweis darauf, daß sich in diesen Tagen Fälle von Flugblattaktionen häuften, denen man aufgrund von Schriftproben verdächtiger Personen auf die Spur zu kommen suchte. Zwei Tage später wurde eine Weisung erlassen, die speziell auf die künstlerische Intelligenz zielte: „Gemäß einer Weisung des ... Genossen Oberstleutnant Schwanitz sind bis zum 29.08.1968, 10.00 Uhr, über folgende Personenkreise Auskunftsberichte zu fertigen, die aufgrund ihrer beruflichen Stellung Möglichkeiten der Massenbeeinflussung besitzen. ... a) Rundfunk, Fernsehen. b) kulturelle Bereiche. c) Literatur, bildende und gestaltende Kunst (z. B. Schauspieler, Graphiker, Bildhauer, Maler usw.). d) Film, Presse, Verlagswesen (dabei freiberufliche Personen besonders beachten). Es interessieren *alle vorliegenden operativen Hinweise* zu diesen Personen. Ebenfalls *alle begründeten Verdachtsmomente* sowie operative Hinweise für

35 Stadtarchiv Berlin, Rep. BV Berlin, C 51/1, Bl. 35-45 (Zitat Bl. 40), Auswertung der Aktion „Genesung“, 1.10.1968.

36 Ebd., Bl. 40.

37 Ebd., Bl. 41.

38 Stadtarchiv Berlin, Rep. BV Berlin, C 51/1, Bl. 82-85 (Zitat Bl. 82).

39 Stadtarchiv Berlin, Rep. BV Berlin, C 51/1, Bl. 50, Schreiben Ltr. Verwaltung Groß-Berlin (Generalmajor Wichert) an operative Dienstseinheiten, 25.8.1968.

eventuell vorhandenes oder bekannt gewordenes negatives oder feindliches Verhalten.“⁴⁰

Doch die vorliegenden Analysen scheinen zu belegen, daß die Schwerpunkte der Widerstandshaltung nicht im intellektuellen Bereich lagen. Der Sektor Parteiinformation im ZK-Apparat verfertigte im November 1968 eine zusammenfassende Übersicht über „Politische Schwerpunkte, die sich im Zusammenhang mit der Entwicklung in der ČSSR in der Diskussion in Berliner Betrieben und Institutionen zeigen“⁴¹. Einleitend heißt es: „Die Parteiorganisationen haben die genannten politischen Schwerpunkte unter Kontrolle genommen und mit Hilfe bewährter Agitatoren die Auseinandersetzung geführt. ... In einigen Fällen mußte die Sicherheit eingreifen.“⁴²

Im folgenden werden 56 Schwerpunkte benannt und teilweise wird die Art der Widerständigkeit klassifiziert. Es handelt sich dabei meist um Unterschriftenverweigerung, negative Diskussionen, feindliche Argumente usw. Teilweise betrifft es ganze Betriebe, teilweise nur einzelne Betriebs- teile oder Abteilungen. Insgesamt fällt auf, daß das soziale Spektrum von den großen Produktionsbetrieben bis zum Weinrestaurant Ganymed reicht. Obwohl auch einige Akademieinstitute, das Berliner Ensemble und die Komische Oper genannt sind, dominieren die Industriebetriebe, wo teilweise ganze Belegschaften die Unterschriftenleistung verweigerten. Im Stasi-Archiv findet sich eine ähnliche Aufstellung, die über weite Strecken die gleichen Angaben enthält⁴³. Dies belegt ein weiteres Mal die gute Zusammenarbeit von Staatssicherheit und SED-Apparat.

Für den Zeitraum vom 21. August bis zum 8. September 1968 liegt eine „Einschätzung der schriftlichen staatsfeindlichen Hetze“ für den Bereich Ostberlins vor. Darin heißt es: „Nach dem Einmarsch der Truppen der fünf Bruderländer in die ČSSR zeigte sich in der Hauptstadt ein sprunghaftes Ansteigen der Delikte der schriftlichen Hetze gegen die Maßnahmen und der schriftlichen anonymen Stellungnahme für den konterrevolutionären Weg in der ČSSR. An 389 Stellen in Berlin wurden insgesamt 3528 Flugblätter verbreitet und an 212 Stellen 272 Losungen geschmiert. ... Die Herstellungs- und Verbreitungsmethoden der Flugblätter

und das Schmieren der Losungen zeigen keine besonders raffinierten Methoden. Überwiegend wurde auf öffentlichen Plätzen und Straßen geworfen im Unterschied zur sonstigen Verbreitung, wo das Einwerfen in Hausbriefkästen überwiegt. ... In keinem Fall wurde eine Massenwirksamkeit erreicht, da gestreute Flugblätter sofort eingesammelt und geschmierte Losungen rasch entfernt wurden. ... Bei den ermittelten Tätern der Verbreitung von Flugblättern und des Schmierens von Losungen handelt es sich fast ausschließlich um Personen unter 30 Jahren, vornehmlich um das Alter zwischen 17 und 25 Jahren. Die Tendenz, daß eine Reihe von Tätern der schriftlichen Hetze Jugendliche unter 16 Jahre bzw. zum Teil geistig primitive Menschen sind, zeigte sich während des genannten Zeitraumes nicht. Bei den Tätern handelt es sich fast ausnahmslos um Personen, die wußten, was sie mit ihren Handlungen erreichen wollen. ... Es kann eingeschätzt werden, daß alle größeren Aktionen der Flugblattverteilung aufgeklärt wurden. Von 63 % aller verbreiteten Flugblätter sind die Täter ermittelt. Bei Hetzlosungen beträgt die Prozentzahl 12. ... Das gute Zusammenwirken zwischen Volkspolizei und Verwaltung für Staatssicherheit trug wesentlich dazu bei, daß zahlreiche Täter auf frischer Tat gestellt wurden.“⁴⁴

Das Schriftstück mit der Unterschrift von Oberstleutnant Wolfgang Schwanitz, der heute zu den unbehelligten Biedermännern gehört, die „von nichts gewußt haben“, ist erschütternd in seiner eisigen Menschenverachtung. Gleichzeitig ist es ein Dokument des Widerstandes eines Teils der DDR-Bevölkerung gegen die totalitäre Herrschaft der Politbürokratie. Insbesondere ein lapidarer Satz aus dem Schwanitz-Dokument könnte zum Motto einer noch zu schreibenden Geschichte des Widerstandes in der DDR gewählt werden: „Die Täter waren in der Mehrzahl bereit, ein größeres Risiko einzugehen.“⁴⁵

IV. „Normalisierung“ in den Farben der DDR

Als sich in der ČSSR die Lage äußerlich stabilisiert hatte, begann auch in der DDR eine Art „Normalisierung“. Alle Bereiche der Gesellschaft wurden von einer Disziplinierungs- und Einschüchterungs-

40 Stadtarchiv Berlin, Rep. BV Berlin, C 51/1, Bl. 47, Schreiben Abt. XVIII (Hauptmann Niesler) an alle Referate und Arbeitsgruppen, 27. 8. 1968.

41 Vgl. Bezirksparteiarchiv (im folgenden zitiert als BPA), IV 2/5/367.

42 Ebd., Bl. 1.

43 Vgl. Stadtarchiv Berlin, Rep. BV Berlin, C 51/1, Bl. 60-63.

44 Stadtarchiv Berlin, Rep. BV Berlin, A 1140/2, Bl. 47-49 (Zitat Bl. 47f.), Einzel-Information 56/68, 26. 9. 1968.

45 Ebd., Bl. 47.

kampagne überrollt. In Betriebskollektiven, unter Studenten und in Behörden wurden Zustimmungserklärungen unterzeichnet. Wer sich dem peinlichen Ritual verweigerte, riskierte oft seinen Arbeits- oder Studienplatz. Insbesondere an den Universitäten und wissenschaftlichen Instituten herrschte eine beispiellose Atmosphäre der Hexenjagd, die selbst das Institut für Militärwissenschaft des Ministeriums für Nationale Verteidigung erfaßte. In einem Brief an Erich Honecker ist von der „Aufdeckung und Zerschlagung einer revisionistischen, parteifeindlichen Gruppe“ die Rede, der angeblich fünf Mitglieder angehört hatten. Darunter befanden sich ein Oberstleutnant und zwei Majore. Auffallend ist zudem, daß vier der fünf genannten Personen Mitglieder der Parteileitung der Grundorganisation des Militärgeschichtlichen Institutes waren und der fünfte Parteigruppenorganisator⁴⁶. Am 29. Oktober wurde in dieser Angelegenheit eine erweiterte Sekretariats-sitzung der Kreisleitung der NVA durchgeführt.

Über die Humboldt-Universität brach im September 1968 das Unwetter herein. Auf den Sitzungen der Kreisleitungen der SED wurden die Gesellschaftswissenschaftler, insbesondere die Historiker und Juristen, der mangelnden Wachsamkeit gegenüber den Machenschaften des Klassenfeindes bezichtigt. In ihrer panischen Angst lieferte daraufhin die Leitung der Sektion vier Studenten ans Messer, die in einem Diskussionspapier die Möglichkeit in Erwägung gezogen hatten, daß es jenseits der Wahrheit der Partei allgemeinere Maßstäbe für die Wahrheitsfindung geben könnte⁴⁷.

Auch innerhalb der SED gab es eine Welle von verbandsinternen disziplinarischen Maßnahmen. Wichtig ist dabei festzuhalten, daß auch diese Strafen in der Regel erhebliche berufliche Folgen hatten. Dies konnte bis zur Vernichtung der sozialen Existenz führen. Die vorliegenden Materialien über Parteiverfahren sind vorläufig nur fragmentarisch, lassen aber bereits interessante Schlüsse zu.

Von der Bezirksparteikontrollkommission Leipzig wurde beispielsweise eine umfassende Statistik „über in Grundorganisationen des Bezirks aufgetretene Erscheinungen und Auseinandersetzungen mit Mitgliedern und Kandidaten im Zusammenhang mit den Ereignissen in der ČSSR“ angefertigt⁴⁸. Insgesamt waren 306 Mitglieder und 14 Kandidaten der Partei von innerparteilichen Diszipli-

narmaßnahmen betroffen. Das Spektrum der säuberlich aufgegliederten Verfehlungen reicht von „feindlichen Handlungen“ (vier Fälle), womit offenbar gemeint ist, daß die Betroffenen verhaftet wurden, bis zu „politischen Unklarheiten“, die insgesamt bei 169 Genossen aufgetreten waren. In allen Fällen ging es um die „Hilfsmaßnahmen der sozialistischen Bruderstaaten“. Interessant ist auch, daß sich unter den gemäßregelten Parteimitgliedern 94 Arbeiter und nur 31 Angehörige der Intelligenz und sechs Studenten befanden. Ob dieses Bild des Bezirkes Leipzig, in dem sich ja mehrere Hochschulen und eine Vielzahl kultureller und wissenschaftlicher Einrichtungen befanden, repräsentativ ist, müssen weitere systematische Quellenforschungen zeigen.

Für die Bezirksorganisation Berlin liegt ein ähnlicher Bericht vor⁴⁹. „... parteierzieherische Auseinandersetzungen oder Maßnahmen (mußten) in 61 Fällen eingeleitet werden“, heißt es in dem Bericht. „... 9 Personen, die sich als Parteifeinde erwiesen, waren oder sind noch inhaftiert. Alle werden sich vor den Rechtspflegeorganen zu verantworten haben. ... In 4 Fällen handelt es sich um Hetze gegen Parteiführung und Regierung durch Wort und Schrift (Flugblätter, Losungen), in einem weiteren um Aufforderung zur Arbeitsniederlegung.“⁵⁰ Mehrfach wird in dem Bericht darauf hingewiesen, daß die Auseinandersetzungen unter Wissenschaftlern und bekannten Künstlern in dem Bericht noch nicht erfaßt sind, „... da diese sehr kompliziert sind ...“⁵¹. Offenbar wartete man noch auf Verhaltensmaßregeln von oben. Hager hatte beispielsweise die erwähnten Fälle Berthold, Brasch, Havemann u. a. persönlich an sich gezogen, und auch Honecker und Ulbricht ließen sich direkt informieren.

V. Zusammenfassung

Das bisherige Bild beruht auf einer fragmentarischen und teilweise zufälligen Auswertung der Quellen. Allerdings ist schon dieser Quellenbestand quantitativ so umfangreich, daß für die vor-

49 Vgl. ebd., IV A 2/4/5. Bezirks-Parteikontrollkommission: Bericht über Erscheinungen und Auseinandersetzungen mit Parteimitgliedern im Zusammenhang mit den Maßnahmen der fünf sozialistischen Bruderländer in der ČSSR am 21. August 1968, 15. 11. 1968.

50 Ebd., S. 2f.

51 Ebd., S. 6.

46 ZAN, Bestand Mielke, Schreiben Wansierskis (Abt. Sicherheitsfragen im ZK der SED) an Honecker, Bl. 1-7 (Zitat Bl. 2), 5. 11. 1968.

47 Vgl. IfGA/ZPA (Anm. 28), B 4/12/005

48 Vgl. ebd., IV A 2/4/5.

liegende Arbeit nur ein Bruchteil davon herangezogen werden konnte. Es ist nicht ganz einfach, aus der Vielzahl von Akten, die meist einzelne Vorkommnisse betreffen, ein stimmiges Gesamtbild zu zeichnen. Aus den bisher ausgewerteten Materialien ergibt sich der Eindruck, daß trotz der äußeren Ruhe und des Überwiegens von politischer Apathie die DDR-Gesellschaft im Jahre 1968 von einer inneren Krise betroffen war, die vor allem die Glaubwürdigkeit der Partei und ihrer Ideologie betraf. Für eine Massenbewegung waren die Ideale des Reformkommunismus zu abstrakt und sie fanden wohl auch nur unter einem Teil der Bevölkerung Anklang. Trotzdem vermutete die Stasi und die Partei zu Recht, daß es in der Bevölkerung erhebliche Sympathien für einen reformsozialistischen Kurs gab.

Nach dem Einmarsch vom 21. August 1968 kam es zu einer Vielzahl einzelner Protestaktionen, die allerdings vom MfS ohne große Schwierigkeiten unterdrückt werden konnten. In den Reihen der SED und in weiten Kreisen der Bevölkerung regte sich starke Empörung, die ihren Ausdruck in meist

spontanen und isolierten Akten der individuellen Verweigerung fand. Gegen eine derartige Verweigerungshaltung, die man in den späten siebziger und achtziger Jahren faktisch duldete, wurde seitens der Staatsmacht 1968 mit großer Härte vorgegangen. In bisher nicht bekanntem Ausmaß erstreckte sich dieser individuelle Widerstand auf weite Bevölkerungskreise, beschränkte sich also durchaus nicht auf Studenten und Intellektuelle.

Das SED-Regime hatte bewiesen, daß es in der Lage war, jeden Widerstand im Keime zu ersticken. Notgedrungen zerstörte es dabei aber auch das kritische Potential, das es gebraucht hätte, um das System flexibler und effizienter zu gestalten. Im Lande herrschte Ruhe und Ordnung. Aber es war jene Friedhofsruhe, die alle jene menschlichen Eigenschaften erstickt, ohne die eine moderne Gesellschaft nicht leben kann. Jeder Fahndungserfolg der Stasi, jedes Parteiverfahren gegen einen kritischen Genossen und jeder relegierte Student brachte das System seiner Katastrophe näher. Die Weichen, die am 21. August 1968 gestellt wurden, führten schließlich zum Herbst 1989.

Vojtěch Mencl: Die Unterdrückung des Prager Frühlings

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/92, S. 3–10

Nach der Niederlage der konservativen Führung der tschechoslowakischen Kommunisten Anfang Januar 1968 kam es im März zu einem erdrutschartigen Zerfall der neostalinistischen Machtverhältnisse. Presse- und Versammlungsfreiheit, Beseitigung von vielen in Verruf geratenen Repräsentanten – wodurch auch die Sowjetunion schwer getroffen wurde – und die schnelle Entwicklung zu einer bürgerlichen Gesellschaft charakterisierten die Lage 1968. Die Politik der neuen Parteiführung, die auf Reform des Systems setzte, gewann schrittweise Sympathien und Unterstützung in der Gesellschaft.

Diese Entwicklung führte zur wachsenden Beunruhigung in der Sowjetunion, der DDR, in Polen, Bulgarien und später auch in Ungarn. Beim Dresdner Treffen im März 1968 schlugen die „Fünf“ Verbündeten vor, Sowjettruppen in der Tschechoslowakei zu stationieren. Das wurde von der tschechoslowakischen Führung abgelehnt.

Parallel dazu verfolgte man den Plan der politischen und ideologischen „Normalisierung“ der Tschechoslowakei. Zur ersten Sitzung der „Fünf“ kam es am 8. Mai 1968 in Moskau, und die Politiker – mit Ausnahme Kádars – waren sich darüber einig, daß in der Tschechoslowakei eine konterrevolutionäre Lage entstehe. Auf einer Sitzung Mitte Juli fiel der Beschluß zur Invasion.

Die Invasion stieß nicht auf bewaffneten Widerstand und kann somit aus militärischer Sicht als Erfolg bezeichnet werden. Politisch ist sie gescheitert, weil sie nicht die Unterstützung der Prager Staats- und Parteiorgane sowie der Mehrheit der Bevölkerung – einschließlich der Kommunisten – gefunden hat. Von großer Bedeutung war die Erklärung der Regierung, der Nationalversammlung und der Mehrheit des Präsidiums der Kommunisten, die die Invasion als Verletzung des internationalen Rechts und somit als gesetzwidrig bezeichnete.

Wladimir K. Wolkow: Sowjetische Parteiherrschaft und Prager Frühling 1968

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/92, S. 11–17

Die sowjetische Partielite, die schon seit längerem die ČSSR als ein schwaches Glied des sozialistischen Lagers betrachtete, war zuerst geneigt, die neue Führung in Prag mit Dubček an der Spitze zu unterstützen. Erst nach der Veröffentlichung des Aktionsprogramms der KPČ am 5. April 1968 witterte die KPdSU die Gefahr und wurde nun vom Selbsterhaltungstrieb geleitet. Es folgten verschiedene Treffen auf höchster Ebene und eine erbitterte Pressekampagne. In Gesprächen und auf Treffen der KP-Chefs der fünf sozialistischen Länder UdSSR, Bulgarien, DDR, Polen und Ungarn reiften allmählich die Interventionspläne. Gleichzeitig konspirierte die sowjetische Führung mit den „gesunden Kräften“ innerhalb des ZK der KPČ, die die Ideen des Prager Frühlings ablehnten.

Die Pläne für die Militärintervention, die schon lange in Vorbereitung waren, wurden im Kreml in der Zeit vom 15. bis 17. August 1968 beschlossen und fanden die volle Unterstützung der anderen sozialistischen Länder, die zu einer Konferenz am 18. August in Moskau eilig zusammengekommen waren. Der Einmarsch der Truppen der fünf Länder in die Tschechoslowakei wurde zur Tragödie für die Völker aller beteiligten Staaten.

Feliks Tych: Polens Teilnahme an der Invasion in der Tschechoslowakei 1968

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/92, S. 18–25

Die polnische Beteiligung am Einmarsch von fünf Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei hatte eher politische als militärische Bedeutung. Der polnische Parteiführer Władysław Gomułka war neben Walter Ulbricht außerhalb der Sowjetunion der Hauptinitiator der Intervention.

Für die Sowjetunion war der polnische militärische Beitrag nicht notwendig. Polens Zustimmung, zumindest aber seine Neutralität waren jedoch eine unerläßliche Bedingung. Die Sowjetunion hätte nicht gleichzeitig Polen und die Tschechoslowakei besetzen können, wenn es in Polen eine analoge Freiheitsbewegung wie bei seinem südlichen Nachbarn gegeben hätte. Daher trägt die damalige polnische Parteiführung eine besondere Verantwortung dafür, daß es überhaupt zur Intervention kam. Der Sowjetunion erlaubte die polnische Beteiligung an dieser die Normen des Völkerrechts verletzenden Aggression, die Verantwortung hierfür auch auf die anderen vier Staaten des Warschauer Paktes zu verteilen.

Polens Teilnahme an der Intervention in der Tschechoslowakei sowie die ihr vorangehende brutale Unterdrückung der demokratischen Bewegung im eigenen Lande im Frühjahr 1968 ließen das politische Klima im Lande für viele Jahre erstarren.

Lutz Priß/Manfred Wilke: Die DDR und die Besetzung der Tschechoslowakei am 21. August 1968

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/92, S. 26–34

Der militärischen Intervention von fünf Warschauer-Pakt-Staaten gegen die ČSSR am 21. August 1968 gingen zahlreiche politische, ideologische und militärische Aktivitäten voraus. In der DDR reagierte die SED-Führung von Anfang an mißtrauisch und ablehnend auf den Reformkurs der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Die Aufgabe des alleinigen Führungs- und Herrschaftsanspruchs einer marxistisch-leninistischen Partei, pluralistische Verhältnisse in Politik und Gesellschaft, die Aufhebung der Zensur über die Massenmedien, die öffentliche Rehabilitierung politisch Verurteilter, mehr Markt- statt Planwirtschaft sowie andere Reformen in der ČSSR beurteilte die Partei- und Staatsführung der DDR als ernsthafte Gefahren für ihre eigenes Herrschaftssystem. Das SED-Politbüro initiierte sowohl im Kontext der Bündnis- und Blocktreue zur KPdSU und zum Warschauer Pakt als auch im Interesse der eigenen Machtbewahrung eine bis dahin beispiellose Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Nachbarstaates.

Die Aktenauswertung der bisher internen Materialien des Politbüros und des zentralen Parteiapparates der SED gibt Auskunft über die Formern und Methoden der Einmischung der DDR in die Reformprozesse in der ČSSR und über das kollektive politische Krisenmanagement der Parteiführungen der UdSSR, Ungarns, Bulgariens, Polens und der DDR. Die ideologische Begründung für die Eskalation ihrer Einmischung bis hin zur bedingungslosen Zustimmung zu einer militärischen Lösung des Interessenkonfliktes zwischen den tschechoslowakischen Reformkommunisten und den orthodoxen Marxisten-Leninisten fand die SED-Führung im Feindbild „Sozialdemokratismus“ und in der These von der „Konterrevolution“.

Stefan Wolle: Die DDR-Bevölkerung und der Prager Frühling

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/92, S. 35–45

Auf der Basis von Dokumenten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), insbesondere der Bezirksverwaltung Groß-Berlin, sowie des Zentralen Parteiarchivs der ehemaligen SED (ZPA) wird die Reaktion der DDR-Bevölkerung auf die Entwicklung in der ČSSR im Jahre 1968 untersucht. Seit März 1968 häuften sich die Indizien einer tiefen Verunsicherung der SED-Führung. Innerhalb der Bevölkerung gab es sowohl Ablehnung als auch Zustimmung zum reformsozialistischen Kurs der tschechoslowakischen Parteiführung. Besonderes Augenmerk richteten das MfS und die Partei auf studentische und intellektuelle Kreise, in denen sie zu Recht erhebliche Sympathien für die Ideen des Prager Frühlings vermuteten.

Aus den bisher ausgewerteten Akten ergibt sich der Eindruck, daß trotz der äußeren Ruhe und des Überwiegens von politischer Apathie die DDR-Gesellschaft im Jahre 1968 von einer inneren Krise betroffen war, deren Auswirkungen bis ins Jahr 1989 reichen. Für eine breite Massenbewegung waren die Ideale des Reformkommunismus zu abstrakt und sie fanden wohl auch nur bei einem Teil der Bevölkerung Anklang. Trotzdem kam es nach dem Einmarsch vom 21. August 1968 zu einer Vielzahl spontaner Protestaktionen, die allerdings vom MfS ohne große Schwierigkeiten unterdrückt wurden.

In den Reihen der SED und in weiten Kreisen der Bevölkerung regte sich starke Empörung, die ihren Ausdruck in meist isolierten Akten der individuellen Verweigerung fand. Gegen eine derartige Verweigerungshaltung wurde von der Staatsmacht 1968 mit großer Härte vorgegangen. In bisher nicht bekanntem Ausmaß erstreckte sich dieser individuelle Widerstand auf weite Bevölkerungskreise, beschränkte sich also durchaus nicht nur auf Studenten und Intellektuelle.

Jahresbände

Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem
Inhaltsverzeichnis

nur **25,- DM**

zuzügl. Versandkosten pro Jahrgang

neu

1991

Jetzt bestellen!



*Frühere Jahrgänge sind
inzwischen leider vergriffen!*



Bundeszentrale
für politische
Bildung

Bestell- **Das Parlament**, Vertriebsabteilung
Adresse: Fleischstraße 62-65, D-5500 Trier